

DER LANGE WEG ZUM DIALOG

Ein Jahrhundert deutsche Auswärtige Kulturpolitik
(1912–2001)

PAVLÍNA RICHTEROVÁ

Einleitung

Als am Morgen des 11. September 2001 islamische Fundamentalisten zwei Flugzeuge entführten, sie in die beiden Türme des New Yorker World Trade Centers lenkten, die Gebäude zum Einsturz brachten und damit Tausende Menschen in den Tod rissen, erlitt die Weltöffentlichkeit einen tiefen Schock. Auf bis dahin ungeahnte Weise wurde ihr deutlich, dass die Globalisierung, die fortschreitende Vernetzung und Verdichtung der Erde, keine einseitige, unendliche Erfolgsgeschichte war, sondern Risiken in sich barg, die das soeben zu Ende gegangene 20. Jahrhundert trotz schrecklicher Kriege und Verbrechen nicht gekannt hatte. Nach den ersten Schreckensmomenten sah sich die Völkergemeinschaft vor allem mit der Herausforderung konfrontiert, wie sie auf das Attentat auf die bisherige Weltordnung reagieren sollte: Mit Gewalt? Mit verstärkten Integrationsbemühungen?

Die Bundesrepublik Deutschland entschied sich unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder für eine Doppellösung. Einerseits erklärte sie sich mit einer weltweiten Koalition solidarisch, die sich zum Ziel gesetzt hatte, terroristische Netzwerke unschädlich zu machen und beteiligte sich an der militärischen Zerschlagung des Taliban-Regimes in Afghanistan. Andererseits forderte sie den verstärkten Dialog zwischen den Kulturen. So leistete das Auswärtige Amt (AA) beispielsweise seit Dezember 2001 mit Sonderprogrammen wie dem „Europäisch-Islamischen Kulturdia-

log“¹ Beiträge zur Friedenspolitik, die für den intensiven Austausch der Kulturen eintraten. Die Tatsache, dass die Bundesregierung die Kultur als ein unabdingbares Aktionsfeld der Außenpolitik betonte, war keine spontane Eingebung, sondern vielmehr ein Eckpfeiler einer außenpolitischen Reform, die sie kurz zuvor initiiert hatte: die sog. „Konzeption 2000“, die die „auswärtige Kulturpolitik“ als einen integralen Bestandteil der außen- und friedenspolitischen Bemühungen Berlins betrachtete.

Historisch gesehen markierte das Plädoyer der Regierung Schröder für den aktiven Dialog mit fremden Kulturen dabei das vorläufige Ende eines langen Spannungsbogens in einer knapp 100-jährigen Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik, die noch im Kaiserreich von der markigen Forderung ausging, ‚am deutschen Wesen solle die Welt genesen‘, ihren absoluten negativen Scheitelpunkt mit der Rassen- und Volkstumspolitik der Nationalsozialisten erreichte und sich erst in der Bundesrepublik an Werten wie Frieden, Demokratie und Menschenrechte orientierte. Diese Entwicklung in ihren einzelnen Etappen aufzuzeigen und dem tschechischen Leser, einem der Objekte der deutschen Außenkulturpolitik, in einer verständlichen Form zu erklären, wird der Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein.

Allgemein wird „auswärtige Kulturpolitik“ als ein Teil der Außenpolitik begriffen und folgendermaßen definiert: „Die auswärtige Kulturpolitik [umfasst] die internationale Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, die bilaterale und multilaterale Pflege der internationalen staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft. Im einzelnen umfassen ihre Aufgaben die sog. klassische auswärtige Kulturpolitik, also Austausch auf den Gebieten bildende und darstellende Kunst, Literatur, Musik, Film, Theater, Tanz; Vermittlung der deutschen Sprache und der Deutschlandkunde, Förderung von deutschen Schulen im Ausland; die internationale Bildungs- und Wissenschaftspolitik; und die internationale Gesellschaftspolitik, also Zusammenarbeit gesellschaftlicher Organisationen, Austausch in den Bereichen Jugendarbeit und Sport; Bildungs- und Wissenschaftshilfe für Entwicklungsländer“ (Znined-Brand).²

¹ Vgl. Ausschuss für Kultur und Medien, 70. Sitzung in Berlin, den 27. Februar 2002, Protokoll 14/70, Gespräch zum Dialog der Kulturen mit: Joachim-Felix Leonhard, Generalsekretär, GIIN; Hans Georg Knopp, Generalsekretär, Haus der Kulturen der Welt; Staatssekretär Jürgen Chrobog, AA. S. 20.

² Znined-Brand, Victoria: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und

Ein spezifisches Charakteristikum für die deutsche Begriffsgeschichte ist dabei, dass sich der Terminus „auswärtige Kulturpolitik“, den der Leipziger Historiker Karl Lamprecht im Jahr 1912 prägte, erst seit 1945 allmählich durchsetzte. Zuvor sprach man auch von „auswärtiger Kulturarbeit“, „Kulturdiplomatie“ oder „Kulturwerbung“. Selbst in der Bundesrepublik gab es noch mehrere Vorstöße, den Begriff zu verändern. In der ideologisch angeereicherten Gesellschaftsdebatte der 1970er Jahre wurde angesichts der von linken Intellektuellen in Frage gestellten traditionellen Kulturwerte beispielsweise versucht, den inzwischen etablierten, doch historisch auch belasteten Begriff der „auswärtigen Kulturpolitik“ zu ersetzen. Gegenvorschläge wie „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik“ oder „Kulturelle Außenpolitik“ konnten sich allerdings nicht durchsetzen, so dass der Terminus „auswärtige Kulturpolitik“ am Ende beibehalten wurde und auch in dieser Arbeit verwendet wird.

Nachdem sich diese Studie als Einführung in die Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik versteht, konzentriert sich die Auswahl der Quellen auf wesentliche, öffentlich zugängliche Dokumente: amtliche Drucksachen, Gesetzestexte, Dokumentationen, Pressemitteilungen und sonstige von relevanten Akteuren herausgegebene Materialien. Weniger wurden die Jahresberichte der Mittlerorganisationen verwendet, die häufig zur Selbststilisierung neigen, die eigene Arbeit oft unkritisch bilanzieren und lediglich Erfolge, dazu meistens nur in statistischer Form, präsentieren. Eine besondere Quellenform sind Fachzeitschriften, insbesondere die vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen herausgegebene Zeitschrift für Kulturaustausch, die die verschiedenen Akteure der auswärtigen Kulturpolitik als öffentliches und kritisches Diskussionsforum nutzen. Wenden sich diese Fachzeitschriften an ein interessiertes Fachpublikum, stellt die auswärtige Kulturpolitik in der sonstigen Berichterstattung von Zeitungen und Zeitschriften eher ein Randthema dar.³

Centres Culturels Francais in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999, S. 21.

³ Diese Studie wertete folgende Zeitschriften aus: Außenpolitik; Aus Politik und Zeitgeschichte; Blickpunkt Bundestag; Das Parlament; Entwicklung und Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik; Forschung & Lehre; Freitag; Internationale Politik; Musikforum; Zeitschrift für Rechtspolitik; Zeitschrift für Kulturaustausch. Ferner wurden folgende Zeitungen analysiert: Die Welt, Die Zeit, Neue Zürcher Zeitung, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Berliner Zeitung.

Dieser Situation entspricht auch der allgemeine Forschungsstand: Zwar wurden regelmäßig Studien geschrieben, die sich mit dem Einfluss kultureller Aspekte auf die Außenpolitik auseinandersetzen.⁴ Die auswärtige Kulturpolitik selbst genießt jedoch als Stoff für wissenschaftliche Studien nach wie vor relativ wenig Beachtung. Die Ausnahmen bilden einige Studien deutscher Provenienz aus der Zeit der Reformphase in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und Studien, die in den letzten zehn Jahren verfasst wurden. Die zuletzt genannten analysieren jedoch überwiegend Teilaspekte der auswärtigen Kulturpolitik.⁵ Die vorliegende Studie berücksichtigt die wichtigsten Standardwerke der geschichts- und politikwissenschaftlichen Fachliteratur: Als Hauptwerk für die ersten Ansätze der deutschen außenkulturpolitischen Wirkung wurde das Buch des Historikers Kurt Düwell: *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente* (Köln 1976) herangezogen. Düwell behandelte die Genese der deutschen auswärtigen Kulturpolitik im 19. und 20. Jahrhundert⁶ und verglich sie mit der außenkulturpolitischen Tätigkeit der damaligen Weltmächte. Akribisch wertete der Autor die kulturpolitischen Schriften und Akten des Auswärtigen Amtes der Weimarer Zeit aus. Düwells Studie bietet dem Leser einen historisch-komparativen und spannend geschriebenen Überblick über Möglichkeiten und Grenzen der auswärtigen Kulturpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Einen Einstieg in die Grundzüge der außenkulturpolitischen Nachkriegsentwicklung gibt Hans Arnold, einer der ehemaligen Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, in seiner Monographie: *Kulturexport als Politik? Aspekte auswärtiger Kulturpolitik* (Tübingen/Basel 1976). Mit dem

⁴ Z.B. Jetschke, Anja; Liese, Andrea: Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/1998.

⁵ Andrei, Verena: Die Auswärtige Sprachförderungs politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas. Eine Außenpolitik Analyse, Magisterarbeit an Karls-Universität Tübingen 2000; Schneider, Axel: Die Auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bamberg 2000; Zined-Brand, Victoria: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik: eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Francais in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999; Lippert, Barbara: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik: Verhandlungen mit Moskau 1969–1990, Münster 1996.

⁶ Eine ausführliche Darstellung der deutschen Kulturpolitik im Ausland vor dem Ersten Weltkrieg gibt Kloosterhuis, Jürgen: „Friedliche Imperialisten“, Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906–1918, Frankfurt am Main 1994.

Wissen des ‚Insiders‘ hinterfragt Arnold zeitgenössische Probleme der auswärtigen Kulturpolitik und optiert für eine auf wechselseitigen Austausch basierende liberale Kulturpolitik. Vier Jahre später erschien für die allgemein politisch Interessierten seine nächste Publikation: *Auswärtige Kulturpolitik. Ein Überblick aus deutscher Sicht* (Wien 1980). In kurzen Kapiteln stellt der Autor die Wechselwirkungen zwischen Politik und Kultur seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts dar und skizziert das Spannungsfeld deutscher Außenkulturpolitik in den Beziehungen zwischen Ost und West und Nord und Süd. Für eine institutionelle Orientierung ist dem Buch eine Übersicht über die wichtigsten Institutionen beigelegt, die sich mit den auswärtigen Kulturbeziehungen der Bundesrepublik befassen. Arnolds Nachfolger im Amt, Hildegard Hamm-Brücher und Berthold C. Witte, veröffentlichten ebenfalls Erfahrungsberichte aus ihrer Wirkungszeit, analysierten die auswärtige kulturelle Zusammenarbeit und stellten offene Fragen zur Debatte.⁷ Öffentliches Interesse weckten die um das Jahr 1995 von den Frontmännern des Goethe-Instituts herausgegebenen, allein aufgrund ihres Titels provokativen Sammelbände: *Freund oder Fratze?* und *In dieser Armut welche Fülle!*⁸ Dabei untersuchten die jeweiligen Autoren auf kritische Weise Teilaspekte der auswärtigen Kulturpolitik. Gemeinsam kommen sie zum Ergebnis, dass die deutsche kulturelle Präsentation im Ausland angesichts der veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen einer dringenden Reform bedarf.

Zwei jüngst erschienene herausragende Studien, die sich mit dem Themenkomplex der Außenkulturpolitik auseinandersetzen, seien abschließend erwähnt: Die Dissertation von Karl-Sebastian Schulte: *Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* (Ber-

⁷ Z. B. Hamm-Brücher, Hildegard: *Die gefährdete Dimension unserer Außenpolitik*. In: Hoffmann, Hilmar; Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik*, Frankfurt am Main/New York 1994; Witte, Berthold C.: *Kulturaustausch als Zweibahnstraße*. In: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 39 (1989) 2; Witte, Berthold C.: *Neue Perspektiven systemübergreifender Kultureller Zusammenarbeit*. In: Jacobsen, Hanns D. (Hrsg.): *Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Festschrift Zum 20jährigen Bestehen des politischen Clubs Berlin*, Baden-Baden 1988; Witte, C. Berthold: *Deutsche Kulturpolitik im Ausland*. In: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Deutschland zwischen Krieg und Frieden, Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert*, Bonn 1990.

⁸ Hoffmann, Hilmar; Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik*, Frankfurt am Main/New York 1994; Sartorius, Joachim (Hrsg.): *In dieser Armut – welche Fülle! Reflexion über 25 Jahre auswärtige Kulturarbeit der Goethe-Instituts*, Göttingen 1996.

lin 2000) und eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik: Goethe ist nicht überall (Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2000) von Gerald Schneider und Julia Schiller.⁹ Schulte gibt einen profunden Einblick in das aktuelle außenkulturpolitische institutionelle Gefüge Deutschlands und fragt nach dessen Steuerungsbedingungen. Der Autor macht auf die häufige Instrumentalisierung dieses Politikfeldes aufmerksam. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch die Analyse von Schiller und Schneider, die darauf verweist, dass auch die Standortpolitik der zentralen Mittlerorganisationen oft von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen geleitet wird. Schließungen würden deshalb, so die Kritik Schneiders und Schillers, weniger aufgrund einer kulturpolitischen Strategie durchgeführt, als aufgrund simpler pragmatischer Rahmenbedingungen nach dem Rasenmäherprinzip.

Die Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik lässt sich in vier verschiedene Etappen gliedern, die grundlegend den politischen Entwicklungsphasen Deutschlands im 20. Jahrhundert entsprechen: Erstens kann von einer ‚Frühphase‘ der Außenkulturpolitik gesprochen werden, die von den Anfängen in der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik bis hin zur NS-Diktatur reichte. Nach der Zäsur von 1945 wurde die Außenkulturpolitik schrittweise unter demokratischen Vorzeichen errichtet. Diese Periode zeichnet sich durch eine Phase des Neuanfangs von 1949 bis 1969 aus, der eine Zeit sozialliberaler Reform in den 1970er Jahren folgte und schließlich eine Phase der Konsolidierung bzw. Stagnation in der Ära von Bundeskanzler Kohl (CDU). Die vierte und letzte Entwicklungsphase setzte mit der neuen rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder ein, die im Jahr 1998 die Macht übernahm und im Jahr 2000 mit der Veröffentlichung der sog. „Konzeption 2000“ eine außenkulturpolitische Reform einleitete.

Die vorliegende Untersuchung orientiert sich grundlegend an dieser Periodisierung und gliedert sich dabei in zwei Teile: Der erste Teil untersucht die Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik von ihren Anfängen vor 1914 bis hin zur Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1989. Zunächst werden die Hintergründe und Merkmale der Entstehung der Außenkulturpolitik im Kaiserreich skizziert, anschließend Akzentver-

⁹ Dazu auch Schiller, Julia: Deutsche Außenpolitik im Wandel. Eine Teilevaluation der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik anhand der weltweiten Standortwahl der Goethe-Institute, Magisterarbeit an Universität Konstanz 1999.

schiebungen in der Weimarer Zeit beleuchtet und schließlich die Instrumentalisierung der Außenkulturpolitik durch die Nationalsozialisten aufgezeigt. Das zweite Kapitel widmet sich dem außenkulturpolitischen Neuanfang in der Bundesrepublik und erklärt, warum die Außenkulturpolitik in den 1950er und 1960er Jahren Schritt für Schritt an politischem Gewicht gewann. Dabei wird die Außenkulturpolitik der Bundesrepublik mit den außenkulturpolitischen Bemühungen des deutschen ‚Bruderstaats‘, der DDR, kontrastiert. Anschließend wird die Frage ausführlich beantwortet, warum und inwiefern die sozialliberalen Koalitionen unter Willy Brandt (SPD) und Helmut Schmidt (SPD) in den 1970er Jahren eine Reform der Außenkulturpolitik einleiteten. Der erste Teil endet schließlich mit einer Darstellung der außenkulturpolitischen Strategie der ersten konservativ-liberalen Regierungen unter Helmut Kohl zwischen 1982 und 1989.

Der zweite Teil der Studie widmet sich dem ‚Paradigmenwechsel‘ der deutschen Außenkulturpolitik im Zeichen der Globalisierung. Dabei wird zunächst der (bedingte) außenkulturpolitische Kurswechsel unter der – mittlerweile gesamtdeutschen – Regierung Kohl seit 1990 behandelt. Anschließend wird aufgezeigt, inwiefern sich der Regierungswechsel 1998, die Machtübernahme der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD), auf die bundesdeutsche Kulturpolitik allgemein auswirkte. Das letzte Kapitel widmet sich schließlich ausführlich der im Jahr 2000 initiierten außenkulturpolitischen Reform, der sog. „Konzeption 2000“. Es werden ihre Ziele und Inhalte sowie ihre Rezeption in der (Fach-) Öffentlichkeit untersucht und in Form eines Ausblicks ihre erste ‚Bewährungsprobe‘ im Zeichen des ‚Zeitenwechsels‘ vorgestellt, den die Terroranschläge des 11. September 2001 auslösten.

Die Anfänge der auswärtigen Kulturpolitik bis 1945

Auswärtige Kulturpolitik hat in Deutschland eine relativ kurze Tradition. Während europäische Nachbarn, wie Großbritannien und Frankreich,¹⁰ bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Feld der Außenkulturpolitik tätig waren,¹¹ begann die offizielle deutsche Außenpolitik erst kurz vor

¹⁰ Vgl. Pohorská, Eliška: Francouzská zahraniční kulturní politika, Magisterarbeit verteidigte an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität zu Prag 2003.

¹¹ Vgl. Witte, C. Barthold: Deutsche Kulturpolitik im Ausland. Ziele-Chancen-Grenzen. In: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden, Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 371.

dem Ersten Weltkrieg damit, sich intensiver mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

Die Initialzündung für eine systematische Beschäftigung mit der Außenkulturpolitik ging vom Leipziger Historiker Karl Lamprecht aus. Er prägte im Jahre 1912 den heute geläufigen Begriff der „auswärtigen Kulturpolitik“ und versuchte die damalige Staatsführung vom Nutzen koordinierter kulturpolitischer Aktivitäten im Ausland zu überzeugen.¹² Seiner Meinung nach war für eine erfolgreiche Außenpolitik entscheidend, dass eine Nation ihren wirtschaftlichen Einfluss mit ihrer geistigen Macht verband und gezielt einsetzte. Unter dem Verweis auf wachsende kulturpolitische Aktivitäten der rivalisierenden Großmächte Frankreich, England und den USA machte Lamprecht darauf aufmerksam, dass die deutsche Außenpolitik die Kultur bisher als Aktionsfeld, gerade in kolonialpolitischer Hinsicht, vernachlässigt habe und hob hervor: „Da dürfen wir Deutschen nicht zurückbleiben, soll anders die Welt nicht einmal wieder vergeben sein, ehe der germanische Dichter und Denker auf dem Plane erscheint.“¹³ Wie viele seiner Zeitgenossen, unter ihnen auch Kaiser Wilhelm II., schrieb Lamprecht den Deutschen eine hohe intellektuelle Wettbewerbsfähigkeit und deshalb die kulturelle Mission zu, dass an ihrem „Wesen die Welt genesen“ solle. Aufgrund ihres reichen kulturellen Erbes sah er die deutsche Nation geradezu prädestiniert, die konkurrierenden Mächte auf diesem Feld zu überflügeln, nachdem das Deutsche Reich ansonsten beim internationalen Wettstreit um die Aufteilung der Welt zu spät gekommen war und kaum Erfolge vorweisen konnte.

In der offiziellen Außenpolitik des **Wilhelminischen Reichs** fanden Lamprechts Überlegungen jedoch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kaum Niederschlag. Zwar wurden die bis dahin wichtigsten kulturellen Standbeine der deutschen Außenpolitik – das Auslandsschulwesen und die über das Schulische hinausgehende Betreuung des „Deutschtums“ – seit den 1870er Jahren vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt. Begleitend dazu schuf man auch erste organisatorische Strukturen, wie den sog. Reichsschulfonds beim Auswärtigen Amt im Jahre 1878. Acht Jahre später

¹² Im Jahre 1913 gelang Lamprecht in einem Privatschreiben, Kanzler Bethmann-Hollweg von der Notwendigkeit einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik zu überzeugen. Dazu Kloosterhuis, Jürgen: „Friedliche Imperialisten“, Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906–1918, Frankfurt am Main 1994, S. 3f.

¹³ Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln 1976, S. 256.

richtete man dort auch ein „Referat zur Betreuung des Auslandsschulwesens“ ein. Trotz dieser Anfänge kann die gelegentlich vorherrschende Meinung, damit habe bereits die kontinuierliche und institutionalisierte „moderne“ Außenkulturpolitik in Deutschland begonnen,¹⁴ nicht geteilt werden. Von einer systematischen Ausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik konnte nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die kulturellen Bemühungen des Auswärtigen Amtes wurden ohne System für machtpolitische Zwecke und als Kulturpropaganda instrumentalisiert. Sie sollten entweder das Deutschtum im Ausland unterstützen und/oder den kulturellen Glanz Deutschlands mehren – und das insbesondere in (Übersee-)Gebieten, in denen entweder Deutschstämmige lebten oder in Regionen, in denen das Deutsche Reich kolonialpolitische Interessen hegte, z.B. im Osmanischen Reich oder in China.¹⁵

Der Erste Weltkrieg setzte den deutschen außenkulturpolitischen Aktivitäten ein jähes Ende, die nach 1918 – Deutschland hatte sich durch seine aggressive Kriegspolitik in starken Misskredit gebracht – erst nach und nach wieder aufgebaut werden konnten. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage erlebte die auswärtige Kulturpolitik unter der **Weimarer Republik** einen ersten Höhepunkt. Verantwortlich dafür war die außenpolitische Machtlosigkeit der ersten deutschen Demokratie, die mit dem Versailler Vertrag nahezu all ihrer äußeren Machtmittel beraubt wurde, wie der damalige Erste General-Quartiermeister und spätere Reichswehrminister, Generalleutnant Groener, betonte: „Zur Außenpolitik gehören Macht, Heer, Flotte und Geld; das alles haben wir nicht mehr.“¹⁶ Als einer der letzten außenpolitischen Aktivposten verblieb die Kulturpolitik: Sie rückte von nun an notgedrungenenmassen mehr in den Mittelpunkt des Interesses, um Deutschlands fortbestehende Großmachtambitionen umzusetzen. Für die auswärtige Kulturpolitik selbst machte sich ihr gestiegener Stellenwert nicht nur in einer fortschreitenden Institutionalisierung bemerkbar – so wurde 1920 eine eigenständige Kulturabteilung im AA eingerichtet. In ersten Ansätzen wurde auch kulturelle Autonomie erreicht, beispielsweise beim internationalen künstlerischen und wissenschaftlichen Austausch.

¹⁴ Dazu Schulte, Karl-Sebastian: *Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2000, S. 36f.

¹⁵ Siehe *Kulturpropaganda-Schulen in der Türkei und in China*, Düwell: *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932*, S. 22ff.

¹⁶ Groener-Geyer: *General Groener*, Frankfurt a. Main 1955, S. 146, zitiert nach Werz, Nikolaus: *Auswärtige Kulturpolitik: Kontinuität oder Wandel?*. In: *Aussenpolitik* III/92, S. 246f.

Dort konnten machtpolitische Interessen zugunsten kultureller Selbstreflexion zurückgedrängt werden.

Insgesamt gesehen stellte die Weimarer auswärtige Kulturpolitik zum Teil immer noch Kulturpropaganda dar, jedoch in deutlich abgemilderter Form. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre beging man den „anfänglichen Irrtum, mit Kulturpolitik den Machtverlust des Reiches ausgleichen zu wollen [...] aus dieser Erkenntnis erwuchs eine Neugestaltung der amtlichen Kulturbeziehungen zum Ausland, die dem Autonomiebegriff der Kultur, soweit es mit den übergeordneten nationalen Interessen irgendwie zu vereinbaren war, in größerem Umfang Rechnung trug.“¹⁷ Im Schulwesen berücksichtigte man nun beispielsweise das System und die Eigenkultur der entsprechenden Länder und betrieb nicht mehr ‚Propagandaschulen‘ nach wilhelminischem Muster.¹⁸ Trotz der Verschiebung von der Kulturpropaganda zur kulturellen Autonomie war es für den Kriegsverlierer Deutschland schwer, das vorherrschende Bild als nationalistischer kriegerischer Staat zu ändern. Das galt insbesondere für die Deutschumpolitik, der nach dem Zusammenbruch der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie erhöhte Bedeutung zukam. Die Weimarer Republik wurde zum Sachwalter eines Teilerbes beider Monarchien, der in Ostmitteleuropa lebenden Deutschen. Sie splitterten sich seit 1918 als nationale Minderheiten auf mehrere Nationalstaaten auf. Die Reichsregierung, die eine weitere Zersplitterung vermeiden wollte, war ihnen bei der Forderung nach kultureller Autonomie behilflich, auch um im Gegenzug ggf. weitergehende wirtschaftliche und politische Ziele leichter durchsetzen zu können.¹⁹ Die meiste praktische Arbeit leisteten dabei privatrechtliche Initiativen, wie der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) bei der Auslandsschulfrage oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung beim wissenschaftlichen Austausch. Diese nicht-staatlichen sog. Mittlerorganisationen wurden vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt und bewusst in die außenkulturpolitische Arbeit mit einbezogen, um eine politische Steuerung weitestgehend zu verschleiern.²⁰

¹⁷ Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932, S. 251.

¹⁸ Ebd. S. 135f.

¹⁹ Die Problematik der (finanziellen) Abhängigkeit der Auslandsdeutschen von der Weimarer Republik zeigt Bamberger-Stemmann am Beispiel des Europäischen Nationalitätenkongreß. Siehe Bamberger-Stemmann, Sabine: Der Europäische Nationalitätenkongreß 1925 bis 1938. Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2000.

²⁰ Vgl. Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 38.

Inhaltliche Schwerpunkte der Weimarer auswärtigen Kulturpolitik waren, ähnlich wie zur Kaiserzeit, das Auslandsschulwesen²¹ sowie der wissenschaftliche Austausch. Allerdings änderten sich dabei sowohl die Zielgruppen – geopolitisch rückte Ostmitteleuropa durch die forcierte Deutschumpolitik stärker in den Mittelpunkt, zudem wurde nun versucht, verstärkt breitere Schichten anzusprechen. Auch der wissenschaftliche Kontakt mit anderen Ländern gewann eine neue Qualität und entwickelte sich mehr und mehr zu einem wirklichen Austausch. Auswärtige Wissenschaftspolitik beruhte damit nicht mehr alleine auf wissenschaftlichen Stützpunkten im Ausland oder auf wissenschaftlicher Propaganda. Ausschlaggebend für diese Erkenntnis war u.a. die Einsicht der Reichsführung, dass der gegenseitige internationale Know-how-Transfer wirtschaftlich wesentlich profitabler sein konnte als nationales Eremitentum.

Trotz qualitativer Fortschritte fehlte der auswärtigen Kulturpolitik der Weimarer Republik eine systematische Ausrichtung. Zwar erkannte Außenminister Stresemann die großen außenpolitischen Möglichkeiten an, die sich auf dem Feld der Kulturpolitik boten, und forderte 1928 auch deren systematische Ausgestaltung.²² Dazu fehlten der Weimarer Republik aber nicht nur finanzielle Mittel. Aus machtpolitischen Interessen folgte die Außenkulturpolitik in ihren Hauptschwerpunkten häufig auch noch den alten Methoden der Kulturpropaganda und blockierte damit Bemühungen um einen ausgedehnteren kulturellen Austausch. Und um diese Reformen schrittweise voranzubringen, fehlte Weimar schließlich im Zeichen der immer tiefer um sich greifenden Staatskrise vor allem ein Faktor: Zeit.

Nutznießer der Reformüberlegungen in der Weimarer Republik waren teilweise die **Nationalsozialisten**. Sie trieben die Systematisierung der auswärtigen Kulturpolitik auf organisatorischer Ebene voran und führten im Rahmen neu geschaffener bilateraler Kulturabkommen ab der zweiten

²¹ Außenminister von Rosenberg sprach im Jahre 1922 vom Zwang, die 30 bis 40 Millionen Auslandsdeutschen im höheren Maße hauptsächlich durch Auslandsschulen für die deutsche Kultur zu gewinnen. Außenminister Stresemann schrieb im ersten kulturpolitischen Rund-erlass aus dem Jahre 1928, dass „bei der Verteilung der vorhandenen Mittel [...] davon ausgegangen [wurde], daß die Grundlage jeder Kulturpolitik im allgemeinen die deutsche Schule sein muß.“, wobei es sich bei den Mitteln bis 1933 nur um verhältnismäßig geringe Summen handelte. Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932, S. 105, 372.

²² Laut Düwell kann Stresemanns Grundsatz-Erlass ein Beweis für die endgültige Einordnung der auswärtigen Kulturpolitik in die gesamte Gestaltung der deutschen außenpolitischen Beziehungen angesehen und so als eine Zäsur auf dem außenkulturpolitischen Gebiet betrachtet werden. Vgl. Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932, S. 251.

Hälfte der 1930er Jahre u.a. Kulturattachés an den deutschen Botschaften oder deutsche Kulturinstitute im europäischen Ausland²³ ein. Auch deutsche Kulturinitiativen im Ausland wurden nun von den Nationalsozialisten systematisch finanziert.

Die straffere Organisation der auswärtigen Kulturpolitik muss freilich vor dem Hintergrund ihrer Gleichschaltung mit dem NS-Staat gesehen werden: Seit 1933 dienten die auswärtigen kulturellen Beziehungen alleine der Propagierung des nationalsozialistischen Rassenwahns. Dazu sollten auf struktureller Ebene, was allerdings nur zum Teil gelang, zunächst alle privaten Mittlerorganisationen unter einem gleichgeschalteten NS-Dachverband zusammengefasst werden, um sie in den staatlichen Bereich zu überführen. Inhaltlich wurde die auswärtige Kulturpolitik zur aggressiven Volkstumspolitik instrumentalisiert, in der die Sprachpolitik eine große Rolle spielte²⁴. Die Kulturpropaganda erreichte einen absoluten Tiefpunkt. Häufig wurde die auswärtige Kulturpolitik allerdings auch dazu benutzt, das hässliche Antlitz des Nationalsozialismus zu verschleiern. Deutsche Kunst diente beispielsweise während der Berliner Olympiade 1936 dazu, dem ‚Dritten Reich‘ einen humanen Anstrich zu verleihen²⁵. Auch die neu eingerichteten Kulturinstitute standen öfters vor der Aufgabe, das allzu aggressive Auftreten der Gesandtschaften abzumildern.²⁶

Spätestens mit der brutalen Entfesselung des Zweiten Weltkriegs hatten die Nationalsozialisten den außenpolitischen Kredit Deutschlands erneut verspielt. Nach sechs Jahren Krieg, der Millionen von Toten kosten sollte, lagen weite Teile Europas und der Welt in Trümmern. Deutschland selbst stand vor einem völligen Neubeginn, der zuerst offen ließ, ob und wie es nach den Erfahrungen zuvor jemals wieder in der Lage sein würde, eine eigenständige auswärtige (kulturelle) Politik zu betreiben.

²³ Dazu zählten u.a. deutsche Kulturinstitute in Rom, Florenz, Neapel, Madrid, Barcelona und in den Hauptstädten der Balkanländer. Die als Auslandsstellen des AA geführten Institute waren als „Stätten deutscher Kultur im Ausland“ gedacht; sie besaßen eine deutsche Bibliothek und veranstalteten deutsche Sprachkurse, Kunstausstellungen, Musikabende usw. Siehe Schulte: *Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 39. Siehe auch Lippert: *Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik*, S. 104.

²⁴ In der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes wurde ein Sprachreferat eingeführt. Vgl. Schulte: *Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 39.

²⁵ Vgl. Arnold, Hans: *Kulturpolitik. Ein Überblick aus deutscher Sicht*, München/Wien 1980, S. 13.

²⁶ Vgl. Zined-Brand: *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse*, S. 21.

Schweres Erbe. Die schrittweise Neuorientierung der auswärtigen Kulturpolitik von Adenauer bis Brandt (1949–1969)

Das Vermächtnis des Nationalsozialismus stellte Nachkriegsdeutschland vor ein schweres Erbe. Erst allmählich erwachte das staatliche und gesellschaftliche Leben wieder – allerdings unter dem Signum der fortschreitenden Teilung Deutschlands in einen Ost- und einen Westteil, der von der Sowjetunion bzw. den Westalliierten beherrscht wurde. 1949 manifestierte sich die Teilung in der Gründung zweier deutscher Staaten: der Bundesrepublik Deutschland im Westen und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Osten. Diese Arbeit wird nach der Entwicklung der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik fragen, die sich als alleinige Erbin deutscher Kultur und Staatlichkeit verstand.

Die Bundesrepublik musste den Wiederaufbau ihrer Außenpolitik und somit auch der auswärtigen Kulturpolitik behutsam vorantreiben. Zuerst sollten Vorurteile und das tiefe Misstrauen überwunden werden, die der NS-Staat geschaffen hatte. Das Hauptaugenmerk der frühen 1950er Jahre richtete sich zudem auf die Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, wodurch der auswärtigen Kulturpolitik eine untergeordnete Rolle zukam. Dennoch ließen sich schon frühzeitig erste Bemühungen erkennen, auf diesem Feld wieder aktiv zu werden. Ausschlaggebend dafür waren u.a. die Neu- oder Wiedergründung außen(kultur)politischer Institutionen. Den ersten Schritt in die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft unternahm die Bundesrepublik im Jahre 1950 mit dem Eintritt in den „Rat für kulturelle Zusammenarbeit“ des Europarats und ein Jahr später in die UNESCO. 1950 wurde bei der „Verbindungsstelle des Bundeskanzleramtes zur Alliierten Hohen Kommission“ ferner ein kleines Kulturreferat eingerichtet, das die Aufgabe hatte, „die Voraussetzungen für die Entwicklung späterer kultureller Auslandsbeziehungen zu schaffen.“²⁷ Ein Jahr danach wurde diese Verbindungsstelle in die „Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten“ im Bundeskanzleramt umgewandelt.

Deutlichere Konturen nahm die auswärtige Kulturpolitik im Jahre 1951 mit der Wiedereinrichtung des Auswärtigen Amtes an, dessen Kulturabteilung 1952 ihre Arbeit aufnahm. Als neue inhaltliche Schwerpunkte wurden die Öffentlichkeitsarbeit und der kulturelle Informationsaustausch aufgenommen. Methodisch wurde dabei erstmals bewusst auf die Verbreitungs-

²⁷ Martin, Berthold (Hrsg.): Jahrbuch der Auswärtigen Kulturbeziehungen 1964, Bonn 1964, S. 3.

kraft der Medien gesetzt. Mit der Gründung von Inter-Nationes (IN) im Jahre 1952, einer Mittlerorganisation für die kulturelle, gesellschaftliche und politische Kommunikation Deutschlands mit dem Ausland und dem Auslandsrundfunk Deutsche Welle (DW) im Jahre 1953 wurden zwei neue außenkulturpolitische Instrumente etabliert, die gezielt die Medien zur Informationsvermittlung einsetzten.

Neben den neugegründeten Institutionen sollten die Kulturaufgaben für das Auswärtige Amt wiedergegründete privatrechtliche²⁸ Organisationen erfüllen, die zum Teil bereits seit der Weimarer Republik existierten.²⁹ Die Kulturabteilung des AA bezog die seit den 1970er Jahren sog. „Mittlerorganisationen“ nicht nur aufgrund von Personalmangel mit in die Arbeit ein, da ein Referent und ein Sachbearbeiter in der Anfangszeit nicht alle anfallenden Aufgaben selbst bewältigen konnten. Vor allem wollte man ein klares Signal gegen die zentral gesteuerte extremistische Kulturpropaganda der Vergangenheit setzen und durch die Kooperation der staatlichen mit der privaten Sphäre Staatsferne schaffen, die Sympathie wecken und die außenpolitische Handlungsfähigkeit optimieren sollte.³⁰ Der Leitgedanke war, die außenpolitischen Entscheidungen, Planungen und die Globalsteuerung im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesregierung zu überlassen, während mit der Verwaltung und Durchführung der eigentlichen Kulturarbeit im Ausland die Mittlerorganisationen beauftragt wurden. Ihnen wurde dafür auch das Gros der finanziellen Mittel aus der Bundeskasse zur Ver-

²⁸ Insbesondere sind das eingetragene Vereine (e.V.). Vgl. Trommer, Siegfried Johannes: Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik, Doktorarbeit – Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen, 1984, S. 36.

²⁹ Zu den wichtigsten Mittlerorganisationen gehörten: für die wissenschaftlichen Beziehungen – der *Deutsche Akademischer Austauschdienst* (DAAD) (1950 Neu-, 1925 Erstgründung) zur Förderung der internationalen Hochschulbeziehungen; *Alexander von Humboldt-Stiftung* (AvH) (1953 Neu-, 1860 Erst- und 1925 Zweitgründung) zur Förderung von Forschungsvorhaben; für die allgemein kulturellen Beziehungen – das *Goethe-Institut* (GI) zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit (1951 Neu-, 1932 Erstgründung) und das *Institut für Auslandsbeziehungen* (IfA) zur Betreuung von Ausstellungen und auslandskundliche Publikationen (1950 Neu-, 1917 Erstgründung). 1952 wurde ferner *Inter-Nationes* (IN) für die Öffentlichkeitsarbeit und die kulturelle Informationsarbeit gegründet. Mit der Gründung des Auslandsrundfunks *Deutsche Welle* im Jahre 1953 wurde ein völlig neues außenkulturpolitisches Instrument etabliert. Einige weitere Organisationen kamen später hinzu. Vgl. Homepages einzelnen Mittlerorganisationen, die auf dem Deutschland-Portal im Internet zu finden sind: www.deutsche-kultur-international.de.

³⁰ Schulte schreibt etwas vom „strategischen Kalkül der Bundesregierung“, Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 43.

fügung gestellt. Ein Musterbeispiel für die Delegation außenkulturpolitischer Arbeit stellten die Goethe-Institute (GI) dar, die aus organisatorischen Gründen ab 1960 die Aufgaben der vormals staatlichen Kulturinstitute übernahmen und fortan als „Goethe-Institute zur Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland“ nicht mehr nur deutschen Sprachunterricht anboten, sondern auch als kultureller Ansprechpartner dienten³¹.

Die Demokratisierung der auswärtigen Kulturpolitik wurde durch das föderalistische und pluralistische politische System der Bundesrepublik unterstrichen. Im Gegensatz zur zentral gesteuerten auswärtigen Kulturpolitik Großbritanniens oder Frankreichs beruht die deutsche auf einem weitgefassten „Trägerpluralismus“³². Zwar liegt die legislative und exekutive Kompetenz für die Außenpolitik³³ – ebenso wie für die auswärtige Kulturpolitik – beim Bund. Dort obliegen dem Außenminister die Festsetzung der Leitlinien der auswärtigen Kulturpolitik sowie der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im AA die Koordinierung und politische Steuerung der außenpolitischen kulturellen Aktivitäten und die Schließung völkerrechtlicher Verträge bzw. Kulturabkommen. Für die innenstaatliche Kultur fehlt jedoch eine ausdrückliche umfassende Kompetenzzuweisung an den Bund; entsprechend liegen die Gesetzgebungskompetenzen für diese Bereiche mit wenigen Ausnahmen bei den Ländern. Die sog. „Kulturhoheit der Länder“ stellt deren bedeutendsten Kompetenzbereich dar und bildet das Kernstück ihrer „Eigenstaatlichkeit“³⁴, somit trifft die innerstaatliche kulturpolitische Kompetenz der Länder auf die Außenvertretungsrechte der zentralstaatlichen Ebene³⁵. Daher arbeitet der Bund (nicht zuletzt aufgrund praktischer und finanzieller Notwendigkeiten) neben den Mittlerorganisationen und den freien Trägern eng mit den Ländern und Gemeinden in der Außenkulturpolitik zusammen, da er in weiten Bereichen auf eine Mitbestimmung der damals elf (heute sechzehn) Kultusministerien und Kultursenate der Länder angewiesen ist. Die Zusammenarbeit ist rechtlich

³¹ Vgl. Zined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik: eine vergleichende Analyse, S. 25f. Siehe auch Arnold: Kulturpolitik, S. 21f.

³² Vgl. Arnold: Kulturpolitik, S. 20.

³³ Art. 73 Nr. 1 GG und Art. 32. Abs. 1 GG.

³⁴ Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. In: Bohr, Kurt & Albert, Helmut: Die Europäische Union – das Ende der eigenständigen Kulturpolitik der deutschen Bundesländer? In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 26 (2) 1993, S. 63.

³⁵ Vgl. Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 33f.

im Grundgesetz (GG)³⁶ verankert und weiter im „Lindauer Abkommen“ präzisiert. Das heute im Zusammenhang mit der europäischen Integration angestrebte Subsidiaritätsprinzip fand in diesem Abkommen im Jahre 1957 seinen Niederschlag, indem jedes Kulturabkommen mit auswärtigen Staaten der Zustimmung der Bundesländer unterliegen muss, das ihre Kompetenzen berührt. Dazu treffen sich die Vertreter der Kulturabteilung des AA sowie das Ministerium für Bildung und Forschung mit der Kommission für internationale und europäische Angelegenheiten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK).³⁷ Die allgemeine politische Abstimmung der Länder untereinander vollzieht sich in Fragen der auswärtigen Kulturpolitik auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK).

Neben dem Auswärtigen Amt, den Mittlerorganisationen, den Bundesländern und Gemeinden wurden kulturelle Beziehungen zum Ausland durch parteinahe Stiftungen³⁸ (deren Existenz weltweit einzigartig ist), kirchliche Hilfsdienste³⁹, wissenschaftliche Stiftungen⁴⁰, aber auch durch mehrere Bundesministerien⁴¹, die zunehmend außenkulturpolitische Zuständigkeiten erhielten, gepflegt.⁴² Dieser „kooperative Föderalismus“ trägt

³⁶ Art. 32 Abs. 2 GG („Vor dem Abschluss eines Vertrages, der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt, ist das Land rechtzeitig zu hören“) und Art. 32 Abs. 3 GG („Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen“).

³⁷ Vgl. <http://www.kmk.org/doc/aus/komm.htm#kia> vom 24. 01. 2003.

³⁸ *Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung*, ab 1990 auch die *Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Dazu Trommer: Die Mittlerorganisationen, S. 49–51.

³⁹ Für die seelsorgerische Betreuung Deutscher im Ausland haben die evangelische und die katholische Kirche zahlreiche Geistliche ins Ausland entsandt. Die deutschsprachigen Auslandsgemeinden sind Zentren des religiösen Bekenntnisses und darüber hinaus auch deutscher Kultur im Ausland. Vgl. Trommer: Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik, S. 52.

⁴⁰ *Bertelsmann-Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung, Daimler-Benz-Stiftung, Carl Friedrich von Siemens-Stiftung* etc. Siehe Herbote, Burkhard: Institut für Auslandsbeziehungen: Handbuch für deutsch-internationale Beziehungen, München 1996.

⁴¹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesministerium der Inneren, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (das im Jahre 1961 gegründet wurde), Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Verteidigungsministerium, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ebenso Deutscher Bundestag und Bundeskanzleramt. Vgl. Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 84.

⁴² Im Jahre 1959 schlossen sich zahlreiche im außenkulturpolitischen Bereich tätige Organisationen zur „Arbeitsgemeinschaft für internationalen Kulturaustausch“ zusammen, mit der das Auswärtige Amt eine intensive Zusammenarbeit einleitete.

einerseits stark zur politischen Stabilität bei und sichert die demokratische Kontrolle im Verhältnis von Kultur und Politik. Andererseits kann er jedoch wegen der dichten Verflechtung auch ein Spannungsfeld zwischen den außenkulturpolitisch tätigen Akteuren verursachen und ein „überflüssiges Nebeneinander oder gar kräftevergeudendes Durcheinander von Institutionen und Kompetenzen“ schaffen, wie der Außenminister und spätere Bundeskanzler Brandt 1966 beklagte.⁴³

Die 1960er Jahre stellten für die auswärtige Kulturpolitik eine wichtige Phase des Aufschwungs dar. Ausschlaggebend dafür waren einerseits die fortschreitende Etablierung der Bundesrepublik auf internationalem Parkett, für die – insbesondere angesichts des wachsenden Bruderkampfes mit der DDR und der zugespitzten globalen Blockkonfrontation – auch die auswärtige Kulturpolitik als außenpolitisches Instrument größere Bedeutung gewann. Im Zuge dieser Entwicklung erfuhr die auswärtige Kulturpolitik andererseits selbst neue inhaltliche Impulse, die den bisherigen Schwerpunkt der Kulturwerbung stärker auf eine Autonomie der Kultur verlagern wollten.

Höheres Gewicht gewann die auswärtige Kulturpolitik zunächst aufgrund der Tatsache, dass sie Bestandteil der Nichtanerkennungsstrategie der DDR (sog. „Hallstein-Doktrin“) und damit ein Kampfinstrument in der Blockkonfrontation von West und Ost wurde. Auch in kultureller Hinsicht verfocht die Bundesrepublik einen Alleinvertretungsanspruch für die deutsche Kultur, die sie als unteilbar betrachtete. Steigende außenkulturpolitische Aktivitäten des ostdeutschen Bruderstaats, der 1956 auch eigene Kulturinstitute, sog. „Herder-Institute“ ins Leben rief, beantwortete die bundesdeutsche Außenpolitik deshalb ebenfalls mit verstärkten Bemühungen auf diesem Gebiet. Insbesondere im Zeichen der zu Ende gehenden Kolonialära gründete die Bundesrepublik in den jungen Staaten Asiens und Afrikas neue Kulturinstitute, deren Gesamtzahl innerhalb von 10 Jahren von 20 auf über 100 anstieg. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Westen (besonders in den USA und Frankreich) und folgte damit regionalpolitisch dem Fahrwasser der Außenpolitik.⁴⁴ Ideologisch betonte die Bundesrepublik den föderalen Cha-

⁴³ Zitiert nach Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 111.

⁴⁴ Unter den insgesamt 28 zwischen 1949 und 1969 abgeschlossenen Kulturabkommen war nur eines mit einem sozialistischen Staat außerhalb des Warschauer Paktes (Jugoslawien). Hinzu kamen (allerdings befristete) Austauschvereinbarungen mit der UdSSR 1959 und Rumänien 1969. Siehe Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 105ff.

rakter ihrer Kulturbemühungen, die sich bewusst von den diktatorischen Erfahrungen des NS-Staats und der DDR abgrenzen sollten.

Der Aufschwung der auswärtigen Kulturpolitik in den 1960er Jahren wurde jedoch nicht unkritisch aufgenommen. Im Mittelpunkt der kulturpolitischen Aktivitäten stand nach wie vor die Kulturwerbung, ein deutliches Gewicht nahm dabei die „Hochkultur“⁴⁵ ein. Der Kulturaustausch und selbstreflektierende Stellungnahmen standen hingegen im Hintergrund, ähnlich wie die breiteren Schichten der Bevölkerung. Dass diese Punkte stärker beachtet werden mussten, insbesondere um das Bild der Bundesrepublik als einem reinen Wirtschaftsstaat zu korrigieren, wurde zunehmend kritisiert. So hob Werner Ross, Geschäftsführer des Goethe-Instituts, im Jahre 1966 hervor: „Selbstkritik kann die bessere Art der Selbstdarstellung sein. Sie bringt den Ruf der Ehrlichkeit, den Stempel der Objektivität.“⁴⁶ Nicht zuletzt wurde auf die geringen finanziellen Mittel⁴⁷ hingewiesen, die der auswärtigen Kulturpolitik zur Verfügung standen, beispielsweise von Bundeskanzler Erhard in der Regierungserklärung von 1965: „Die Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik kann kaum hoch genug veranschlagt werden [...] Die Bundesrepublik erklärt, dass sie ihre Anstrengungen für die auswärtige Kulturpolitik steigern wird. Wir werden mehr Mittel bereitstellen müssen.“⁴⁸

Die Rufe nach Reformen fanden steigenden Widerhall, nicht nur was die inhaltliche Ausrichtung anbetraf, sondern auch die Struktur der auswärtigen Kulturpolitik, der nach wie vor eine übergreifende Konzeption fehlte. Schon ab der Mitte der fünfziger Jahre wurde auf diesen Mangel von verschiedenen Seiten hingewiesen und eine konzeptionell durchstrukturierte auswärtige Kulturpolitik gefordert. In Folge dessen beschäftigte sich auch der deut-

⁴⁵ Das Hauptziel, die Normalisierung der Stellung und des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland in der freien Welt, sollte in der ersten Reihe durch die Träger des Kulturlebens – Wissenschaftler, Schriftsteller, Musiker, Maler – erreicht werden, wobei bei Entstehung des neuen Deutschlandsbildes paradoxerweise auch die Exilanten halfen.

⁴⁶ Zitiert nach Ulrich, Susanne: Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit der Goethe-Institute im Ausland, Düsseldorf 1987, S. 10.

⁴⁷ Von 1950–1962 wies der Kulturetat einen zunehmenden Anteil am Bundes- und am Ressortetat „Auswärtiges Amt“ auf und von 1962 bis 1969 einen fallenden bzw. gleichbleibenden Anteil. 1949 war es 0,08 Prozent des Haushaltes 1969 waren es immerhin 0,88. Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Bonn 1989, S. 712f.

⁴⁸ Regierungserklärung des Bundeskanzlers Professor Dr. Dr. H.c. Ludwig Erhard vor dem 5. Deutschen Bundestag (4. Sitzung) am 10. November 1965. In: Martin, Berthold (Hrsg.): Auswärtige Kulturbeziehungen 3, Berlin 1966.

sche Bundestag seit den 1960er Jahren intensiv mit außenkulturpolitischen Fragen.⁴⁹ Dieter Sattler, Leiter der Kulturabteilung des AA, bezeichnete im Jahre 1960 die auswärtige Kulturpolitik als „dritte Bühne“ der Weltpolitik, 1961 berief er einen mit beratender Funktion beauftragten Kulturpolitischen Beirat⁵⁰ ein und 1964 legte die Kulturabteilung erstmals der Öffentlichkeit einen Jahresbericht vor. Dieser ausführliche Bericht, ähnlich wie das sozialdemokratische Sieben-Punkte-Programm aus dem Jahre 1965⁵¹, trieb die kritische Auseinandersetzung voran. Hinsichtlich der zunehmenden internationalen Verflechtung und Verantwortung Deutschlands herrschte seit Mitte der sechziger Jahre die Überzeugung, die auswärtige Kulturpolitik müsse eine wichtigere Stellung in der Außenpolitik einnehmen und nicht mehr als bloßes „Beiwerk der Außenpolitik“⁵² angesehen werden.⁵³ In der öffentlichen Diskussion entstanden zahlreiche Vorschläge, die in Rufen nach einer Reform des außenkulturpolitischen Aufgabenbereiches gipfelten.

Unterstützung fanden die Reformrufe unter den neuen politischen Bedingungen der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD seit 1966. Der damalige Außenminister Willy Brandt (SPD), bezeichnete die auswärtige Kulturpolitik in Anlehnung an Sattler als „dritte Säule“ einer modernen Außenpolitik. Theoretisch gewannen die kulturpolitischen Außenbeziehungen das gleiche Gewicht wie die staatlichen (Diplomatie, Sicherheit) und wirtschaftlichen. Auf praktische Umsetzung musste diese Botschaft allerdings noch bis zum nächsten Regierungswechsel warten: Als im Jahr 1969 eine sozialliberale Koalition unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt die politische Macht übernahm und außenpolitisch einen Kurs einschlug, der auf einen Wandel setzte, hatte auch die Stunde für eine Modifizierung der auswärtigen Kulturpolitik geschlagen.

⁴⁹ In den Bundestagsdebatten ging es vor allem um die Organisation der auswärtigen Kulturpolitik, besonders um Bund-Länder-Kooperation, um die Mitwirkung in den internationalen Organisationen und die deutschlandpolitischen Aspekte der Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 102.

⁵⁰ Er besteht seitdem aus 15 bis 20 Persönlichkeiten des kulturellen Lebens der Bundesrepublik Deutschland und aus kulturpolitischen Sachverständigen.

⁵¹ Vgl. Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 113.

⁵² Vgl. Arnold: Kulturpolitik, S. 105.

⁵³ Im Hinblick auf die unabhängig gewordenen jungen „entwicklungshungrigen Staaten“ schrieb Sattler von „vordringlichen Aufgaben“ der außenpolitischen Beziehungen zwischen Ländern dieser Erde, die immer mehr „Eine Welt“ wird. Sattler, Dieter: Die dritte Bühne der Außenpolitik. In: Martin, Berthold (Hrsg.): Jahrbuch der Auswärtigen Kulturbeziehungen 1964, Bonn 1964, S. 13–21.

Dritte Säule der Außenpolitik? Auswärtige Kulturpolitik von Brandt bis Kohl (1970–1989)

Die neue sozialliberale „Regierung der Reformen“ setzte in ihrer Außenpolitik den zur Zeit der Großen Koalition angedeuteten Kurs der Détente fort. Bundeskanzler Brandt initiierte die sog. „Ostpolitik“, die auf ein kooperativeres Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts – auf einen „Wandel durch Annäherung“ setzte. Eines der wichtigsten Anzeichen des neuen außenpolitischen Kurses war, dass die Bundesrepublik in den sog. „Ostverträgen“ mit den Warschauer-Pakt-Staaten offiziell auf die gewaltsame Änderung der neugezogenen Grenzen von 1945 verzichtete. Auch im „Bruderkampf“ mit der DDR trat unter der sozialliberalen Koalition eine Wende ein: Mit der Schließung des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ im Jahr 1972 akzeptierte die Bundesregierung die DDR als einen zweiten deutschen Staat. Somit verzichtete Bonn auf das Recht, die deutsche Nation alleine zu repräsentieren, wodurch der gemeinsame Weg der „geteilten Nation“, der Ost- und Westdeutschen, in die Vereinten Nationen geebnet wurde.

Eine der grundlegenden Neuerungen der sozialliberalen Außenpolitik bestand darin, dass die auswärtige Kulturpolitik auf den expansiven Kulturexport der Vorgängerkabinette verzichtete und die konfliktvermeidende Kooperation in den Vordergrund stellte. Gegenseitiger Kulturaustausch implizierte die Anerkennung, dass alle Kulturen gleichwertig sind. Es wurde festgestellt, dass man durch offene Selbstkritik und einen Dialog mehr als mit kunstvoller Selbstdarstellung gewinnen kann. Gleich nach dem Regierungswechsel 1969 betonte Brandt in seiner ersten Regierungserklärung: „Zur notwendigen internationalen Zusammenarbeit gehört der Austausch geistiger Leistungen, die Darstellung der deutschen Kultur im Ausland wird sich künftig stärker darauf richten, anderen Völker neben den unvergänglichen Leistungen der Vergangenheit ein Bild dessen zu vermitteln, was in dieser Zeit des Übergangs auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe täglich Wirklichkeit ist.“⁵⁴

In Brandts Zitat wurde die innenpolitische Situation der Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre angedeutet. Die 68er Revolte der jungen

⁵⁴ Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vom 28. 10. 1969. In: Beyme, Klaus von (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Kanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979, S. 275.

Generation gegen den Staat ihrer Eltern leitete unter dem Diktum „Alles ist politisch“ einen Prozess der Demokratisierung ein. Dies gilt auch für die Kulturpolitik. Den Kern des kulturpolitischen Aufbruchs der siebziger Jahre trifft ein Satz von Joseph Beuys: „Wählt nie wieder eine Partei! Alle! Jeder! Wählt die Kunst d.h. euch selbst! Aller! Jeder!“⁵⁵ Breitere Schichten wollten die verkrusteten Strukturen abschaffen und sich an den Entscheidungen über Kultur und Bildung beteiligen. Die Sozialdemokratie war bereit „mehr Demokratie zu wagen“ und den Menschen eine Mitwirkung an der Gestaltung ihrer Lebenskultur zu ermöglichen. In der auswärtigen Kulturpolitik sollte eine Außenpolitik „der Gesellschaften“ die Außenpolitik „der Staaten“ ergänzen. Ralf Dahrendorf, 1969 bis 1970 Parlamentarischer Staatssekretär im AA, fragte im Jahre 1970 in einer Rede im Goethe-Institut in Rom: „Was [ist] zu tun [...], damit wir über eine Beziehung zwischen Regierungen hinauskommen in eine Beziehung zwischen Gesellschaften, die ihre Rückwirkungen hat auf Entscheidungen, die in den politischen Instanzen der Legislative und der Exekutive getroffen werden [?]“⁵⁶

Für eine Neudefinierung der auswärtigen Kulturpolitik als „zwischenstaatliche Kultur- und Gesellschaftspolitik“ wurde, was in erster Linie auf Dahrendorf zurückzuführen war, ein weit gefasster Begriff von Kultur angestrebt: „Wenn ich sage, dass wir von einem engen Kulturbegriff wegkommen müssen [...], dann meine ich damit [...] hin zu einem weiten Kulturbegriff, in dem beispielsweise die Umweltprobleme ebenso sehr einen sicheren Ort haben wie Literatur und Kunst in ihrem ganzen Umfang, die nicht hinausgeworfen werden sollen, aber die eingebunden werden sollten in ein weiteres Verständnis der menschlichen Lebensverhältnisse[...]“⁵⁷ Der sog. „Hochkultur“ – den Schönen Künsten, wie der klassischen Musik, Literatur, Malerei oder Bildhauerei, wurden das Bildungswesen, die Wissenschaft, Technologie, Medien, Politik und Umweltprobleme angeschlossen. Durch den erstrebten „erweiterten Kulturbegriff“ konnte die Gesamt-

⁵⁵ Happening & Fluxus, Materialien zusammengestellt von H. Sohm (Ausstellungskatalog des Kölnischen Kunstvereins), Köln 1970. Zitiert nach: Hoffmann, Hilmar: Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft? In: Albrecht, Gerd, Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Kultur unseres Jahrhunderts, Bd. VI: 1970–1990, Düsseldorf 1990, S. 38.

⁵⁶ Dahrendorfs Referat im Goethe-Institut Rom am 3. 3. 1970 blieb unveröffentlicht, hier zitiert nach: Schlagintweit, Reinhard: Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitik. In: German foreign affairs 24 (1974), H. 3, S. 260f.

⁵⁷ Dahrendorfs Referat im Goethe-Institut Rom am 3. 3. 1970. Zitiert nach: Zined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik 1999, S. 54.

heit aller menschlichen Aspekte des Zusammenlebens miteinbezogen werden.⁵⁸

Dahrendorf ist es zu verdanken, dass die Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Aufwertung der auswärtigen Kulturpolitik zur „dritten Säule“ der Außenpolitik und ihrer stärkeren Ausdehnung auf das Alltagsleben, geschlossen werden konnte. Die Fragen und Vorschläge zur Förderung des internationalen Kulturaustausches sowie zur Koordinierung der Mittlerorganisationen, zur Bildungshilfe für die Entwicklungsländer und nicht zuletzt der Finanzierung all dessen erforderten eine Systematisierung. Dahrendorf übernahm den oppositionellen Antrag der CDU/CSU auf Einrichtung einer Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“⁵⁹, unter dem Reiner Barzel und Richard Stücklen unterschrieben wurden, und kündigte die Erstellung eines „Gesamtplanes“ an.

Im März 1970 hatte der Bundestag die Einsetzung der Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ beschlossen, die aus 10 Kommissionsmitgliedern⁶⁰ (5 Abgeordnete im Parteienproporz und 5 Sachverständige) zusammengesetzt wurde und sieben Arbeitsgruppen bildete: Auswärtiges Amt – Koordination und Rechtsfragen, Erziehungs- und Bildungswesen, Mittlerorganisationen und Kulturinstitute, Massenmedien, Haushalt und Finanzen, Hochschulen und Wissenschaften, Inland, insbes. Ausländische Arbeitnehmer. Zudem gründete Dahrendorf in der Kulturabteilung des AA

⁵⁸ Vgl. Arnold: Kulturpolitik, S. 29f.

⁵⁹ Antrag der CDU/CSU-Fraktion betreffend Enquête-Kommission, Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages, Drucksache 6/57 vom 11. 11. 1969.

⁶⁰ In die Kommission wurden berufen die Abgeordneten: Berthold Martin (CDU/CSU) bis 1973, Georg Gölder (CDU/CSU) seit 1973, Max Schulze-Vorberg (CDU/CSU), Karl-Hans Kern (SPD), Joachim Raffert (SPD) bis 1972, Georg Kahn-Ackermann (SPD) seit 1972 bis 1973, Dieter Lattmann (SPD) seit 1973, Martin Grüner (FDP) bis 1973, Jürgen Möllemann (FDP) seit 1973; zu den Sachverständigen zählte Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelstages Rüdiger Altmann, Professor für Erziehungswissenschaft und Direktor der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft der Universität Marburg/Lahn Leonhard Froese, Werner Rehfeld vom Institut für Kommunikationsforschung in Bonn, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bochum, seit 1971 Mainz Walter Rudolf und seit 1973 Generalsekretär des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg Joachim Raffert. Die Kommission bildete Arbeitsgruppen: AA, Koordination und Rechtsfragen, Erziehungs- und Bildungswesen, Mittlerorganisationen und Kulturinstitute, Massenmedien, Haushalt und Finanzen, Hochschulen und Wissenschaften, Inland, insbes. Ausländische Arbeitnehmer. Siehe Unterrichtung durch die Bundesregierung, Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages – Drucksache 7/4121, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/927 vom 23. 09. 77, S. 5f.

eine kleine Arbeitsgruppe, die sich wie die Enquête-Kommission mit der Modernisierung der auswärtigen Kulturpolitik beschäftigte. Der Arbeitsgruppe gehörte außer Dahrendorf selber der Leiter der Kulturabteilung im AA Hans Georg Steltzer, der Konstanzer Soziologe Hansgert Peisert und der Ministerialdirigent Forster an. Bereits im April 1970 hat die Arbeitsgruppe „51 Leitsätze zur Auswärtigen Kulturpolitik“ veröffentlicht, die die Grundlage des angekündigten Gesamtplans darstellten.

Die „Leitsätze“ enthielten erstmals eine klare Zielsetzung und entsprechende Umsetzungsvorschläge. Neben den bereits genannten Zielen, dem Kulturaustausch, dem erweiterten Kulturbegriff und staatlicher Gesellschaftspolitik wurde auf die Rolle der auswärtigen Kulturpolitik als „dritte Säule“ der Außenpolitik eingegangen: Sie sollte keine „Hilfsfunktion“ mehr darstellen, sondern zum „integrierten Element moderner auswärtiger Politik“ werden. Die auswärtige Kulturpolitik sollte u.a. einem der außenpolitischen Ziele, „der Sicherung des Friedens in der Welt“, dienen – jedoch nicht als „Magd der Regierungspolitik“, so Dahrendorf, sondern im Sinne der (inter)nationalen Zusammenarbeit in einer längerfristigen Perspektive. Hervorgehoben wurde die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und den europäischen Staaten. Das Hauptaugenmerk der ‚Leitsätze‘ richtete sich auf die Organisation und ein neuartiges Sachprogramm der auswärtigen Kulturpolitik. Um Konzepte erstellen zu können, wurden regelmäßige Bestandsaufnahmen und daraus folgende gründliche Analysen der ausßenkulturpolitischen Arbeit gefordert. Die Kulturabteilung im AA sollte mittelfristige, nach Regionen und Maßnahmen spezifizierte Pläne erstellen. Die wachsenden Aufgaben des Auswärtigen Amtes und der Mittlerorganisationen spiegelten sich in der Absicht wider, die Personalressourcen und somit die finanziellen Mittel zu erhöhen.⁶¹

Die Vorschläge des Auswärtigen Amtes wurden im Bundestag und von den Vertretern der Mittlerorganisationen zum Teil heftig diskutiert. Auf Widerstand stieß bei den an auswärtiger Kulturpolitik beteiligten Ressorts die geplante Bündelung der ausßenkulturpolitischen Aufgaben in der Kulturabteilung des AA. Die betroffenen Ministerien, insbesondere das Bundes- und Presseamt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, fürchteten Einschränkung ihren Kompetenzen auf dem ausßenkul-

⁶¹ Vgl. Ulrich: Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 17ff.

turpolitischen Gebiet⁶². So wurden die „51 Leitsätze“ auf „18 Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik“ reduziert und zugleich um die Betonung einer stärkeren Beteiligung an internationalen Organisationen und die Zusammenarbeit mit der DDR ergänzt. In der Folge entstanden „15 Thesen zur Internationalen Kultur-, Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik“, die Außenminister Scheel im Juni 1970 als Kabinettsvorlage einbrachte.⁶³ Da einige an der auswärtigen Kulturpolitik beteiligte Ministerien eine Reduzierung ihrer Kompetenzen befürchteten, konnte das Bundeskabinett die Thesen nie verabschieden.

Damit blieb die dringende Frage unbeantwortet, einzelne Bereiche auf dem außenkulturpolitischen Gebiet besser zu organisieren. Die Notwendigkeit struktureller Reformen wurde weiterhin von verschiedenen Seiten angemahnt. Im Jahre 1971 erarbeitete Peisert ein umfassendes Gutachten, das sog. „Peisert-Gutachten“, in dem er seinen Auftraggeber, das AA, zu einer verstärkt länderspezifischen Planung und „enger Planungs Kooperation“ mit den „wichtigsten Mittlerorganisationen“ aufforderte.⁶⁴ Ähnliche Aufforderung war im Zwischenbericht der Enquête-Kommission im Frühjahr 1972 zu vernehmen⁶⁵. Der Ruf nach mehr Synergieeffekten wurde auch in einer Eigeninitiative der wichtigsten Mittlerorganisationen deutlich. Das Goethe-Institut, die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Carl-Duisberg-Gesellschaft, die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD), das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) und Inter Nationes schlossen sich im Jahre 1973 in eine „Vereinigung für internationale Zusammenarbeit“ (VIZ) zusammen⁶⁶. Die acht wichtigsten bundesgeförderten Mittlerorganisationen fanden unhaltbar, dass die außenkulturpolitische Arbeit unkoordiniert verläuft, obwohl die Bundesrepublik einerseits in 122 Ländern diplomatisch und andererseits durch das Goethe-Institut in 60 Ländern mit rund 140 Zweigstellen und weiteren Mittlerorganisationen kulturell vertreten wurde⁶⁷.

⁶² Vgl. Peisert, Hansgert: Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Konstanz 1971, S. 4.

⁶³ Vgl. Zined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik, S. 55f.

⁶⁴ Vgl. Peisert: Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

⁶⁵ Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 54.

⁶⁶ Vgl. Ulrich: Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 41.

⁶⁷ Vgl. Schwab-Felisch, Hans: Ein Höhepunkt und Reformabsichten. Zum Stand der auswärtigen Kulturpolitik. In: Merkur: deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 28 (1974), H. 12, Nr. 319, S. 1201.

In der täglichen Arbeit der Mittlerorganisationen schritten Reformbestrebungen voran und wurden seit der Veröffentlichung der ‚Leitsätze‘ im Jahre 1970⁶⁸ nach und nach in die Praxis umgesetzt. Einen ersten Höhepunkt der neuen außenkulturpolitischen Bemühungen stellte ein „Deutscher Monat“ in London im Jahre 1974 mit dem Titel „Germany – Facets, Faces, Facts“ dar. Das Interesse an der Veranstaltung war enorm – vor allem, da man erfolgreich mit dem Gastgeberland zusammenarbeitete. Das Programm wurde mit der britischen Seite abgesprochen, zudem wurden einige Vorstellungen auch inhaltlich gemeinsam veranstaltet wie z.B. ein deutsch-englischer Lyrik- oder Theaterabend. Dort kamen vor allem zeitgenössische Künstler ‚zu Wort‘, wie Siegfried Lenz oder Joseph Beuys. Der ‚erweiterte Kulturbegriff‘ schlug sich in einer Reihe von Vorträgen nieder: „Restauration und Revolution im deutschen Erziehungssystem“, „Partei- und Machtstrukturen in der Bundesrepublik, verglichen mit der mehr traditionellen Klassenstruktur der englischen Gesellschaft“. Letzt genannter Vortrag verdeutlichte das vergleichende Prinzip, den Dialog der Kulturen. Schließlich konnten auch die Kosten niedrig gehalten werden, da bei diesem Projekt mit zehn britischen Institutionen kooperiert und das Programm nicht allein und kostenlos angeboten wurde.⁶⁹

Dort, wo es nötig war, wurde dagegen die für die auswärtige Kulturpolitik zur Verfügung gestellte „Kulturmilliarde“ großzügig investiert. In „devisenschwachen Ländern“ finanzierten die Bundesrepublik, bzw. die Bundesländer und Gemeinden, teilweise oder vollständig eigene Veranstaltungen im jeweiligen Land, aber auch kulturelle Programme des Auslands auf dem Bundesgebiet. Weiterhin wurden unter dem nicht besonders glückten Terminus „Kulturhilfe“ Staaten Afrikas und Asiens unterstützt, ihre eigene Folklore zu sammeln und zu erforschen, um zu ihrer kulturellen ‚Selbstfindung‘ beizutragen. Dabei wurde sorgfältig darauf geachtet, dass die Hilfe wirklich gefragt und nicht als störender Faktor der eigenen nationalen Kultur angesehen wurde.⁷⁰

Mit der Neuorientierung der auswärtigen Kulturpolitik im Zeichen des ‚erweiterten Kulturbegriffs‘ kam es naturgemäß auch zur Verschiebung finanzieller Schwerpunkte. Gefördert wurden nun weniger die schönen Künste, dafür umso mehr der wissenschaftliche und universitäre Aus-

⁶⁸ Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Leitsätze für die Auswärtige Kulturpolitik, Bonn 1970.

⁶⁹ Vgl. Schwab-Felisch: Ein Höhepunkt und Reformabsichten, S. 1199–1202.

⁷⁰ Vgl. Schlagintweit: Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitik, S. 267.

tausch. Um breitere Schichten der Gesellschaft in den außenkulturpolitischen Austausch einzubeziehen, wurden die für die auswärtige Kulturpolitik bestimmten Mittel vor allem den Jugendbewegungen, ferner den gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Frauenverbänden, Jugendorganisationen sowie den politischen Stiftungen zur Verfügung gestellt.⁷¹

In der Praxis wirkten sich die ‚Leitsätze‘ insbesondere auch auf die Sprachförderung aus. Die deutsche Sprache als Fremdsprache wurde weniger als Träger deutscher Kultur und die Lernenden weniger als potentielle Objekte politischen Einflusses angesehen. Desto mehr sollte Sprache der Kommunikation zwischen Menschen aus unterschiedlichen Sprachräumen dienen. Beim Sprachunterricht im Ausland wurde viel mehr als früher mit den einheimischen Bildungssystemen zusammengearbeitet: z.B. wirkten deutsche Dozenten an Lehrerbildungskursen mit oder unterstützten die Goethe-Institute einheimische Schulen mit Unterrichtsmaterial.⁷² Da die Förderung der deutschen Sprache in den ‚Leitsätzen‘ auch im Innland vorgesehen wurde, kümmerte sich die Bundesregierung neuerdings um die Gastarbeiter, u.a. um ihre sprachliche Betreuung. Das ausländerpolitische Konzept der Regierung beruhte auf einer Doppelstrategie: einerseits wurde Integration, andererseits die Reintegration im jeweiligen Herkunftsland angestrebt. Dieses Model hatte jedoch beispielsweise im Schul- und Bildungsbereich „verheerenden Folgen“. Den ausländischen Kinder wurde zwar mit der Zeit in fast allen Bundesländern ermöglicht, die sog. zweisprachigen Klassen zu besuchen, wo nach dem Lehrplan des Heimatlandes unterrichtet wurde. Dennoch geglückte durch solch Unterricht weder Integration noch eine Reintegration, so dass z.B. im Jahre 1980 drei Viertel aller 15 bis 24jährigen türkische Ausländer keinen Hauptschulabschluss besaßen, der sie zu einer qualifizierten Berufsausbildung befähigte.⁷³ Das Schulwesen schlug jedoch nicht mehr in die Agenda der auswärtigen Kulturpolitik. Angesichts der Kulturhoheit der Länder erfüllten mit dem Leben das „Sowohl – Als auch“ Konzept der Bundesregierung einzelne

⁷¹ Vgl. Witte, Barthold C.: Kulturaustausch als Zweibahnstraße. In: Zeitschrift für Kulturaustausch, 39 (1989) 2, S. 131–135.

⁷² Vgl. Schlagintweit: Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitik, S. 255–269.

⁷³ Štěpánková, Josefina: „Zweisprachige Analphabeten“. Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und 1970er Jahren am Beispiel der Beschulungsmaßnahmen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Bayern. Magisterarbeit verteidigte an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität zu Prag 2003, S. 112.

Bundesländer. Gleichwohl wurde die Arbeit an einer ausßenkulturpolitischen Reform fortgesetzt.

Erst nach viereinhalb Jahren Arbeit veröffentlichte die Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ im Oktober 1975 einen 140 Seiten langen „Schlussbericht“⁷⁴. Grundlegend ging der Bericht von den ‚Leitsätzen‘ (vom erweiterten Kulturbegriff und der Stellung der auswärtigen Kulturpolitik als „dritte Säule“) aus. Zudem wurde u.a. die konsequente und umfassende Förderung der deutschen Sprache im Ausland, die organisatorische Autonomie der Mittlerorganisationen im Rahmen der politischen Verantwortlichkeit des Auswärtigen Amtes und die gemeinsame deutsche Kultur betont. Die Kommissionsmitglieder⁷⁵ empfahlen, die Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen zu stärken, den Deutschunterricht in die einheimischen Bildungseinrichtungen zu integrieren und zweisprachige Sekundarschulen („bikulturelle Schulen“⁷⁶) zu errichten. Sie regten an, dass sich das Auswärtige Amt auf alle kulturpolitischen Kompetenzen konzentriert. Das Auswärtige Amt sollte auf verbliebene Verwaltungsaufgaben verzichten und sich auf Planung und Kontrolle begrenzen. Dabei wurde dem AA vorgeschlagen Fachleute aus nicht-diplomatischen Kreisen einzustellen. Das Goethe-Institut sollte Prioritäten setzen, um die Möglichkeit der Neueinrichtung von Instituten im Ausland auf Kosten der Schließung anderer Zweigstellen (in als weniger bedeutsam erachteten Regionen) ins Auge zu fassen. Einer Verbesserung bedurfte, so die Kommission, auch die Kooperation von Bund und Ländern, wobei die kommunale Ebene in das Planungsverfahren einbezogen sein sollte. Im organisatorischen Hinblick riet der Schlussbericht zur Gründung eines „Abteilungsleiterausschusses für Kulturelle Außenpolitik“, Regional- und Fachausschüssen, Einberufung eines jährlich tagenden Auslandskulturtages, Einsatz eines Staatsministers oder Staatssekretärs und eines ausßenkulturpolitischen Referenten in Landesregierungen. In finanzieller Hinsicht empfahl die Kommission die Ausgaben zu steigern und jährlich eine Haushaltsübersicht auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik zu erstellen, um eine sinnvolle politische und finanzielle Planung sicherzustellen.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. Drucksache 7/4121 vom 07. 10. 75.

⁷⁵ Siehe Bemerkung Nr. 7, S.

⁷⁶ Vgl. Arnold, Hans: Kulturexport als Politik? Aspekte auswärtiger Kulturpolitik, Tübingen/Basel 1976, S. 251.

⁷⁷ Vgl. Drucksache 7/4121 vom 07. 10. 75.

Die Fertigstellung des Schlussberichts verzögerte sich. Zu den Gründen zählte neben der hohen Fluktuation der Kommissionsmitglieder (nur 6 der ursprünglichen Mitglieder beendeten die Arbeit) das Bemühen um einen größtmöglichen Konsens.⁷⁸ Dieser konnte ‚zumindest‘ auf der staatlichen Ebene erreicht werden. „Besonders erfreulich“⁷⁹, so einer der Sachverständige der Enquête-Kommission Rüdiger Altmann, war die Tatsache, dass der Bundestag den Schlussbericht einstimmig verabschiedete. Die Einstimmigkeit zeugte erstens davon, dass in dem Bericht parteiideologische Perspektiven zurückgestellt wurden, (zugleich konnte die eher unkritische Stellung allerdings auch auf eine eher marginale Rolle der auswärtigen Kulturpolitik in der Agenda der Bundestagsabgeordneten hindeuten).

Dagegen verhielt sich die Öffentlichkeit gegenüber dem neuen ‚Grundriss‘ der ausenkulturpolitischen Lage kritischer. Positiv war daran, dass die auswärtige Kulturpolitik wie niemals zuvor (und seitdem nicht mehr) ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rückte.⁸⁰ Kritik am Schlussbericht übte weniger die Tagespresse als die Fachperiodika wie die vom Institut für Auslandsbeziehungen herausgegebene „Zeitschrift für Auslandsbeziehungen“ (ZfK)⁸¹. Der Schlussbericht wurde zum Hauptthema von zwei Ausgaben der Vierteljahresschrift ZfK. Die erste Nummer der ZfK vom Jahre 1976 bot ihre Plattform den zehn Kommissionsmitgliedern, um ihre Arbeit vorzustellen. In der letzten Ausgabe der ZfK vom Jahre 1976 reagierten einige Vertreter der Gemeinden, Ländern und der Kultusministerkonferenz auf die Vorstellungen der Enquête-Kommission, wobei eine umfassende Stellungnahme zum Schlussbericht erst für das nächste Jahr geplant wurde. Somit beschränkten sich die Ausführungen vor allem auf Überlegungen, die zum Zwischenbericht und zu Teilberichten der Kommission angestellt wurden, aber im wesentlichen wohl auch für den Schlussbericht gelten dürften. Mit Bedauern stellte dabei beispielsweise die Kultusministerkommission fest, dass die Kommission keinerlei ihr Bedenken berücksichtigte, eine Zentralstelle für internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen anstelle der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen zu schaffen. Der

⁷⁸ Ulrich: Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 34.

⁷⁹ Vgl. Altmann, Rüdiger: Einige Probleme der auswärtigen Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/76, S. 22.

⁸⁰ Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 84.

⁸¹ Die Diskussion verlief insbesondere in der Zeitschrift für Kulturaustausch, in deren drei Heften (1/73, 1/76, 4/76) dieser Bericht als Hauptthema erläutert und ergänzt wurde.

KMK nach hätte eine bundesdeutsche Zentralstelle für internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen eine Rückwirkung auf das innerdeutsche Schulwesen gehabt, für das der Bund bis dahin keine Zuständigkeit besaß.⁸² Ähnlich blieb im Schlussbericht die Vereinigung für internationale Zusammenarbeit (VIZ) unberücksichtigt.⁸³ Die aus Eigeninitiative einiger Mittlerorganisationen gegründete VIZ empfand im Hinblick auf die eigene Existenz die erhobene Forderung nach Kommunikation und Koordination der Mittlerorganisationen untereinander als nicht mehr zeitgemäß.⁸⁴ Oskar Splett, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen, betitelte weiterhin auf den Seiten der ZfK den Schlussbericht u.a. wegen vieler Unklarheiten, Widersprüche und der vereinfachten Aufteilung der Welt in Industrienationen und Entwicklungsländer als „Referat der Enttäuschung“⁸⁵. Hans Arnold, der damalige Leiter der Kulturabteilung im AA meinte zu dem Bericht, dass er trotz „einer Fülle von nützlichen Hinweisen und Empfehlungen enttäuschend für den [wäre], der gehofft hatte dass eindeutige Antworten, Strukturmodelle – oder Alternativen [...] in die politische Diskussion eingebracht werden.“⁸⁶

Die wichtigste Stellungnahme, die der Bundesregierung, wurde zum ersten offiziellen und politisch verbindlichem Konzept für die Auswärtige Kulturpolitik⁸⁷ In der im September 1977 veröffentlichten Stellungnahme stimmte die Bundesregierung mit den im Enquête-Bericht formulierten Grundsätzen und Zielen, ebenfalls mit den meisten Empfehlungen weitgehend überein. Lediglich der Vorschlag, den Begriff Auswärtige Kulturpolitik in Kulturelle Außenpolitik umzubenennen, erschien der Regierung irreführend und gänzlich verfehlt.⁸⁸ Mit der generellen Übereinstimmung

⁸² Piazzolo, Paul Harro: Bericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik aus der Sicht der Kultusministerkonferenz. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/76, S. 7.

⁸³ Siehe oben.

⁸⁴ Stellungnahme der in der VIZ vertretenen Organisationen zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik der Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 28/78, S. 44ff.

⁸⁵ Splett, Oskar: Kritische Randbemerkungen zum Schlussbericht der Enquête-Kommission. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/76, S. 46.

⁸⁶ Arnold: Kulturexport als Politik? S. 266.

⁸⁷ Vgl. Bulletin der Bundesregierung Nr. 91 vom 23. 09. 1977, S. 841.

⁸⁸ Vgl. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages – Drucksache 7/4121, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/927 vom 23. 09. 77.

wurden nicht zuletzt die Anregungen der Kommission bestätigt, die während ihrer Tätigkeit in die Praxis übernommen wurden. Die Stellungnahme muss als Durchbruch im allgemeinen Werteverständnis der auswärtigen Kulturpolitik als „dritte Säule“ der Außenpolitik angesehen werden, da zum ersten Mal in einem politischen Dokument das Bestreben die Absicht bekundet wurde: „die auswärtigen Kulturbeziehungen zu einem mit den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gleichrangigen Bestandteil ihrer Außenpolitik auszubauen.“⁸⁹ Damit hatte sich die Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat legitimiert.

Als Beispiel für die wachsende politische Bedeutung kultureller Beziehungen wurde in der Stellungnahme die Rolle der kulturellen Annäherung zwischen Ost und West im europäischen Entspannungsprozess genannt⁹⁰. Die Bundesrepublik Deutschland hatte bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre mit den Staaten des Warschauer Pakts Kulturverträge⁹¹ abgeschlossen, also noch vor einem wichtigen Ereignis auf dem Gebiet west-östlicher Kulturbeziehungen in Europa, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)⁹². Den 35 beteiligten Staats- und Regierungschefs wurde auf dem Hintergrund der gemeinsamen kulturellen Vergangenheit die Notwendigkeit bewusst, jede krisenhafte Entwicklung auf dem vergleichsweise kleinen, aber hochexplosiven Kontinent unter Kontrolle zu halten. Trotz unterschiedlichen Prioritäten – dem Osten ging vor allem um Anerkennung seiner Souveränität und Sicherung der Grenzen, dem Westen um Ost-West-Entspannung durch Kooperation – wurden in Helsinki im August 1975 wenn auch nichtverbindliche weitgefaste Verpflichtungen unterzeichnet. Die Schlussakte, die in sog. drei „Körben“ zusammengefasst wurden, gingen neben den Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik sowie der Umwelt den Neuland ein, indem im „Dritten Korb“ die Zusammenarbeit in humanitären und kulturellen Bereichen geplant wurde. So konnten sich die Dissidentenbewegungen in den Ostblockstaaten auf die im „Dritten Korb“ verankerten Menschenrechte berufen und

⁸⁹ Drucksache 8/927, 927 vom 23. 09. 77. S. 3.

⁹⁰ Ebd. S. 5.

⁹¹ Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 144.

⁹² Siehe: Witte, Barthold C.: Neue Perspektiven systemübergreifender Kultureller Zusammenarbeit. In: Jacobsen, Hanns D. (Hrsg.): Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Festschrift Zum 20jährigen Bestehen des politischen Clubs Berlin, Baden-Baden 1988, S. 456.

mit ihrer Aufklärungsätigkeit das Ostblock in die Richtung Demokratie bewegen zu helfen.

Vor der Implementierung der KSZE-Schlußakte von Helsinki lag ein langer und mühsamer Weg, das gleiche galt es für die Umsetzung der formulierten außenkulturpolitischen Ziele der Bundesrepublik. Es war schwierig, den Kulturoptimismus der frühen 1970er Jahre fortzusetzen. Das gesellschaftliche Interesse richtete sich vornehmlich auf die Ölkrise und die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage. Nicht zuletzt wurde die bundesrepublikanische Gesellschaft durch den Terrorismus verunsichert.⁹³ Die Diskussion über auswärtige Kulturpolitik verlor zwar dadurch an ihrer Intensität – die Öffentlichkeit, Publizistik, Politik und Forschung blieben jedoch weiterhin für dieses Thema sensibilisiert.

Die sozial-liberale Koalition setzte sich bis zum Ende ihrer Regierungszeit dafür ein, ihre konzeptionellen Vorhaben auf dem außenkulturpolitischen Gebiet zu realisieren, wobei das Parlament durch Jahresberichte eng in die Arbeit miteinbezogen werden sollte. Im Bundestag wurde ein ständiger Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik gegründet. Im Auswärtigen Amt waren die außenkulturpolitischen Angelegenheiten einem Staatsminister übertragen. In der Kulturabteilung des AA wurde zudem geplant, die ‚Länderspezifika‘ stärker berücksichtigten. Zu Veränderungen kam es ebenfalls im Auslandsschulwesen. Die sog. Volkstumsschulen nahmen einen mehr oder weniger großen Anteil nicht deutschstämmiger Kinder und sich dadurch zu sog. Begegnungsschulen entwickelten.⁹⁴ Das Auswärtige Amt schloss mit dem Goethe-Institut im Jahre 1976 einen zweiten Rahmenvertrag⁹⁵, um die Zusammenarbeit mit dem primus inter pares unter den Mittlerorganisationen zu verbessern und damit generell deren weitgehende (Programm-)Autonomie zu bestätigen. Das GI wurde vom AA beauftragt, die deutsche Sprache im Ausland zu pflegen und die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu fördern. Hier ist darauf hinzuweisen, dass in dem vollständigen Namen des Instituts „Goethe-Institut zur Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland“ anstelle der „Pflege der deutschen Kultur“ der Terminus „Förderung der internationalen kulturel-

⁹³ Vgl. Witte, C. Barthold: Deutsche Kulturpolitik im Ausland. In: Bracher, Funke; Schwarz (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden, Bonn 1990, S. 378.

⁹⁴ Vgl. Froese, Leonhard: Die von der Bundesrepublik geförderten Schulen im Ausland. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/76, S. 36.

⁹⁵ Siehe oben.

len Zusammenarbeit“ trat und der erweiterte Kulturbegriff damit auch in dieser Namensänderung zum Ausdruck kam.⁹⁶

Aus finanzieller Sicht wurde die Selbstbehauptung der auswärtigen Kulturpolitik als „dritte Säule“ erfolgreich bestätigt: In den Jahren 1969–1982 wuchs der Kulturetat des größten finanziellen Trägers der außenkulturpolitischen Aktivitäten, des AA, von 281.728.000 DM auf 736.561.000 DM, was einer Zuwachsrate von ungefähr 261% entspricht.⁹⁷ Dabei waren die größten jährlichen Zuwachsraten (über 10%) in den Jahren 1974, 1975 und 1978 festzustellen, was vor dem Hintergrund der sich rapide verschlechternden (welt)wirtschaftlichen Lage bemerkenswert war. In der Praxis blieb jedoch die auswärtige Kulturpolitik auch eines der wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung „tagespolitischer“ Ziele in der Außenpolitik.⁹⁸ Obwohl manche Reformen nur schleppend vorankamen, hatte sich ein Paradigmenwechsel in den 1970er Jahren in der auswärtigen Kulturpolitik vollzogen: Das Prinzip des Kulturaustausches, wie es von Theodor Heuss schon in den 1950er Jahren formuliert worden war – das „freudige Geben und Nehmen“, das im erweiterten Rahmen des Kulturbegriffes verlaufen sollte, hatte sich durchgesetzt.

In der Ära Kohl wurde die Stellung der auswärtigen Kulturpolitik als unmittelbares Instrument und Korrektiv der Außenpolitik noch deutlicher. Anschaulich wurde es in erster Linie an den geographischen Schwerpunkten. In der Anfangszeit orientierte sich die neue Regierung weithin westeuropäisch. Das änderte sich, nachdem die christlich-liberale Regierungskoalition, im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Mehrheit und zu den Vertretern der Friedens- und Umweltbewegung, hinter Amerika stand und Europa mit den atomaren Waffen nachrüsten wollte (sog. „Doppelbeschluß der NATO“). Der Regierung Kohl-Genscher wurde unterstellt, sie ordne deutsche Interessen im Zweifelsfall amerikanischen Interessen unter⁹⁹. Um sich in ein besseres Licht zu rücken, warb die Regierung für ein besseres Amerikabild in der Bundesrepublik und verstärkte ihr Engagement in den deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen. Bundeskanzlers Helmut Kohl betonte in der Regierungserklärung im Jahre 1987, dass

⁹⁶ Vgl. Zined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik, S. 25f. Siehe auch: Arnold: Kulturpolitik, S. 21f.

⁹⁷ Vgl. Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 164ff.

⁹⁸ Vgl. Zined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik, S. 58.

⁹⁹ Vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Zweiter Band Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2002, S. 408.

„Freundschaft und enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika [...] für die Bundesrepublik von existentieller Bedeutung [sind]. [...] Transatlantische Partnerschaft darf nicht nur von den Regierungen, sondern muß vor allem auch von den Völkern getragen werden. Es wird in den nächsten Jahren entscheidend darauf ankommen, unser Bild in den USA und über die USA bei uns zu verbessern und vor allem den Jugendaustausch zu verstärken.¹⁰⁰ Infolge der fortschreitenden westeuropäischen Integration, die ab dem Jahre 1987 auf die Bildung einer Europäischen Union (EU) abzielte, präsentierte die Bundesregierung die originäre Formel „europäische und auswärtige Kulturpolitik“¹⁰¹ und bekannte sich pathetisch zur westlichen Wertegemeinschaft. Der deutsch-französischen Freundschaft kam dabei die Vorreiterrolle als „privilegierte Partnerschaft“ zu.

Gerade die Diskussion über das gemeinsame Kulturerbe Europas rückte die Ostblockstaaten wieder mehr in das außenkulturpolitische Interesse. Mit Blick auf Mittel- und Osteuropa sprach die Regierung Kohl ausdrücklich von einer „besonderen kulturellen Rolle Deutschlands und der Deutschen“ und plädierte dafür, die „geschichtliche und kulturelle Identität Europas unabhängig von Grenzen und Gesellschaftssystemen zu unterstützen“¹⁰². Im Verhältnis zur DDR setzte die neue Regierung den von der sozial-liberalen Koalition eingeschlagenen Weg des „geregelten Nebeneinander“ fort¹⁰³. Im Jahre 1986 wurde auch mit der DDR ein Kulturabkommen abgeschlossen. Es war das letzte unter den Kulturabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes. Ein Jahr später wurde erstmals ein ostdeutscher Staatschef in der Bundesrepublik empfangen – Erich Honecker wurde zu einem Staatsbesuch nach Bonn eingeladen.

Gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes insgesamt äußerten sich einige konservativen Politiker immer noch im Kampfesgeist des Kalten Krieges der 1950er Jahre. Der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß erklärte z.B. in seiner Rede im GI im Jahre 1986, dass „die hellen Farbtöne,

¹⁰⁰ Regierungserklärung der Bundeskanzlers Helmut Kohl v. 18. 3. 1987. In: Bulletin Nr. 27 vom 18. 3. 1987, S. 216.

¹⁰¹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Was tut der Bund für die Kultur. Antworten auf zwei Große Anfragen, Bonn 1985, S. 150f.

¹⁰² Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage „Stand der Auswärtigen Kulturbeziehungen mit den europäischen RWG-Staaten“, Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5017 vom 7. 2. 1986, S. 2.

¹⁰³ Dazu Jäger, Manfred: Kulturaustausch und Dialogpolitik, Deutsche auswärtige Kulturpolitik der DDR und die deutsch-deutschen Kulturbeziehungen. In: Deutsche Studien: Vierteljahreshefte 26 (88), 104, S. 322–329.

mit denen die DDR ihr Land im Ausland malt, [...] auf Dauer erfolgreicher sein [werden] als die düstere Götterdämmerungspalette der Bundesrepublik Deutschland. Da hilft es gar nichts, sich auf Aktualität und Objektivität zu berufen. Jeder kleine Sieg, den die DDR oder ein anderes sozialistisches Land des Ostblocks auf dem Parkett der auswärtigen Kulturpolitik erringt, [ist] auch ein kleiner außenpolitischer Sieg des kommunistischen Lagers.¹⁰⁴ Strauß' Forderungen bedeuteten einen Rückschritt: Er stellte die Autonomie der Mittlerorganisationen in Frage, wenn er das GI für seine liberale, kritische Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik heftig kritisierte und den Mittlern die Regierungsvorstellungen von Repräsentation im Ausland aufzuzwingen versuchte.

Strauß' Vorstoß löste erneut eine Debatte darüber aus, ob die Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik in der Förderung des Dialoges oder in deutscher Selbstdarstellung läge. Schon vor Strauß' Rede im GI hatte die auswärtige Kulturpolitik neue Kontroversen hervorgerufen. Die sehr engagierte Staatsministerin im AA, Hamm-Brücher, die die politische Verantwortung für die auswärtige Kulturpolitik bis zum Regierungswechsel im Jahre 1982 trug und wichtige Sonderprogramme gegenüber den Entwicklungsländern in Gang brachte¹⁰⁵, hatte im Jahre 1980 ein Symposium „Internationale Kulturbeziehungen – Brücken über Grenzen“ initiiert. Die internationale Konferenz verursachte heftige Polemik. Der Kulturaustausch wurde in der Tageszeitung „Die Welt“ als „Lendenschurz, der Blößen verdeckt“ genannt. Strauß meinte wiederum, dass der erweiterte Kulturbegriff ideologisch alleine die kulturpolitischen Ziele Dahrendorfs widerspiegele und „uferlos“ sei¹⁰⁶. Günther Zehm, der kontroverse Philosoph aus Jena und Ressortchef Kultur in der „Welt“, schlug sogar vor, auf Kosten der Förderung fremder Gruppen die deutschen Auslandsschulen zu finanzieren.¹⁰⁷ Die Gegenstimmen, die vor allem aus intellektuellen Kreisen zu vernehmen waren, kritisierten die zeitgenössische provinzielle Kulturpolitik. Die Kritiker wie Rolf

¹⁰⁴ Strauß, Franz-Josef: Auswärtige Kulturpolitik-Ziele und Wege. Grundsatzreferat des CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten anlässlich der Regionalbeauftragtenkonferenz des GI am 12. 6. 1986 in München. Redemanuskript. Zitiert nach Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 153.

¹⁰⁵ Vgl. Hamm-Brücher, Hildegard: Die gefährdete Dimension unserer Außenpolitik. In: Hoffmann, Hilmar, Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik, Frankfurt am Main/New York 1994, S. 24.

¹⁰⁶ Vgl. Werz: Auswärtige Kulturpolitik. Kontinuität oder Wandel? S. 251.

¹⁰⁷ Die Welt vom 12. 8. 1981.

Michaelis, Leiter des Literaturteils der Wochenzeitschrift *Die Zeit*, machten u.a. auf die triste finanzielle Lage des Kulturretats aufmerksam. Der sinkende Stellenwert der auswärtigen Kulturpolitik war neben dem spärlichen parlamentarischen Interesse an den Haushaltsziffern festzustellen. Im Vergleich zu den steil anwachsenden finanziellen Mitteln für auswärtige Kulturpolitik zur Zeit der sozial-liberalen Koalition,¹⁰⁸ wuchs das Kulturretat des AA in den Jahren 1983–1990 von 732.528.000 DM auf 1.002.386.000 DM, was einer Zuwachsrate von 24.24% entspricht. Insgesamt war die Entwicklung des Kulturretats gemessen an den Steigerungsraten angespannter als in der sozial-liberalen Zeit, allerdings mit einer deutliche Expansion im Jahr 1990.¹⁰⁹

Nach der politischen Wende in Bonn 1982 wurde befürchtet, dass die Bundesrepublik im Ausland nun als „Goethe in Lederhosen“¹¹⁰ auftreten werde. Die konservativ-liberale Regierung betonte tatsächlich den nationalen Bezug stärker und setzte in der auswärtigen Kulturpolitik neue Schwerpunkte auf ein „positives Deutschlandbild“ und die Förderung der deutschen Sprache.¹¹¹ Zugleich wurde in einem Runderlass im Jahre 1983 den Botschaften angeordnet, politische Kontrolle über die Programmgestaltung der Goethe-Institute auszuüben¹¹², obwohl die Programmautonomie in dem zweiten Rahmenvertrag mit dem GI zugesichert wurde¹¹³. Im Sprachunterricht sollte es nicht mehr um Deutsch als Kommunikationsmittel gehen, sondern wieder um ein Instrument zur Deutschlandkunde, um die Sprache als Ziel. Um die deutsche Sprache im Ausland erfolgreich weiter zu verbreiten, legte die Bundesregierung zwei Berichte vor: im Jahre 1985 einen Bericht über „Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt“ und 1988 einen Bericht über „Stand und Entwicklung der deutschen Schulen im Ausland“¹¹⁴. Darüber hinaus ließ sie ein spezielles Referat Deutsche Sprache im Jahre 1988 im AA einrichten.

¹⁰⁸ Siehe oben.

¹⁰⁹ Vgl. Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 165ff.

¹¹⁰ Werz: Auswärtige Kulturpolitik. Kontinuität oder Wandel? S. 252.

¹¹¹ Vgl. Regierungserklärung vom 4. 2. 1983. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1984.

¹¹² Vgl. Hirschler, Dierk; Neumann, Angelika: Zur auswärtigen Kulturpolitik der BRD in den 70er und 80er Jahren. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx Universität Leipzig, 35/86, S. 62.

¹¹³ Siehe oben.

¹¹⁴ Drucksache 11/1642 vom 14. 1. 1988.

Trotz der erwähnten Versuche¹¹⁵, die ‚Mittlerautonomie‘ zu begrenzen, setzten sich die Mittlerorganisationen weithin für ihre innovative und kreative (Programm-) Arbeit im Geiste der neuen Konzeption der auswärtigen Kulturpolitik von 1975 ein. Eine Reform der institutionellen Strukturen, die sich in der Vergangenheit als hochgradig resistent erwiesen hatte, fand jedoch nicht statt¹¹⁶ – u.a. auch deshalb, da die christlich-soziale Koalition die Innenkulturpolitik vor der auswärtigen bevorzugte. Die Regierung des studierten Historikers Kohl trug dem allgemeinen „Geschichtsboom“ der 1980er Jahre Rechnung und förderte vor allem repräsentative und spektakuläre Projekte, wie Museumsneugründungen.¹¹⁷ Zu den wenigen Initiativen auf dem außerkulturpolitischen Gebiet zählt die Gründung des seit längerer Zeit geforderten „Hauses der Kulturen der Welt“¹¹⁸. Damit wurde ein Forum für außereuropäische, vor allem afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Kulturen auf dem ‚konzeptionellen Prinzip‘ der 1970er Jahre, der sog. „Zweibahnstraße“ geschaffen. Dem Prinzip nach wird die auswärtige Kulturpolitik nicht als einseitiger Kulturexport von Sprache, Wissenschaft, Kultur oder Kunst verstanden, sondern orientiert sich am Grundsatz kultureller Wechselbeziehungen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit (Zweibahnstraße) im Sinne einer gegenseitigen Bereicherung nationaler Kulturtraditionen. So wurde im Haus der Kulturen der Welt von nun an im Geiste des gegenseitigen ‚Geben und Nehmen‘ der Kulturdialog auch im Innland geführt. Das ‚Haus der Kulturen‘ fand seinen Standort in Berlin, in einer Stadt, die kurze Zeit später zu einer weltpolitischen Schaubühne werden sollte.

Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Globalisierung Von der Wiedervereinigung Deutschlands zum „clash of civilizations“? AKP in den 1990er Jahren

„Die Mauern begannen sich zu bewegen
Die Mauern begannen zu reden:
Die stummen, ergebenen Mauern,
die versklavten Mauern des Palasts,

¹¹⁵ Siehe oben.

¹¹⁶ Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 60.

¹¹⁷ Vgl. Lippert: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik, S. 156.

¹¹⁸ Vgl. http://www.hkw.de/Haus_der_Kulturen_der_Welt_Profil_Selbstdarstellung.htm vom 15. 01. 03.

die gekrümmten Mauern der Regierung,
durch den Segen des Ansturms des Atems der Massen.“¹¹⁹

An einem Freitag Abend, dem 9. November 1989, ist das Symbol der Freiheitsunterdrückung im kommunistischen System, die Berliner Mauer, gefallen. Die aus dem persischen von der Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels Annemarie Schimmel ins deutsche übersetzten Verse beziehen sich nicht direkt auf die jenseitige Freitagnacht. Sie zeugen jedoch von Sehnsucht nach Freiheit, die die Menschen aller Kulturen weltweit verbindet und die stufenweise in die Auflösung der Trennlinie zwischen Ost und West mündete. Nun konnte „zusammenwachsen, was zusammengehört“¹²⁰ sowohl im Hinblick auf die zwei geteilten deutschen Nationen als auch auf Europa im ganzen. Am schnellsten erreichte die „Rückkehr nach Europa“ die DDR. Es gab zwar unter einem Teil der SPD und der Grünen in der Bundesrepublik sowie bei Oppositionsgruppen in der DDR Befürworter einer deutschen Zweistaatlichkeit, die nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in langfristiger Perspektive zu einem gemeinsamen Deutschland führen sollte. Die Stimmen: „Wir sind ein Volk!“ oder „Deutschland einig Vaterland!“ gerieten jedoch in die Offensive. Mit dem Zusammenbruch des ostdeutschen Regimes und der unaufhörlichen Massenflucht der DDR-Bürger in die Bundesrepublik verstärkte sich der Ruf nach Selbstbestimmung, der die deutsch-deutsche Politik Rechnung tragen musste.

Die Initiative, beide deutschen Staaten wieder zu vereinigen, ergriff die Regierung Kohl-Genscher. Kohls „Zehn Punkte“ Programm vom 28. November 1989 zufolge, sollte sich die deutsch-deutsche Zusammenarbeit zu einer Konföderation, später Föderation sprich Bundesstaat auswachsen. Schon im Januar 1990 wurde jedoch deutlich, dass es keine Alternative zu einer möglichst schnellen Einheit gab. Demzufolge stellte der Außenminister Hans-Dietrich Genscher einen neuen Plan für eine unmittelbare Wiedervereinigung vor. Demnach sollte u.a. das vereinigte Deutschland der NATO

¹¹⁹ Lerch, Günter Wolfgang: Die Stunde des Islams. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 01. 2003.

¹²⁰ Den vielzitierten Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ hatte am 10. November 1989 Willy Brandt mehrfach am Brandenburger Tor, in einem Gespräch mit dem „Deutschlandfunk“ und am Rande der Kundgebung auf dem John-F.-Kennedy –Platz gegenüber der „Berliner Morgenpost“ ausgesprochen. Vgl. Winkler: Der lange Weg nach Westen, S. 519.

angehören, was angesichts der bisherigen Zugehörigkeit Ostdeutschlands zum Warschauer Pakt und seine militärstrategische Bedeutung besonders der Sowjetunion schwer fiel zu akzeptieren. Um die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (die USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich) für die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Anknüpfung an die bisherige bundesrepublikanische Arbeit in allen europäischen und transatlantischen Strukturen zu gewinnen, leiteten die Regierungen beider deutschen Staaten die „Zwei-plus-vier-Verhandlungen“ ein. Mit dem folgenden „Zwei-plus-vier-Abkommen“ wurde der Weg zur deutschen Wiedervereinigung geebnet, so dass der Einigungsvertrag am 3. Oktober 1990 in Kraft treten konnte. Mit dem Vertrag endete der historische Ausnahmezustand, in dem Deutschland nicht souverän gewesen war. 82 Millionen Deutschen gehörten dem neuen freien Staat an, dessen außenpolitisches Gewicht erheblich stieg. Den Ängsten vor einem expansionistischen und hegemonialen Deutschland, indem sich möglicherweise ausländerfeindliche und rassistische Tendenzen verstärkten, sollte ein Vertrauensbild entgegengestellt werden, dem so die Absicht der auswärtigen Kulturpolitik zuarbeitete.

Bevor die auswärtige Kulturpolitik ihre neue gesamtdeutsche Rolle einnehmen konnte, musste zunächst die kulturpolitische Auslandsarbeit des ostdeutschen „Bruder-Staates“ abgewickelt werden. Die DDR hatte sich unter Hinweis auf ihre angeblichen „antifaschistischen Traditionen“ stets als das „bessere Deutschland“¹²¹ präsentiert. Angesichts solch einer Kulturpropaganda konnte die auswärtige DDR-Kulturpolitik nur begrenzt in die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik integriert werden. Noch vor der Vereinigung wurden die DDR-Botschaftsschulen und die zehn DDR-Kulturinstitute durch die Regierung de Maizière aufgelöst.

Aufbauen auf die Leistung der DDR konnte dagegen die deutsche Sprachpolitik nach 1990 in den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts. Die Sprachförderung spielte zwar für die DDR eine weit geringere Rolle als für die Bundesrepublik (besonders in der Ära Kohl), immerhin hatte dadurch aber die deutsche Sprache im Vergleich zu anderen westlichen Sprachen einen Vorteil.¹²² Neben den etwa 60 Deutschleh-

¹²¹ Kinkel, Klaus: Das Bild Deutschlands in der Welt – Aufgaben Auswärtiger Kulturpolitik. In: Däubler-Gmelin, Herta; Kinkel, Klaus; Meyer, Hans; Simon, Helmut (Hrsg.): Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit, Festschrift für Ernst Gottfried Mahrenholz, Baden-Baden 1994, S. 179.

¹²² Vgl. Schneider, Axel: Die Auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Bamberg 2000, S. 296.

ern wurden 100 Langzeitdozenten übernommen. Weiterhin konnten die von der DDR begonnenen Stipendiatenprogramme fortgeführt werden, indem rund 6.500 Ausländer an den Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer ein DAAD-Stipendium erhielten.¹²³ Da die DDR der Bundesrepublik Deutschland „beitrat“ und daher auch ihrer bis dahin provisorischen Verfassung, dem Grundgesetz, knüpfte sie bzw. das vereinte Deutschland an den gesetzlichen Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik an.

Im Gegensatz zum gesetzlichen Rahmen und den Konzeptionsbeschlüssen der 1970er Jahre, die unverändert blieben, musste die auswärtige Kulturpolitik auf gesellschaftliche und geopolitische Umwälzungen reagieren. Die nach dem Ende des Kalten Krieges zum Teil neugeschaffenen und zunehmend durchlässigen Staatsgrenzen, die zusammenrückende Welt, in der bisher gültigen räumlichen und zeitlichen Grenzen aufgehoben wurden, stellten eine epochale außenkulturpolitische Herausforderung dar. Die Globalisierungstendenzen als Folge der revolutionären Entwicklung im Bereich der Information und Kommunikation ließen sich nicht auf das ökonomische Gebiet begrenzen. Auch in anderen Bereichen nahm die internationale Verflechtung zu: Sei es in der Umweltpolitik, in der Sicherheit oder aber in der Kultur.¹²⁴ Das führte und führt zu einem Aufeinandertreffen von Kulturen, Lebensstilen und Identitäten aus allen Regionen der Welt. Die Nähe der unterschiedlichen Wertvorstellungen bedeutet sowohl Chancen als auch Risiken. Auf einer Seite steht das Ideal des friedlichen, sich gegenseitig bereichernden (kulturellen) Zusammenlebens, das auf einem „Dialog der Kulturen“ beruht. Auf der anderen Seite ruft die immer weniger voneinander trennende geographische Entfernung Ängste hervor, die sich als aggressiver Nationalismus und Fundamentalismus äußern und im „Zusammenprall der Zivilisationen“¹²⁵ enden könnten. Somit bot sich der auswärtigen Kulturpolitik an, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und auf die neuen Motive der veränderten Rahmenbedingungen mit einem außenkulturpolitischen Aufbruch zu antworten.

¹²³ Vgl. Werz: Auswärtige Kulturpolitik. Kontinuität oder Wandel? S. 254f.

¹²⁴ Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 263: Globalisierung, Bonn 1999.

¹²⁵ Den „Zusammenprall der Zivilisationen“ prognostizierte in seinen apokalyptischen Thesen zur Zukunft der kulturellen Auseinandersetzungen der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington. Dazu Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1995. Český vyšla Huntingto-nova kniha pod názvem: Střet civilizací. Boj kultur a proměna světového řádu, Praha 2001.

Eine Reform der auswärtigen Kulturpolitik bestand darin, neue regionale Schwerpunkte zu setzen. Ins Zentrum der außenkulturpolitischen Aufmerksamkeit rückten die Mittel- und Osteuropastaaten (MOE) sowie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS). Aufgrund der zentralen geographischen Lage Deutschlands und seiner Nähe zu den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa wurde der außenkulturpolitische Standortwechsel mit den aus der Geschichte erwachsenden Verpflichtungen begründet, da die Teilung Europas eine Folge des Zweiten Weltkriegs war, den das Deutsche Reich entfesselt hatte. Zudem lag die Unterstützung des Transformationsprozesses durch Mitteln der auswärtigen Kulturpolitik angesichts des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas im deutschen Interesse, um die mittel- und osteuropäischen Nachbarländer zu stabilisieren. Nicht zuletzt war das deutsche außenkulturpolitische Engagement in den MOE-Staaten eine Reaktion auf die gestiegenen Erwartungen und Wünsche dieser Länder.

Das ‚euphorische‘ Interesse an der deutschen Kultur in den jungen Demokratien im Osten war enorm. Das ‚neue Deutschland‘ versuchte die große Nachfrage zumindest zum Teil zu befriedigen. Schon im Herbst 1991 erarbeitete die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes das Modell eines Kulturabkommens, das die alten Abkommen der 1970er Jahre ersetzen sollte. Zu Gegenständen bilateraler Kulturbeziehungen gehörten neuerdings z.B. das Archivwesen, Denkmalschutz, Medien, Minderheiten oder Rückführung von Kulturgütern. Bis Ende 1995 wurden 19 Abkommen unterzeichnet und weitere verhandelt.¹²⁶ Neben der Gründung neuer Goethe-Institute im ehemaligen Ostblock, wurden als neues Instrument der auswärtigen Kulturpolitik die 18 (Stand 1997)¹²⁷ deutschen Lesesäle für Mittel- und Osteuropa geschaffen. Darüber hinaus brachten die deutschen Kultur- und Austauschorganisationen und die parteinahen Stiftungen¹²⁸ eine große Leistung beim Aufbau demokratischer Strukturen, in dem sie ressortübergreifende Sonderprogramme zur Unterstützung der Transformationsprozesse mittels Demokratieberatung anboten¹²⁹.

¹²⁶ Vgl. Heide, Winfried: Auswärtige Kulturarbeit nach der Öffnung. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/96, S. 27f.

¹²⁷ Vgl. Bohrer, Christina: Die Bibliotheks- und Informationsarbeit des Goethe-Instituts. In: Bibliotheksdienst 31/1997, S. 1686–1694, hier S. 1690.

¹²⁸ Vgl. Kap. 1.2.

¹²⁹ Siehe Schroeter, Katharina: German Stiftungen in the Czech Republic. MA Dissertation on School of Slavonic and East European Studies, University College London, September 2001.

Andere Projekte sollten die Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung weiterbilden.¹³⁰ Im Bereich des Hochschul- und Bildungswesens wurden Austauschprogramme und Hilfe bei der Neustrukturierung angeboten, wobei der Auf- und Ausbau von deutschen Abteilungen (Germanistik) als „besonders wichtig“ angesehen wurde, um die „erforderliche Eigenversorgung mit qualifizierten Deutschlehrern [...] sicher zu stellen“¹³¹.

Nach dem Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe stieg in den osteuropäischen Nachbarländern Deutschlands die Nachfrage nach Deutschunterricht enorm. Die deutsche Sprache sollte neben der englischen in Polen, Ungarn und der ČSFR Russisch ersetzen. Allein das tschechische Bildungsministerium meldete an den Grundschulen den Bedarf von etwa 6.000 Deutschlehrern, in Polen wiederum konnten Mitte der 1990er Jahre an den Dorf- und Kleinstadtschulen sogar nur ungefähr 5–6% des Bedarfs an Deutsch- und Englischlehrern gedeckt werden.¹³² Bereits Mitte der 1990er Jahre lebten von den rund 20 Millionen Menschen, die weltweit Deutsch lernten, zwei Drittel in den MOE/GUS – Staaten.¹³³ Für Deutschland bedeutete dieses rapid gestiegene Interesse an seiner Sprache eine einmalige Gelegenheit, das ‚Geschenk der Geschichte‘ zu nutzen, um den seit der Regierung Kohl akzentuierten Sprachexport in die Praxis massiv umzusetzen. Angesichts des immensen Potentials von Deutschlernenden schien es möglich, den Traum zu verwirklichen, in dem die deutsche Sprache als ‚lingua franca‘ Osteuropas etabliert wurde. Somit resultierte die intensive Sprachförderung nicht nur aus dem größeren Bedarf an Deutschkursen in Osteuropa: Im ersten Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1994/95 steht ausdrücklich, dass die „aktive Sprachpolitik“ den „legitimen Interessen der deutschen Exportwirtschaft“ dient und „einen

¹³⁰ Zu den vom Auswärtigen Amt geförderten zentralen Mittlern der Erwachsenenbildung zählen besonders der Deutsche Volkshochschulverband, die Europäische Bewegung Deutschland, der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Haus Rissen, die konfessionellen Erwachsenenbildungseinrichtungen und der Deutsche Frauenrat. Vgl. Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996, Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes 1997, S. 62. Vgl. dazu auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage zur Auswärtigen Kulturpolitik, Drucksache 12/6504 vom 22. 12. 1993, S. 14.

¹³¹ Drucksache 12/6504 vom 22. 12. 1993, S. 13f.

¹³² Schneider: Die Auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 96.

¹³³ Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996, S. 8.

sichtbaren Beitrag zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland“ leistet¹³⁴.

Somit überwog die Spracharbeit unter dem Motto „Wer deutsch lernt, kauft auch deutsch“¹³⁵ gegenüber der übrigen Kulturarbeit. Zudem wurde die Sprache nicht nur als Mittel der Verständigung, sondern als Träger und Basis von Kultur verstanden und daher vor dem kulturellen Austausch, der in einer anderen als der deutschen Sprache verlief, bevorzugt.¹³⁶ Die überragende Bedeutung der Sprache belegt die Große Anfrage im Bundestag über „Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt“ vom 22. Dezember 1993: „Die Sprache eröffnet nicht nur Zugang, sondern ist selbst Teil und Medium der deutschen Kultur und Geschichte. In ihr ist der auch durch eine gute Übersetzung nicht vermittelbare Beitrag der deutschen Kultur zur Weltkultur enthalten. In diesem zentralen Sinne ist die deutsche Sprache ‚Sesam-öffne-dich‘ zur historischen und kulturellen Identität der Deutschen und ihrem Anteil an der Kultur der Menschheit.“¹³⁷

Weithin ist der außenkulturpolitische Schwerpunkt in der Sprachpolitik z.B. an der Mittelzuweisung für das Goethe-Institut festzustellen. Die Sprachförderung wurde konsequent ausgebaut, während Kulturprogramme weitreichende Mittelkürzungen hinnehmen mussten: Im Jahre 1992 flossen für Kulturprogramme 16,7 Prozent weniger Mittel (37.450 DM) im Vergleich zu den finanziellen Mitteln für die Sprachförderung (45.000 DM), 1993 31 Prozent weniger, im Jahre 1995 waren es schon 54 Prozent weniger Mittel für die kulturelle Arbeit des Goethe-Instituts.¹³⁸ Zudem richtete

¹³⁴ Der Deutsche Bundestag hat am 15. Juni 1994 in Reaktion auf die große Anfrage der CDU/CSU- und FDP- Fraktion zum „Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt“ (Drucksache 12/7890) eine Entschließung zur Auswärtigen Kulturpolitik verabschiedet (Drucksache 12/7890). In der Entschließung hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, jährlich einen Sachstandsbericht zur auswärtigen Kulturpolitik zu erstellen. Hier zitiert nach dem ersten Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1994/95, Drucksache 13/3823 vom 20. 02. 1996, S. 5. Vgl. auch die Rede von Klaus Kinkel bei Verleihung der Goethe-Medaille in Weimar 1996. In: Pešek, Jiří: Hovory v městě Steinových pro (nepřítomného) pana von Goethe. In: Literární noviny 16/1996, S. 3.

¹³⁵ Hoffmann, Hilmar: Ein Aufbruch der 70er Jahre. In: Hoffmann, Hilmar, Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik. Frankfurt am Main/New York 1994, S. 14.

¹³⁶ Vgl. Hoffmann, Maaß (Hrsg.): Freund oder Fratze? S. 74f.

¹³⁷ Drucksache 12/6504 vom 22. 12. 1993.

¹³⁸ Vgl. Znined-Brand: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik 1999, S. 74f.

die Bundesregierung zur Finanzierung des zusätzlichen Bedarfs in Mittel- und Osteuropa im Jahre 1993 ein „Sonderprogramm zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa“ ein, das mit 134 Mio. DM ausgestattet wurde.¹³⁹ Bemerkenswert ist auch die Anzahl deutscher Lehrkräfte, die allein die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) ausschliesslich in den Reformstaaten einsetzte. Die ZfA, die das deutsche Auslandsschulwesen beim Bundesverwaltungsamt neben dem Auswärtigen Amt betreut, vermittelte im Jahre 1986 lediglich sieben deutsche Lehrer. Bis 1996 stieg die Zahl der amtlich vermittelten Deutschlehrer auf 45, eine bemerkenswerte Zahl, angesichts der Knappheit von Personal und Finanzmitteln Mitte der 1990er Jahre.¹⁴⁰

Die Sprachpolitik bzw. das Auslandsschulwesen wurden in den MOE/GUS – Staaten nicht zuletzt angesichts der deutschen Minderheiten erheblich ausgebaut. Die Tendenz, die kulturelle Identität der deutschstämmigen Minderheiten zu stärken, ist bereits seit Anfang der 1980er Jahre festzustellen. Erst nach dem Mauerfall konnte jedoch eine besondere Struktur des Instrumentariums für die Betreuung der deutschen Minderheiten in dieser Region erwachsen. In die Spracharbeit wurden neue Träger der Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt eingesetzt wie z.B. das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) (!)¹⁴¹. Seit Mitte der 90er Jahre führte auch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein umfangreiches Sprachprogramm für Angehörige deutscher Minderheiten durch. In der GUS erreichten die Kurse von VDA und GTZ sogar ähnliche Teilnehmerzahlen wie die des Goethe-Instituts.¹⁴²

Den sachlichen Schwerpunkten, d.h. der Förderung der deutschen Sprache und der deutschen Auslandsschulen entsprach auch die Verteilung der Haushaltsmittel. Im Jahre 1994 beispielsweise fielen dem Kulturhaushalt des AA 1. 136. 293 DM¹⁴³ zu, davon erhielten die Schulfonds 366 Mio. DM, die in 78 Ländern mit 145 Instituten (18 davon in Deutschland) vertre-

¹³⁹ Vgl. Schulte: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 63.

¹⁴⁰ Vgl. Schneider: Die Auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 298.

¹⁴¹ Vgl. Kap. 2.2.

¹⁴² Ebd. S. 295f.

¹⁴³ Gesamt kam im Jahre 1994 der auswärtigen Kulturpolitik 3.570.909.000 DM der Bundeshaushaltsmittel zu. Drucksache 13/3823 vom 20. 02. 1996, S. 5.

nen Goethe-Institute lediglich 299 Mio. DM.¹⁴⁴ Angesichts der unzureichenden finanziellen Mittel und der regionalen Schwerpunktverschiebung in die MOE/GUS-Staaten, die von 1990 bis zum Jahre 1994 mit der Neugründung von 13 Instituten verbunden war¹⁴⁵, musste die Münchener Goethe-Zentrale zu Teilschließungen¹⁴⁶ und Schließungen einiger älterer Institute greifen und in ihrer Programmarbeit den Rotstift ansetzen. Von 1994 bis 1996 verschwanden zwanzig Goethe-Institute von der Weltkarte, darunter in Argentinien/San Juan, Kolumbien/Medellín, Chile/Viña del Mar, Schweden/Malmö, Brasilien/Belo Horizonte, Indonesien/Surabaya, Pakistan/Hyderabad, Norwegen/Bergen, Finnland/Turku¹⁴⁷. Dennoch litten auch die Neugründungen unter den Sparmaßnahmen. Das Goethe Institut in Prag z.B. konnte erst 2003 sein zehnjähriges Jubiläum feiern, obwohl das Jugendstilgebäude am Moldauufer, die ehemalige DDR-Botschaft, schon im Oktober 1990 de facto bereits dem Goethe-Institut zukam. Für die vollständige Programmarbeit fehlte jedoch bis zum Jahre 1993 an Geld, so dass das Institut in einem „administrativen Drahtverhau“¹⁴⁸ stecken blieb¹⁴⁹.

Die den gestiegenen Erwartungen und den neuen außenkulturpolitischen Herausforderungen zur Verfügung gestellte Höhe der finanziellen Mittel für die auswärtige Kulturpolitik (0,25 Prozent des Gesamthaushaltes, ca. 3,5 Mrd. DM)¹⁵⁰ empfand die Fachöffentlichkeit als völlig unzureichend. Mit kritischem Blick wurde auf die „dritte Säule“ der Außenpolitik aufmerksam gemacht, die unter Geldnot litt und als Folge des politischen Desinteresses heruntergekommen war. Um den Förderrahmen auszudeh-

¹⁴⁴ Ebd. S. 10, 21.

¹⁴⁵ Drucksache 13/3823 vom 20. 02. 1996, S. 22.

¹⁴⁶ Die kulturpolitische Arbeit einiger Goethe-Institute wurde auf der Stiftungsbasis der Gaststädten oder Gastländer fortgesetzt. Somit konnte beispielsweise das GI in Toulouse über Finanzierung durch Großunternehmen und lokale Kräfte gerettet werden und so als „lokale Zweigstelle“ beibehalten bleiben. Dazu: Schneider, Gerald; Julia, Schiller: Goethe ist überall. Eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2000, S. 19.

¹⁴⁷ Joachim Güntner: Im Umbruch. Deutschlands auswärtige Kulturpolitik. In: Neue Zürcher Zeitung, 02. 12. 1999.

¹⁴⁸ Enzensberger, Hans Magnus: Auswärts im Rückwärtsgang. In: Der Spiegel 37/1995, S. 215–221, hier S. 218.

¹⁴⁹ Vgl. Bloss, Jochen: „Soviel Anfang war nie“ oder: Wie gründet man ein Goethe-Institut?. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996: Die Kulturbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa nach dem Mauerfall, S. 38–40.

¹⁵⁰ Drucksache 13/3823 vom 20. 02. 1996.

nen, wurde die Einbindung der Wirtschaft in die kulturellen Projekte gefordert. Dennoch wurden dem seit dem Jahre 1992 amtierenden liberalen Außenminister Klaus Kinkel vorgeworfen, die Kultur- mit der Wirtschaftspolitik zu verzahnen, da es ihm, wie er selber bei einer Veranstaltung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels im Januar 1996 in Frankfurt am Main äußerte, „schließlich darum gehe, Werbung für den Standort Deutschland zu machen.“¹⁵¹ Trotz aller Kritik steht Kinkel bis heute hinter seiner außenkulturpolitischen Stellungnahme. Bei einem Gespräch im Prager Goethe-Institut, wo der Außenminister a.D. anlässlich des zehnjährigen Jubiläums an einer Podiumsdiskussion teilnahm, bestand er darauf, dass Deutschland als Wirtschaftsmacht und nicht wegen seiner Geschichte geschätzt werde. Also solle man Deutschland als Wirtschaftsmacht im Ausland auch bei der außenkulturpolitischen Arbeit präsentieren.¹⁵²

Trotz der wachsenden Konkurrenz, die besonders ein ‚Exportland‘ wie Deutschland gefährdete, wo jeder dritte Arbeitsplatz vom Außenhandel abhängt (in Japan ist es jeder sechste und in den USA noch nicht einmal jeder zwölfte)¹⁵³ wurden Kinkels Vorschläge bei der Opposition, der Sozialdemokraten und den Grünen, und den meisten Kulturschaffenden mit Vorsicht bewertet. So beispielsweise die Journalistin Ariane Thomalla, die in der Zeitschrift für Kulturaustausch provokativ fragte: „Kultur als Hilfsvehikel der Exportwirtschaft?“¹⁵⁴ Zudem wurde auf eine stärkere Betonung nationaler Repräsentation Deutschlands aufmerksam gemacht und dabei die besondere Rolle des Auslandsschulwesens bzw. der Sprachpolitik kritisiert, die in der Presse geläufig als „Sprachimperialismus“ bezeichnet wurde.

¹⁵¹ Kinkel, Klaus: „Kultur, Kommerz und Außenpolitik – Ungewohnte Perspektiven, neue Kooperationen“, Rede bei einer Veranstaltung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels am 15. 01. 1996 in Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 2/1996, S. 33ff. Dazu auch Kinkel, Klaus: Kulturpolitik und Export. In: Auslandskurier: Magazin für die exportierende mittelständische Wirtschaft 37/1996, 3, S. 8–9.

¹⁵² Im Rahmen der Festveranstaltungen zum 10. Jubiläum des Goethe-Instituts Prag fand am 07. 02. 2003 eine Podiumsdiskussion „Europäischen Wertegemeinschaft im Lichte einer künftigen europäischen Verfassung“. Neben den Diskutanten Jiří Lobkowitz, Karel von Schwarzenberg, Milan Uhde und Generalsekretär des GI Joachim Felix Leonhard wurde auch der Außenminister a.D. Klaus Kinkel eingeladen. Anschließend der Diskussion sprach die Autorin mit Klaus Kinkel beim Empfang des GI Prag über derzeitige außenpolitische Lage und über die auswärtige Kulturpolitik zu Kinkels Amtszeit als Außenminister.

¹⁵³ Vgl. Riedl, Erich: Goethe und Humboldt in Mark und Pfennig. In: Sartorius, Joachim (Hrsg.): In dieser Armut – welche Fülle!, Göttingen 1996, S. 79.

¹⁵⁴ Thomalla, Ariane: Kultur als Hilfsvehikel der Exportwirtschaft? In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/96, S. 11.

Die Unzufriedenheit mit der christlich-liberalen auswärtigen Kulturpolitik löste öffentliche Reaktion aus.

Die Kritik kam zum Ausdruck vor allem in einem im Jahre 1994 veröffentlichten Sammelband „Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik“¹⁵⁵. In den Beiträgen von 26 in- und ausländischen Autoren (unter ihnen die Politiker Gerhard Schröder und Hildegard Hamm-Brücher; der Präsident des GI Hilmar Hoffmann, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Wolfgang Frühwald, der Vorsitzende des Vorstandes des Kulturkreises im BDI Arend Oetker, der Erste Moderator der „Tagesthemen“ Uli Wickert und der israelische Schriftsteller Amos Oz) wurde eine Neujustierung der ausen-kulturpolitischen Aufgaben gefordert, da die auswärtige Kulturpolitik immer noch nicht die neue Situation reflektiere und den Wettkampf, in dem das „bessere“ Deutschland präsentiert sei, im Geiste der Blockkonfrontation fortsetze. Weithin wurde die regionale Schwerpunktsetzung auf die MOE/GUS – Staaten kritisiert, da in diese Region 16 Prozent des Kulturhaushaltes auf Kosten anderer Länder floss.¹⁵⁶ Zudem seien im Osten nicht selten relativ „kurzfristige Ziele“ verfolgt worden und „eher quantitative als qualitative Meßlatten“¹⁵⁷ aufgestellt worden.

Die Publikation „Freund oder Fratze?“ löste eine bundesweite Diskussion, die der Münchener Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger noch zuspitzte. Enzensberger kritisierte in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“¹⁵⁸ im Artikel „Auswärts im Rückwärtsgang“ den „Ausverkauf der auswärtigen Kulturpolitik“. Deutschland bewertete er als ein Land, das im „Matsch der Gewohnheit steckt“, wo sich jeder weigert, einen neuen Gedanken zu fassen, geschweige denn jemand so weiter denkt, dass die „Kenntnis fremder Zivilisationen eine Überlebensnotwendigkeit ist“ und daher eine „Dialog-Kompetenz“ und ein „dialogfähiges Frühwarnsystem“ entwickelt sein sollte. Die Politiker und Bürokraten, so der Autor, erwe-

¹⁵⁵ Hoffmann, Hilmar; Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik, Frankfurt am Main/New York 1994.

¹⁵⁶ Aus einem schwarzafrikanischem Land verzweifelt erklang: „Vor der Wiedervereinigung Deutschlands wurden wir wenigstens von einem Land berücksichtigt – von der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR. Jetzt kümmert sich niemand mehr um uns.“ Zitiert nach Maaß: Vor neuen Herausforderungen, 27.

¹⁵⁷ Ebd. S 8.

¹⁵⁸ Enzensberger, Hans Magnus: Auswärts im Rückwärtsgang. In: Der Spiegel 37/1995, S. 215–221.

cken mit ihrer „Knauserei“ im Kulturbereich das Gefühl, die Kultur sei „eine Art vom Schaumgebäck, das ohne weiteres vom Menü gestrichen werden kann, wenn es darum geht, anderer Leute Gürtel etwas enger zu schnallen“. Beifall erhielt Enzensberger kurz darauf von Wolf Lepenies in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Im Artikel „Ende der Überheblichkeit“ machte Lepenies u.a. auf die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entscheidende Rolle der „Lerngemeinschaften“ zwischen amerikanischen und europäischen oder zwischen deutschen und französischen Kultur aufmerksam. Dagegen warf Lepenies, Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, der auswärtigen Kulturpolitik nach 1989 vor, die große Chance verspielt zu haben, da der „Westen sich in eine Belehrungsorgie steigerte, statt sich angesichts der neuen unerhörten Herausforderungen auf ein gemeinsames Lernen mit dem Osten einzulassen.“¹⁵⁹ Zusammenfassend riefen die Kritiker nach einer Neubesinnung und Aufwertung der auswärtigen Kulturpolitik.

Die Wichtigkeit bzw. Notwendigkeit, die auswärtige Kulturpolitik aufzuwerten und neu zu orientieren wurde auf der politischen Ebene erkannt. Der langjährige Leiter der Kulturabteilung Barthold C. Witte sprach in seiner Abschiedsrede Ende 1991 sogar davon, dass im Zeitalter der weltweiten Kommunikation die Kultur an den Anfang gehöre.¹⁶⁰ Sein Nachfolger in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Hans-Bodo Bertram, schrieb in der Broschüre „Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996“, dass „[...] der mit den Mitteln der auswärtigen Kulturpolitik geführte Dialog der Kulturen heute notwendiger denn je [ist], um Toleranz, Achtung und Respekt für fremde Identitäten zu fördern und Frieden und solidarische Partnerschaft zu gewährleisten. Die auswärtige Kulturpolitik gewinnt damit qualitativ an Bedeutung: sie wird zu einem immer wichtiger werdenden außenpolitischen Instrument, um Konfliktpotentiale frühzeitig zu erkennen und im vertrauensstiftenden interkulturellen Dialog Spannungen abzubauen“¹⁶¹. Ähnliche Äußerungen, die auswärtige Kulturpolitik sei ein immer wichtigerer Bestandteil der Außenpolitik, schienen im Lichte der geschilderten Kritik als bloße Rednerei. Die Bundesregierung, der „politisches Phleg-

¹⁵⁹ Lepenies, Wolf: Das Ende der Überheblichkeit. In: *Die Zeit* Nr. 48 vom 24. November 1995. Vgl. dazu auch Schmidt, Helmut; Voscherau, Henning; Lepenies, Wolf; Bubis., Ignatz: *Wozu deutsche auswärtige Kulturpolitik?* Dokumentation der 3. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung am 14. 4. 1996 in Weimar. Stuttgart 1996.

¹⁶⁰ Vgl. Werz: *Auswärtige Kulturpolitik: Kontinuität oder Wandel?* S. 252.

¹⁶¹ *Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996*, Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes 1997, S. 6f.

ma¹⁶² in Fragen der auswärtigen Kulturpolitik vorgeworfen wurde, mussten sich zunehmend mit dem „bunten Stimmengewirr“¹⁶³, so Kinkel, auseinandersetzen.

Die Debatte über die auswärtige Kulturpolitik spiegelte sich auch auf dem politischen Feld wider. Zwischen den Jahren 1996 und 1998 waren zahlreiche Stellungnahmen von Politikern zu vermerken. Helmut Kohl forderte, bei allen Sparzwängen die Kernaufgaben der auswärtigen Kulturpolitik nicht zu vernachlässigen.¹⁶⁴ Roman Herzog sprach sich immer wieder für einen Dialog mit muslimischen Gesellschaften aus. Zuletzt stellte er im Jahre 1996, in einer Rede anlässlich der Tagung „Deutschland im internationalen Kulturdialog“ im Haus der Geschichte in Bonn, die auswärtige Kulturpolitik in den Dienst der zivilen Außenpolitik, indem er dem Kulturdialog die Qualität eines sicherheitspolitischen Imperativs zuschrieb, eine ähnlich friedenssichernde außenpolitische Rolle wie die Rüstungskontrolle¹⁶⁵. Klaus Kinkel, der als Außenminister ein außergewöhnliches dezidiertes öffentliches Interesse an der auswärtigen Kulturpolitik bekundete¹⁶⁶, veranstaltete in Bonn im März 1997 die erste Botschafterkonferenz in der Geschichte des AA, die ausschließlich der Auswärtigen Kulturpolitik gewidmet wurde. Der Außenminister erklärte vor den 15 anwesenden Botschaftern aus allen Weltregionen die Kulturpolitik zur „Chefsache der Botschafter“¹⁶⁷.

Zu erhöhter Aufmerksamkeit kamen die außenkulturpolitischen Fragen auch auf der parlamentarischen Ebene. Im Juni 1996 fand eine Bundestagsdebatte über alle Aspekte der Auswärtigen Kulturpolitik¹⁶⁸ statt, nach

¹⁶² Thomalla: Kultur als Hilfsvehikel der Exportwirtschaft? S. 11.

¹⁶³ Kinkel, Klaus: Warum das Feldgeschrei um unsere Auswärtige Kulturpolitik? In: Die Welt vom 29. 09. 1995.

¹⁶⁴ Maaß, Kurt-Jürgen: Vor neuen Herausforderungen. In.: Musikforum Nr. 90/1999, S 24–29. Hier S 25.

¹⁶⁵ Vgl. Rede von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der von Inter Nationes veranstalteten Tagung „Deutschland im internationalen Kulturdialog“ im Haus der Geschichte in Bonn am 9. Oktober 1996, <http://195.145.53.84/reden/deutsch05.htm>. Dazu auch Bertram, Hans-Bodo: Doppelstrategie in der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1&2/1997, S. 10–13, hier S. 10.

¹⁶⁶ Vgl. Winfried, Heide: Auswärtige Kulturarbeit nach der Öffnung. Eine Zwischenbilanz. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996, S. 26–30.

¹⁶⁷ Kinkel, Klaus: Zehn Thesen zur Auswärtigen Kulturpolitik. In: Drucksache 13/9999 vom 20. 03. 1997. S. 35. Die ‚Zehn Thesen‘ wurden auch im Artikel der vorherigen Bemerkung veröffentlicht.

¹⁶⁸ Vgl. Protokoll über die Plenardebatte zur Auswärtigen Kulturpolitik vom 13. Juni 1996, Plenarprotokoll 13/110.

der die Fraktionen Anfragen und Anträge stellten. Die Sozialdemokraten forderten erstmals ein „Stop-Signal“¹⁶⁹ der Sparpolitik im außenkulturpolitischen Bereich und demnächst eine Garantie langfristiger finanzieller Planungssicherheit. Die Grünen verlangten für die auswärtige Kulturpolitik einen höheren Stellenwert¹⁷⁰ und die Nutzung außenkulturpolitischer Potenziale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung¹⁷¹. Im Unterausschuss Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Ausschusses wurden die Synergieeffekte und Koordination der Mittler akzentuiert, um durch Informations- und Erfahrungsaustausch Parallelaktionen, Redundanzen und Mittelverschwendung zu verhindern.

Ähnlich haben auch die Experten am 14. April 1997 bei der Anhörung im Auswärtigen Ausschuss zum Thema „Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen auswärtigen Kulturpolitik“¹⁷² nach einer Koordinierung der Auslands-Kulturpolitik verlangt, wobei die bisherige bewährte Vielfalt der Mittler bestehen bleiben solle, so Joachim Sartorius. Sartorius, Generalsekretär des Goethe-Instituts, schlug erneut die in den 1970er Jahren abgelehnte Idee vor¹⁷³, die außenkulturpolitischen Aufgaben in der Kulturabteilung des AA zu bündeln.¹⁷⁴ Als Beispiel für die nötige Koordination, um im außenkulturpolitischen „Kompetenzwirrwarr“ Synergieeffekte zu erzielen, verwies Sartorius Amtsvorgänger Horst Harnischfeger darauf, dass für die Vermittlung von Deutsch fünf verschiedene Organisationen Unterrichtsmaterial zu Verfügung stellen.¹⁷⁵ Neben den praktischen Vorschlägen wurde angesichts der Entwicklung in Asien, Afrika und den islamischen Staaten nach den Herausforderungen an die westlichen Kulturtraditionen gefragt. Die Frage half auch der prominente Politikwissenschaftler aus Harvard, Samuel Huntington, mit seinen programmatischen

¹⁶⁹ Antrag der Fraktion SPD: Gefahren abwenden von der Auswärtigen Kulturpolitik, Drucksache 13/9450 vom 11. 12. 97.

¹⁷⁰ Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Auswärtige Kulturpolitik: Den Standort neu bestimmen – den Stellenwert erhöhen, Drucksache 13/4844 vom 11. 06. 96.

¹⁷¹ Große Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Aktivitäten und Ziele der Bundesregierung in der Auswärtigen Kulturpolitik; Nutzung der Potentiale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung, Drucksache 13/4618 vom 08. 05. 96.

¹⁷² Wortprotokoll der 62. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. 04. 1997, 10.00 Uhr, Bonn, Bundeshaus: Anhörung Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik, Teil I, II.

¹⁷³ Vgl. 1.3, S. (4).

¹⁷⁴ Anhörung Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik, S. 22.

¹⁷⁵ Ebd., S 14.

„Kulturknall“-Thesen¹⁷⁶ zu beantworten, in denen er den Islam die größte Gefahr für die Zivilisation betrachtete.¹⁷⁷ Weder die Parlamentarier noch die anderen Sachverständigen sahen jedoch den Krieg der Kulturen unausweichlich. Gülnihal Bozkurt, Jura-Professorin aus dem moslemischen Ankara reagierte auf Huntingtons Schwarzmalerei mit den Worten: „Ich habe mich nie als Moslem gefühlt, ich habe mich immer als Mensch gefühlt.“¹⁷⁸ Somit deutete Frau Bozkurt an, man sollte nicht ständig Differenzen betonen, die zum Krieg führen könnten.

In erster Linie geht es doch um Völkerverständigung und so sollte man die Gemeinsamkeiten erkennen, um eine Basis für Kommunikation, Konfliktprävention und gemeinsame Problemlösung zu schaffen. Nach diesem Motto war bei den Teilnehmern der Anhörung trotz ihre unterschiedlichen Sichtweisen ein gemeinsamer Faden zu finden, nämlich dass die Kultur eine stärkere Rolle als in der ‚Vorglobalisierungszeit‘ spielt und somit der Interessenkonflikte mildernde Dialog zwischen kulturell unterschiedlichen Partnern an Wichtigkeit gewinnt. Mit dem Wahlsieg der rot-grünen Koalitionäre im Herbst 1998 schien die Chance größer, einen festen roten Faden des Kulturdialogs nicht nur in den Sonntagsreden sondern auch in der Praxis zu ziehen.

Kulturpolitische Reformen der Regierung Schröder. Auswärtige Kulturpolitik als vernachlässigte Kehrseite der Bundeskulturpolitik?

„Wenn wir unter Kultur nicht mehr, aber auch nicht weniger verstehen als den Spiegel, den wir uns selbst vorhalten, um zu verstehen, wer wir sind, was wir können, wohin wir wollen, so wissen wir auch, dass dieser Spiegel stumpfe Stellen aufweist. Doch blind ist er nicht.“ Mit diesen Worten betrat am 12. November 1998 ein neuer Akteur im Bundestag die politische Bühne der Bundesrepublik Deutschland: Michael Naumann, der frischgebackene „Bundesbeauftragte für Kultur und Medien“. Naumanns Amt, das die Kulturpolitik auf Bundesebene bündeln sollte, war von der neuen, seit Herbst 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung in der deutschen Geschichte erstmalig geschaffen worden. Eines ihrer Regierungs-

¹⁷⁶ Sittner, Gernot: Zusammenprall im Langen Eugen. Samuel Huntington stößt mit seiner Kulturknall-Thesen in Bonn auf Widerspruch. In: Süddeutsche Zeitung vom 16. 04. 1997. Dazu auch Experten-Anhörung in Bonn. Kulturpolitik soll freier werden. Alleinige Zuständigkeit für Auswärtiges Amt gefordert. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 86.

¹⁷⁷ Anhörung Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik, S. 15–18.

¹⁷⁸ Süddeutsche Zeitung vom 16. 04. 1997.

vorhaben war es, den ‚Kulturspiegel‘ mehr im Auge zu behalten und der Kultur insgesamt einen höheren Stellenwert zu geben.

Zugleich wurde das wiedervereinigte Deutschland vor den Spiegel direkt gestellt und sollte, so das Ziel, ohne Scham in seiner ganzen Größe betrachtet werden. Gerhard Schröder, der sich selbst Kanzler der „Neuen Mitte“ nannte, plante, „gründlich [...] mit Stagnation und Sprachlosigkeit (der vorherigen Regierung)“ aufzuräumen.¹⁷⁹ Als erster Repräsentant der Nachkriegsgeneration im Kanzleramt kündigte er in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 an, dass er den Regierungswechsel als „Ausdruck demokratischer Normalität und Ausdruck eines gewachsenen demokratischen Selbstbewusstseins“¹⁸⁰ der Wähler verstehe. Mithin sollte die neue Regierung den erwünschten Weg der „Normalität“ beschreiten, auf dem mit der politischen Stärke der Bundesrepublik nicht mehr so ‚samtpfötig‘ umgegangen werden sollte. Deutschland sollte bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung wachsende Verantwortung übernehmen. Zugleich sollten jedoch die ‚stumpfen Stellen‘ der Vergangenheit nicht aus dem Auge verloren und die Kontinuität in den Grundausrichtungen der deutschen Außen- und Europapolitik, die Verankerung im transatlantischen Sicherheitsbündnis und europäische Integration, beibehalten werden.

Angesichts der gestiegenen weltweiten Verantwortung machte sich das souveräne Deutschland zunächst unter der Mitregierung der (vorerst pazifistischen) Grünen Partei von der sog. „Scheckbuch-Politik“ frei. Noch im Jahre 1991 hatte die Regierung Kohl beispielsweise eine aktive Beteiligung deutscher Truppen am Golf-Krieg mit Zustimmung der gesamten Opposition abgelehnt. Deutschland trug zur Befreiung Kuwaits von Saddams Husseins Besatzung lediglich finanziell bei und übernahm ein Drittel der Kriegskosten.¹⁸¹ Mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 kam es zu einem Paradigmenwechsel, Deutschland brach mit dem bisherigen Kurs absoluter militärischer Abstinenz. So begann die Bundesregierung 1999 damit, die Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebietes militärisch einzusetzen, wobei eine große Rolle bei dieser Entscheidung das kollektive nationale

¹⁷⁹ Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Beginn der 14. Legislaturperiode vom 10. 11. 1998, Plenarprotokoll 14/3.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Vgl. Blasius, Rainer: Frieden der Illusionen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 02. 2003.

Gedächtnis unter dem Motto spielte: Nie wieder Auschwitz! Die Bundesregierung entschloss sich mit Härte gegen Diktaturen vorzugehen, die Genozide verübten, wie dem serbischen Regime unter Milosevic im Kosovo-Konflikt.¹⁸² In der Folge votierte die Bundesregierung für eine Beteiligung bewaffneter Streitkräfte in Mazedonien und nach dem 11. September 2001 auch in Afghanistan, indem sie mit ihren außenpolitischen Schwerpunkten, den Menschenrechten, Krisenprävention und Friedenspolitik argumentierte. Der neugewählte Bundeskanzler warb wiederholt in seiner Regierungserklärung zu Beginn der 15. Legislaturperiode am 28. Oktober 2002 für „die Sicherheit von Leib und Leben, vor Krieg und Kriminalität, [...] materielle, soziale und kulturelle Sicherheit zur Vergewisserung der eigenen Identität. Und nicht zuletzt [für] die Sicherheit des Rechts.“¹⁸³ Dieser „erweiterter Sicherheitsbegriff“¹⁸⁴ wurde zum Leitmotiv der Bundesregierung für eine selbstbewusstere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Emanzipationsbestrebungen in der Berliner Außenpolitik kamen auch in der deutschen Europapolitik zum Ausdruck. Kohls Vision eines europäischen Hauses sollte weitergebaut werden, allerdings ordnete ihr die rot-grüne Regierung ‚prosaistischere Räumlichkeiten‘ zu. Deutschland fing in der EU an, mit dem pragmatischen ‚Kosten-Nutzen-Kalkül‘¹⁸⁵ verstärkt nationale Interessen durchzusetzen. Dies sollte einen Schatten auf die bisherige deutsch-französische Vorreiterrolle in der Europapolitik legen¹⁸⁶. Der erste Auslandsbesuch des Bundeskanzlers Schröder fand nicht gemäß der ‚guten Tradition‘ Kohls in Frankreich statt, sondern in Großbritannien – beim reformpolitischen, sozialdemokratischen ‚Genossen‘ Tony Blair. Die emanzipierte Neudefinition europapolitischer Prinzipien der Regierung Kohl hatte zur Folge, dass die vielbeschworene deutsch-französische Freundschaft ihren Rang eines primus inter pares verlor, formeller wurde und sich Machtspiele auf europapolitischer Bühne zwischen Frankreich und

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Schröder, Gerhard: Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung schaffen. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Beginn der 15. Legislaturperiode. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 2002.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Vgl. Gros, Jürgen: Deutschland. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): EuropaHandbuch, Bonn 2002, S. 110.

¹⁸⁶ Vgl. Larischová, Kristina: Ohlédnutí za německým předsednictvím v Radě EU. Priority, okolnosti, očekávání a výsledky. In: Mezinárodní politika 8/1999, S. 6–9. Dazu auch Utitz, Bedřich: Bonnská republika se sídlem v Berlíně. In: Mezinárodní politika 8/1999, S. 24.

Deutschland häuften.¹⁸⁷ Dies machte insbesondere der EU-Gipfel von Nizza im Jahre 2000 deutlich, wo sich beide Länder offen um Stimmenwägung im Ministerrat stritten – ein Novum, nachdem sich Berlin und Paris zuvor immer auf einen gemeinsamen Kurs festgelegt hatten. Angesichts solcher Verstimmungen bemühten sich beide Nachbarn am Rhein in der Folge allerdings wieder verstärkt, Konflikte durch Kompromisse beizulegen und ihrer zentralen Verantwortung für den Prozess der europäischen Integration u.a. durch neue gemeinsame Initiativen Rechnung zu tragen.

Angesichts der fortschreitenden europäischen Einigung reagierte Schröders Regierung auch auf die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Kulturpolitik, das spätestens mit dem Vertrag von Maastricht über die Europäische Union aus dem Jahre 1992 eingesetzt hatte¹⁸⁸. „Europa nach Maastricht“ sollte ein „Europa der Bürger“ werden, das „gemeinsame Haus Europa“ erhielt neben der wirtschaftlichen auch eine politische und kulturelle Dimension. Im sog. Kulturartikel¹⁸⁹ räumte die Gemeinschaft erstmals eine eigene Kulturzuständigkeit ein, um unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt gleichzeitig das gemeinsame kulturelle Erbe hervorzuheben.¹⁹⁰ Bei Bewältigung der damit gewachsenen kulturpolitischen Aufgaben im europäischen Rahmen erwies sich jedoch das deutsche Prinzip des „kooperativen Kulturföderalismus“¹⁹¹ als nicht tragfähig. Die Vielfalt von Kooperations- und Verflechtungstatbeständen zwischen Bund und Ländern machte Deutschland in internationalen Gremien kulturpolitisch handlungsunfähig, was u.a. daran deutlich wurde, dass „man [...]“ – in internationalen Konferenzen, nach der deutschen Position gefragt – „nie eine Meinung“ bekommen hat.¹⁹² Das war einer der entscheidenden Gründe, warum die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 plante, die Behörde eines Kulturbeauftragten einrichten, um einen „Ansprechpartner und Impulsgeber für die Kulturpolitik des Bundes sowie als

¹⁸⁷ Vgl. Kudelová, Dita: Spolupráce Francie a sjednoceného Německa – „motor“ evropské integrace? In: *Mezinárodní vztahy* 4/2001, S. 22–38.

¹⁸⁸ Vgl. Bohr, Kurt & Albert, Helmut: Die Europäische Union – das Ende der eigenständigen Kulturpolitik der deutschen Bundesländer? In: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 26 (2) 1993, S. 61–66.

¹⁸⁹ Art. 128 der Maastrichter Vertrages, nach der Änderung durch den Amsterdamer Vertrag Art. 151.

¹⁹⁰ Vgl. Art. 128 (1) des Maastrichter Vertrages.

¹⁹¹ Vgl. Kap. 1.1.

¹⁹² Schwencke, Olaf: Herausforderungen der Bundeskulturpolitik. In: *Kulturpolitische Mitteilungen* Nr. 80, I/98, S. 26.

Interessenvertreter für die deutsche Kultur auf internationaler, besonders auf europäischer Ebene¹⁹³ zu schaffen.

Als erste Konsequenz musste der Staatsminister im AA seine Funktion als Vorsitzender des Ministerrates der EU-Kulturminister nunmehr dem Staatsbeauftragten für Kultur und Medien übergeben: Michael Naumann. Naumann hatte damit während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft seit November 1998 im Rat für Kultur und audiovisuelle Medien der EU erstmalig als deutscher ‚Quasikulturminister‘ den Vorsitz inne. Unter seiner ‚Ägide‘ wurden gemeinsame Erinnerungen der Völker Europas für die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins diskutiert und schließlich die Geschichte in die kulturelle Tätigkeit der Gemeinschaft eingeschlossen.¹⁹⁴ Es gelang, das Kulturförderprogramm der EU für den Zeitraum 2000 bis 2004 mit 167 Millionen Euro auszustatten, wobei im Rahmen der Förderung der EU-Strukturfonds zunächst auch Kulturprojekte berücksichtigt werden sollten.

Die Summe für die junge europäische Kulturpolitik betrug im Jahre 2000 0,1 Prozent des Gemeinschaftshaushalts¹⁹⁵. Die relativ geringe finanzielle Betrag ist nicht nur auf die Tatsache zurückzuführen, dass Neuland beschritten wurde und Antworten auf Fragen der Doppelung nationaler und europäischer Identität bzw. der Integration der nationalen Kulturinstitute einzelner EU-Länder erst noch zur Gänze beantwortet werden mussten.¹⁹⁶ Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Bedeutung und Intensität der EU-Annäherungstendenzen auf kulturpolitischem Gebiet nicht immer an der Höhe der finanziellen Zuwendung zu messen sind, da die europäische Kulturpolitik neben den praktischen auch legislative Konsequenzen in fast allen gesetzlich geregelten Bereichen der Kultur nach sich zog. In diesem Hinblick waren für Deutschland u. a. die Verhandlungen über die Zukunft der deutsch-österreichisch-schweizerischen grenzüberschreitenden Buchpreisbindung und die duale Rundfunkordnung (d.h. Koexistenz privater Rundfunkveranstalter neben den öffentlich-rechtlichen¹⁹⁷) von großem

¹⁹³ Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20. Oktober 1998. Drucksache 14/1266, S. 20.

¹⁹⁴ Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1999), Drucksache 14/4312 vom 11. 10. 2000, S. 16f.

¹⁹⁵ Entschließung des Europäischen Parlaments zur kulturellen Zusammenarbeit in der Europäischen Union (2000/2323(INI)), Protokoll vom 05. 9. 2001 – vorläufige Ausgabe, S. 5.

¹⁹⁶ Joschka Fischer in: Dokumentation der Anhörung zur Auswärtigen Kulturpolitik der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen am 29. November 1999 in Berlin, S. 50f.

¹⁹⁷ Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 462ff.

Interesse. Hier wehrte sich Naumann gegen die Strömung der „eurozentralistischen Zumutungen“ und der „entfesselten Marktwirtschaft“¹⁹⁸. Im breiteren Zusammenhang wurde bei solch protektionistischen Tendenzen nicht nur Deutschland im europäischen Raum, sondern auch der EU im globalen Rahmen die Frage gestellt, inwieweit es sich um Schutz der Nationalkultur handele und inwieweit es Angst vor Konkurrenz für subventionierte Kulturleistungen sei. Die Antwort, ob und wie sich Deutschland bzw. die EU für eine Marktöffnung entscheidet, die frischen Wind in die erstarrten Strukturen des Kulturbetriebs bringen könnte, stand und steht noch offen.¹⁹⁹

Dagegen stand schon nach dem Fall des Eisernen Vorhangs fest, dass sich die Wirkung des europäischen Binnenmarktes auf kulturpolitischem Gebiet, die europäische Integration insgesamt und die Wiedervereinigung in einer entsprechenden Organisationsform der Bundeskulturpolitik niederschlagen müsse. Die Kultur- und Medienpolitik gewann sowohl beim sensiblen Prozess einer kulturellen und mentalen Wiedervereinigung der Deutschen als auch beim notwendigen Prozess eines Ausgleichs kultureller Differenzen im Sinne einer „Einheit in der Vielfalt“ in einem zusammenwachsenden Europa an Bedeutung. Die entflammte Diskussion über Kulturföderalismus und die Rolle des Bundes in der Kulturpolitik der 1990er Jahre wurde damit von der Frage der europäischen Natur und der Herausforderungen der deutschen Einheit bestimmt. Insbesondere der Art. 35 des Einigungsvertrages machte den Bund zu einem wichtigen Förderer von Kunst und Kultur in den neuen Bundesländern und erweiterte damit die bundespolitische Agenda der Kulturpolitik.²⁰⁰

Seit Mitte der neunziger Jahre wurde die Zielrichtung der Debatte über den deutschen Kulturföderalismus deutlicher und schärfer konturiert. Es ging nun um die Justierung der institutionellen Strukturen und inhaltlichen Aufgaben der von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam wahrgenommen kulturpolitischen Verantwortung. Ein wesentlicher Fokus der Debatte stellte die eigenständige Rolle des Bundes in der Kulturpolitik

¹⁹⁸ Aussprache zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Plenarprotokoll 14/5 vom 12. 11. 1998, S. 256.

¹⁹⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 02. 2003.

²⁰⁰ Vgl. Schultze-Filitz, Helmut: Art. 35 Einigungsvertrag – Freibrief für eine Bundeskulturpolitik? In: Neue Juristische Wochenschrift, 44(39), S 2456–2460. Dazu auch Hense, Ansgar: Bundeskulturpolitik als verfassungs- und verwaltungsrechtliches Problem. In: Deutsches Verwaltungsblatt, 115 (6), S 380–381.

dar, die in der Forderung nach der Einrichtung eines Bundeskulturministeriums gipfelte.²⁰¹ Konsens bestand darin, dass aus den Veränderungen der politischen Landschaft neue Aufgaben für den Bund erwachsen seien und dass auch die bestehenden kulturellen Kompetenzen des Bundes stärker gebündelt werden sollten. Die einzelne Sichtweisen spiegelten sich sogar im Bundestagswahlkampfjahr 1998 wider, indem zum ersten Mal kulturpolitische Themen neben wirtschaftlichen und sozialpolitischen in den Wahlprogrammen zum Ausdruck kamen.²⁰² Beispielsweise kündigte Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat an, nach einem Wahlsieg einen Schwerpunkt auf die Kulturpolitik zu legen.²⁰³

Gemäß ihres Wahlversprechens schrieb die neugewählte rot-grüne Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 der Kultur einen höheren Stellenwert zu²⁰⁴. Sie forderte eine vollständige Bestandsaufnahme der kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes und versprach bessere Kulturforschung und Kulturstatistiken.²⁰⁵ Die Behörde des Beauftragten für Kultur und Medien wurde geschaffen und im Januar 1999 angesichts der symbolischen wie protokollarischen Aufwertung der Bundeskulturpolitik zum Staatsminister erhöht²⁰⁶. Da nach wie vor die Kultur-

²⁰¹ Vgl. Häberle, Peter: Kulturhoheit im Bundesstaat – Entwicklung und Perspektiven. In: Archiv des öffentlichen Rechts, 124 (4) 1999, S 549–582.

²⁰² Das SPD-Wahlprogramm von 1998 stellt fest: „Kulturelle Vielfalt kann sich am besten im Föderalismus entwickeln. Wir brauchen im Kulturellen keine neue Bundeszuständigkeit, sondern eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern.“ Das grüne Wahlprogramm betont hingegen: „Kulturelle Vielfalt und Künstlerische Freiheit stellen zentrale Existenzbedingungen einer demokratischen Gesellschaft dar. Der Bund hat die Existenz der von ihm mitgetragenen Kultreinrichtungen, länderübergreifenden Förderungen und kulturellen Modellprojekte nach neuen Kriterien zu sichern.“ Siehe: <http://archiv.spd.de/suche/archiv/pttleipzig/programm/10.htm#Kultur%20und%20Künste%20sind%20unverzichtbar>.

²⁰³ Vgl. Rede des Bundesminister des Auswärtigen anlässlich der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts am 26. November 1998. <http://www.goethe.de/ne/hel/deifi.htm> vom 12. 06. 2002.

²⁰⁴ Vgl. Drucksache 14/1266 vom 20. 11 1998, S. 20.

²⁰⁵ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU Fraktion über Finanzielle Förderung von Kunst und Kultur. Drucksache 14/3420 vom 18. 05. 2000, S. 1.

²⁰⁶ Der BMK ist oberste Bundesbehörde und untersteht unmittelbar dem Bundeskanzler. Beauftragte sind nicht ungewöhnlich und in Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GG sogar ausdrücklich genannt. Ein amtrechtliches Problem ergab sich daraus, dass der Regierungsbeauftragte nicht zum Parlamentarischen Staatssekretär ernannt werden konnte, da er nicht Mitglied des Deutsche Bundestages ist. Nach der Änderung (15. 1. 1999) des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vom 24. 7. 1974 – der sog. „Lex-Naumann“ – „konnte ‚Nur-Beauftragte‘, zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler ernannt werden ... die Pointe der Bezeichnung ... liegt darin, dass ein bemer-

hoheit der Länder gewahrt werden sollte, konzentrierten sich die kulturpolitischen Maßnahmen des Bundes (des Kulturbeauftragten) im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung vor allem auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst und Kultur, den Aufbau und die Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer kultureller Einrichtungen sowie die Bewahrung und den Schutz des kulturellen Erbes.²⁰⁷ Als Pendant zu Naumanns Amt wurde im Bundestag erstmals in seiner Geschichte ein Kulturausschuss für Kultur und Medien eingerichtet, dem Elke Leonhard (SPD), seit Juni 2000 Monika Griefahn (SPD) vorsah. Der Ausschuss wurde auch für Fragen der auswärtigen Kulturpolitik zuständig, so erlosch der bisherige Unterausschuss Auswärtige Kulturpolitik.

Auswärtige Kulturpolitik spielte bei der Diskussion über kooperativen Kulturföderalismus eine Randrolle. Peripher wurde die kulturelle Außenrepräsentanz auch im Koalitionsvertrag vom Oktober 1998 thematisiert. Dort wurden lediglich die Reform des Auslandsrundfunks, sprich: der Deutschen Welle, beabsichtigt²⁰⁸ und die außenkulturpolitischen Aufgaben in einem kurzen Absatz erwähnt. Demnach sollte die auswärtige Kulturpolitik einen offenen interkulturellen Dialog zur Unterdrückung der Feindbilder fördern.²⁰⁹ Schröder streifte die auswärtige Kulturpolitik in seiner Regierungserklärung vom November 1998 im Zusammenhang mit der Außen- und Sicherheitspolitik: „Als dritte Säule unserer Außenpolitik wer-

kenswerter Gleichklang mit einigen Landesministern geschaffen wird und es demzufolge zu einer symbolischen wie protokollarische Aufwertung der Bundeskulturpolitik kommt ... Da dem Bundeskanzler aber nicht beliebiges als Krypto- oder Quasiressort angegliedert werden kann, ist die gewählte organisatorische Lösung verfassungsrechtlich bedenklich.“ (Hense: Bundeskulturpolitik als verfassungs- und verwaltungsrechtliches Problem, S 381f.) In der Presse sprach man vom „Mini-Ministerium“ (die Zeit), die CDU/CSU-Fraktion schrieb dem BKM „nicht einen Platz am Kabinetttisch, aber einen im Kuriositätenkabinett Deutscher Rechtsgeschichte“ zu (Protokoll Sp. 469 C, Deutscher Bundestag).

²⁰⁷ Im einzelnen wurden dem Kulturbeauftragten folgende Themenbereiche zugeschrieben: die kulturelle Förderung der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn; die Unterstützung der Länder und Kommunen bei ihren gesamtstaatlich wichtigen kulturellen Aktivitäten; die Umsetzung der neuen Konzeption für die historischen Gedenkstätten; die Realisierung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin; das Aufbauprogramm Kultur in den neuen Ländern; die Stiftung Preußischer Kulturbesitz; das Projekt Nationalstiftung für Kunst und Kultur; Buchpreisbindung; die Reform des Stiftungsrechtes (Stiftungssteuerrecht und ziviles Stiftungsrecht). Die kulturpolitischen Ziele der Bundesregierung. http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/ix4562_.htm (08. 11. 01) und die Agenda 1999 des BKM. <http://www.bundeskanzler.de/02/0203/index9a.html>.

²⁰⁸ Vgl. Drucksache 14/1266 vom 20. 11. 1998, S. 20.

²⁰⁹ Ebd. S. 20f.

den wir die auswärtige Kulturpolitik stärken und ausbauen. Das ist gerade unter den Bedingungen der Globalisierung unverzichtbar. Wir wissen aus eigener Erfahrung: Frieden braucht wirtschaftliche Entwicklung, und die wirtschaftliche Entwicklung braucht Frieden.“²¹⁰

Außenminister Joschka Fischer spezifizierte vor der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts in München am 26. November 1998²¹¹ die von Schröder eingedeutete²¹² neue konzeptionelle außenkulturpolitische Ausrichtung. Er ging in seinem Vortrag auf die Verzahnung der auswärtigen Kulturpolitik mit den neuen Schwerpunkten der allgemeinen Außenpolitik ein. Demnach sollte die Kulturarbeit im Ausland „vor dem Hintergrund der deutschen jüngeren Geschichte“²¹³ stärker in den Dienst von Menschenrechten, Demokratie und Kulturdialog rücken und dadurch einen Beitrag zur Friedenspolitik leisten. Theoretisch wurde damit der auswärtigen Kulturpolitik ein höherer Stellenwert beigemessen, da sie mehr als „bloße Repräsentanz“ des Landes im Ausland und als Standortsicherungspolitik sein sollte, so Fischer bei Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien im Dezember 1998²¹⁴. Die Menschenrechte sollten zwar in der Zukunft eine wichtige Rolle in der auswärtigen Kulturpolitik spielen. Dennoch lehnte Fischer die Kritik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ab, dass es zur Umgewichtung der außenkulturpolitischen Präsenz komme und die Gegenden, wo Menschenrechte beachtet werden, z.B. in den USA, vernachlässigt würden.²¹⁵ Zudem wies der Außenminister bei einem Interview in der Zeitschrift für Kulturaustausch den Vorwurf des „menschenrechtlichen Kulturimperialismus“ zurück, da die Grundideen der Menschenrechte so fundamental und kulturübergreifend seien, dass sich ihnen nichts Kulturbedrohliches oder Kulturimperialistisches entnehmen lasse.²¹⁶

Weithin sprach sich Fischer gegen eine Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik für die Außenwirtschaftsförderungen aus: „Darin liegt die eigentliche Herausforderung, vor der die AKP steht – so wichtig Wirtschaftsförderung und Standortfragen auch in der AKP und in der

²¹⁰ Plenarprotokoll 14/3 vom 10. 11. 1998.

²¹¹ Vgl. <http://www.goethe.de/ne/hel/deifi.htm> vom 12. 06. 2002.

²¹² Vgl. Kap. 2.2.

²¹³ Vgl. Trendwende in der Auswärtigen Kulturpolitik, Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 4/1998.

²¹⁴ 3. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien, Protokoll 14/3 vom 2. 12. 1998, S. 6.

²¹⁵ Ebd. S. 9f.

²¹⁶ Vgl. Zeitschrift für Kulturaustausch 4/1998.

Außenpolitik sind -, ich möchte sie nicht für gering schätzen. Wir sollten auch verstärkt die Kooperation mit der Wirtschaft suchen. Der Wettbewerb wird zum elementaren Ordnungsprinzip dieser globalisierten Welt werden. Aber das muß eingebettet sein in einen größeren Wertezusammenhang.“²¹⁷ Mit dem Wunsch nach einer besseren Zusammenarbeit der auswärtigen Kulturpolitik mit der Wirtschaft²¹⁸ (z.B. Stipendien zur Ausbildung der ausländischen Führungskräfte, Förderung von Deutsch als Wirtschaftssprache oder Wissenschafts- und Forschungskooperation) erklärte sich Fischer für die Beseitigung des oft fragmentarischen Denkens, das in diesem Bereich herrschte. Als „spezifisch Deutsch“ bezeichnete er die Diskussion, ob Sprache, Kultur und wirtschaftliche Leistungen zusammen vermittelt werden dürfen, was z.B. in Frankreich nie problematisiert würde.²¹⁹

Modernisiert werden sollte auch die Minderheitenförderung. Der Außenminister bezeichnete Begriffe wie „Deutschtum“ für „irreführend“. Den deutschen Minderheiten sollte seiner Meinung nach die „Bundesrepublik Deutschland des 21. Jahrhunderts in all ihren Widersprüchlichkeiten“²²⁰ vermittelt werden, wobei keine Minderheitengruppen, wie bisher die in den MOE- und GUS-Staaten, bevorzugt werden sollten. Zugleich wurde als eine der ersten institutionellen Änderungen auf dem außerkulturpolitischen Gebiet dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VdA) Einhalt geboten. Der Verein hatte im „Dritten Reich“ mit den Nationalsozialisten kollaboriert, trotzdem war er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht verboten und zu Beginn der 90er Jahre sogar von der Regierung Kohl mit der Aufgabe betraut worden, deutsche Minderheiten in Osteuropa zu betreuen. Die Auflösung des VdA erfolgte auf Verdachtsmomente hin, er würde Volkstumspolitik und Mittelverschwendung betreiben.²²¹

Bei der weiteren organisatorischen „Flurbereinigung“ knüpfte die neue Bundesregierung an Reformbemühungen an, die seit Mitte der 90er Jahre

²¹⁷ Drucksache 14/1266 vom 20. 11. 1998, S. 21.

²¹⁸ In Deutschland versucht man seit Jahren, das Interesse der Wirtschaft an der Kultur wieder zu gewinnen. Um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland über 100 000 Stiftungen, heute sind es wenige tausend – auf Landesgröße und Bevölkerung umgerechnet etwa halb soviel wie in den Vereinigten Staaten. Vgl. dazu Zeitschrift für Kulturaustausch 1/99.

²¹⁹ Vgl. Protokoll 14/3 vom 2. 12. 1998, S. 9.

²²⁰ Ebd. S. 7.

²²¹ Vgl. Der Spiegel 35/1992. Vgl. dazu auch die Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste „Der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Verwendung von Bundesmitteln zur Förderung deutscher Minderheiten in osteuropäischen Ländern und der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt“. Bundestagsdrucksache 12/4424 vom 24. 02. 93.

vorherrschten. Der dringliche Ruf nach Reformen und die Kritik an der außerkulturpolitischen Präsenz Deutschlands basierte nicht nur auf dem veränderten internationalen Umfeld, dem die seit den 1970er Jahre unveränderte Konzipierung der auswärtigen Kulturpolitik noch Rechnung zu tragen hatte. Eine entscheidende Rolle spielten dabei auch die seit dem Jahre 1995 anhaltenden Mittelkürzungen.²²² In dieser Hinsicht wirkten die fiskalischen Schwierigkeiten auf die notwendige Erneuerung der ‚alten Konzeption‘ positiv – die Sparzwänge katalysierten das Reformprozess. Hierbei waren für die Ausarbeitung innovativer Vorschläge die Bestandsaufnahmen der auswärtigen Kulturpolitik unentbehrlich. So legte die Bundesregierung jährlich, vom Jahre 1995 angefangen, ein (Sachstands) Bericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vor²²³. Die im Jahre 1997 bilanzierende Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zur Auswärtigen Kulturpolitik, ähnlich wie die zwei Jahre später stattgefundenene Anhörung²²⁴, erbrachten einen parteiübergreifenden Konsens: Das institutionelle Gefüge der Auslandskulturarbeit bedürfe an sich keiner grundlegenden Reform. Vielmehr seien Änderungen innerhalb des bewährten Systems vorzunehmen.²²⁵ Konkret wurden im Hinblick auf die Sparzwänge Synergieeffekte angestrebt und die Erarbeitung eines Strategiepapiers „Netzwerk Kultur und Wirtschaft“ sowie der verstärkte Einsatz neuer Medien in der Auslandskulturarbeit gefordert. Weithin wurde eine Verbesserung der Zusammenarbeit unter den Mittlerorganisationen erwünscht. Zur effektiven Vernetzung der Mittler sollte künftig die Erstellung länderspezifischer Konzeptionen beitragen, die der Beirat für Auswärtige Kulturpolitik erarbeiten sollte, dem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien angehören und der seit April 1996 den Bundesminister des Auswärtigen berät.²²⁶ Bevor die neue Bundesregierung diese Vorschläge ergriff, nahm sie sich vor, eine Bestandsaufnahme und den Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik für das Jahr 1998 erarbeiten zu lassen. Somit sollte die Wahrnehmung Deutschlands in der Welt und das internationale Umfeld überprüft werden, bevor die nächsten außerkulturpolitischen Schrit-

²²² Vgl. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1998), Drucksache 14/1266 vom 23. 06. 1999, S. 4.

²²³ Vgl. Kap. 2.1.

²²⁴ Vgl. Anhörung zur Auswärtigen Kulturpolitik der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 29. November 1999.

²²⁵ Vgl. Kap. 2.1.

²²⁶ Wortprotokoll der 62. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. 04. 1997.

te präzisiert wurden und die Außendarstellung Deutschlands seinen inneren Veränderungen gerecht wurde.

Trotz aller Reformbemühungen trat innerhalb kurzer Zeit allerdings eine ernüchternde Erkenntnis ein. Schon im November 1998 zeigte sich, dass die neue Behörde des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien nur teilweise die Bundes- und auswärtige Kulturpolitik bündeln konnte. Die auswärtige Kulturpolitik sollte zwar zunächst stärker in Naumanns Aufgabenfeld einbezogen werden. Dennoch entschied der Bundeskanzler nach einer Reihe von Abstimmungsproblemen zwischen einzelnen an der ausen-kulturpolitischen Arbeit beteiligten Ministerien, es sei sachgerecht, die Zuständigkeit für die auswärtige Kulturpolitik mit Ausnahme der kulturellen Angelegenheiten der EU weiterhin beim Auswärtigen Amt zu belassen.²²⁷ Andere Bundesministerien erfuhren ihre Funktionsverluste in ihrer ausen-kulturpolitischen Agenda insofern, als der Kultur- und Medienbeauftragte künftig für die Deutsche Welle (früher in der Verantwortung des Bundesinnenministeriums (BMI), einen Teil der wissenschaftlichen Institute im Ausland, deutsche Minderheitenkultur in Osteuropa (bislang beim BMI) und für internationale Medienpolitik (bis dahin beim Bundesministerium für Bildung und Forschung) zuständig sein sollte.²²⁸ Die Ressortdiffusion²²⁹ wurde demnach nicht behoben. Im Gegenteil, sie wurde noch um einen weiteren Akteur erhöht.²³⁰ Dennoch plante die rot-grüne Regierung für die auswärtige Kulturpolitik eine konzeptionelle, strukturelle und inhaltliche Neuausrichtung. Die nächsten ausen-kulturpolitischen Schritte mussten noch spezifiziert werden, um den vage definierten ausen-kulturpolitischen Zielen klare Konturen zu geben.

Revolution oder Reform unter Rot-Grün? Die neue ausen-kulturpolitische „Konzeption 2000“ unter der Regierung Schröder

„Die Leitsätze für die Auswärtige Kulturpolitik aus den 1970er Jahren gelten bis heute fort, das zeigt [...] einen Erneuerungsbedarf, denn es hat sich ja seit den 1970er Jahren ohne jeden Zweifel in dieser Welt Einiges getan. Vor allen Dingen gab es doch seit 1989 dramatische Veränderungen,

²²⁷ Protokoll 14/3 vom 2. 12. 1998, S. 6.

²²⁸ Die Agenda 1999 des BKM. <http://www.bundeskanzler.de/02/0203/index9a.html>, S. 16.

²²⁹ Siehe oben.

²³⁰ Vgl. Schulte: S. 149.

die die politische kulturelle Landschaft im weitesten Sinne, aber auch die inhaltlichen Themenfelder entsprechend verändert haben.“ Mit diesem Argument kündigte Bundesaußenminister Joschka Fischer am 29. November 1999 vor der öffentlichen Ausschusssitzung mit den Sachverständigen eine Umstrukturierung der staatlichen ausenkulturpolitischen Bemühungen an.²³¹ Zwei Tage später stellte Fischer der Bundesregierung und dem Bundesausschuss für Kultur und Medien unter dem Titel „Konzeption 2000“ die neuen Leitlinien für die künftige auswärtige Kulturpolitik vor.²³² Der Öffentlichkeit wurde die fünfteilige Neukonzeption schließlich acht Monate später, am 4. Juli 2000, im Rahmen eines Forums zur „Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik“ im Neubau des Auswärtigen Amtes in Berlin offiziell präsentiert.²³³ Die Wahl des Veranstaltungsorts war symbolisch: Berlin hatte sich seit der Wiedervereinigung nicht nur zur neuen Kulturdrehscheibe Deutschlands entwickelt. Seit September 1999 hatte die Metropole an der Spree auch das beschauliche Bonn als offiziellen Regierungssitz abgelöst.²³⁴

Der erste Teil der neunzehnteiligen „Konzeption 2000“ behandelte die ausenkulturpolitischen Grundsätze und Ziele. Die auswärtige Kulturpolitik sollte sich als integraler Bestandteil der Außenpolitik nach den allgemeinen außenpolitischen Zielen und Interessen richten, also in erster Linie der Konfliktprävention und Friedenssicherung. Aufgrund dessen sollte die Kulturarbeit im Ausland nicht neutral sein, sondern sich an den Grundwerten Demokratie, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung orientieren. Damit wurde die Verschmelzung der auswärtigen Kulturpolitik mit der Außenpolitik erklärt. Fischer ging auf diese Änderung in seiner Eröffnungsrede des Präsentationsforums ein, indem er betonte, dass die auswärtige Kulturpolitik nicht allein für das „Gute, Schöne, Wahre“ zuständig sei. Deshalb, so der Bundesaußenminister, ließen sich die auswärtige Kulturpolitik und die Außenpolitik „nicht länger in eine ‚erste‘ und eine ‚dritte‘ Säule trennen“²³⁵. Beispielsweise im sog. Stabilitätspakt der EU für

²³¹ Vgl. Fischer, Joschka bei Anhörung zur Auswärtigen Kulturpolitik der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen am 29. November 1999, S. 44.

²³² Vgl. Web-Archiv des Auswärtigen Amtes: www.auswaertigesamt.de.

²³³ Vgl. Forum: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, den 4. Juli 2000, Berlin 2000.

²³⁴ Vgl. Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Geschichte und Funktion. Architektur und Kunst, Berlin 2002.

²³⁵ Rede des Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joschka Fischer, zur Eröffnung des Forums: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, den 4. Juli 2000. Berlin 2000, S. 6.

Südosteuropa²³⁶ berühren die langfristig angelegten Auswirkungen der auswärtigen Kulturpolitik die täglich operative Außenpolitik, indem die Universitäten im Donaoraum wieder in die europäischen Bildungsnetzwerke einbezogen werden.²³⁷

Der weltweiten Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft wurde im ersten konzeptionellen Teil große Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde geplant, verstärkt für Deutschland als Wissenschafts-, Hochschul- und Wirtschaftsstandort zu werben. Dabei wurde der Föderalismus als Gestaltungsprinzip unterstrichen, da die auswärtige Bildungskulturpolitik, ebenso wie die deutsche auswärtige Kulturpolitik insgesamt, auf der Basis innerstaatlicher Kultur- und Bildungspolitik entfaltet und als Teil der europäischen Kultur präsentiert werden sollte. Betont wurde zudem der Kontext des weltweiten interkulturellen Austausches. Schwerpunktmäßig erstrebt die Konzeption weiterhin den weltweiten Kulturdialog, wobei dieser im Aus- und Inland verlaufen soll.

In institutioneller Hinsicht geht die „Konzeption 2000“ auf die Hauptakteure der auswärtigen Kulturpolitik und ihre Funktionen nur kurz ein, da sich in diesem Hinblick seit den 25 Jahren nach der ersten ausenkulturpolitischen Konzeption wenig änderte und ändern sollte. Als Ziel wurde das „konzentrierte Vorgehen“ der beteiligten Bundesressorts, Länder und Mittlerorganisationen ausgegeben, wobei die politische Verantwortung nach wie vor beim Außenminister und die politische Steuerung und Koordinierung bei der „Abteilung für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ bleiben sollte. Bei der engen Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den zuständigen Parlamentsausschüssen werden die Kontakte und Konsultationen mit der Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik hervorgehoben. Ferner wurde die für die deutsche auswärtige Kulturpolitik charakteristische „weitgehend freie“ Programmgestaltung der unterschiedlich ausgerichteten Mittlerorganisationen wiederholt. Im Hinblick auf die föderale Arbeitsteilung wurde die enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, trotz der ausenkulturpolitischen Kompetenz beim Bund, nochmals explizit

²³⁶ Vgl. Der Stabilitätspakt wurde am 10. 06. 1999 im Köln unterschrieben. Ziel des Stabilitätspakts ist es, Staaten in Südosteuropa bei ihren Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstandes zu stärken. Vgl. http://www.auswaertigesamt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/westlicher_balkan/index_html.

²³⁷ Vgl. Fischer, Joschka: Schöne Künste mit politischer Wirkung, 3. Stuttgarter Schlossgespräch. <http://www.ifa.de/ssg3/difscher.htm> vom 21. 03. 2003.

betont und mit der „Lindauer Absprache“²³⁸ belegt. Ein kulturpolitischer Akteur fand hingegen in der „Konzeption 2000“ kaum Beachtung: Der Beauftragte für Kultur und Medien wurde nur in Klammern als einer der Partner in der auswärtigen Medienpolitik erwähnt.

Zählt der zweite Teil der Konzeption nochmals kurz die maßgebenden ‚aktuellen‘ Herausforderungen für eine Neujustierung der auswärtigen Kulturpolitik auf – die Wiedervereinigung, die historische Verantwortung Deutschlands, die Globalisierung, die europäische Einigung, den wachsenden Bedarf an Konfliktprävention sowie nicht zuletzt die Sparzwänge der öffentlichen Hand skizziert der dritte Teil die strukturelle und inhaltliche Anpassung der Außenkulturpolitik und zeigt eine „Strategie für die unmittelbare Zukunft“ auf. Ihr zufolge sollte Deutschland mehr konfliktpräventive Foren des Dialogs initiieren und zugleich den Menschen weltweit helfen, beim Globalisierungsprozess ihre kulturelle Identität aufrechtzuerhalten. Dabei wurde aus inhaltlichen und finanziellen Gründen die „Bündelung der Kräfte“, die der Personen und Einrichtungen vor Ort und anderen Trägern der Auslandskulturarbeit, akzentuiert. Angesichts der Tatsache, dass die Kosten für Auslandsschulen und institutionelle Förderung über 70 Prozent des außenkulturpolitischen Haushaltes ausmachten²³⁹, wurde geplant, die Programmkosten zu erhöhen. Dabei sollte die nach Qualität, Relevanz und Nachhaltigkeit gemessene Effektivität auf der Grundlage externer Evaluation erzielt werden. Eine höhere Effizienz sollte u.a. durch eine Auswahl der Schwerpunktregionen erreicht werden. Das Hauptaugenmerk fiel dabei auf die Nachbarstaaten in Mittel-, Ost- aber auch Südosteuropa, sowie auf Schwellenländer, Wachstumsregionen außerhalb Europas und auf die Staaten auf dem Weg zu Demokratisierung und Verwirklichung der Menschenrechte. Angesichts der knappen Ressourcen sollten nun künftig Zielgruppen mit einem hohen multiplikativen Potenzial stärker berücksichtigt werden. Somit sollte die Beachtung weniger der breiten Bevölkerung als vielmehr den Führungseliten geschenkt werden. Weithin wurde bei der außenkulturpolitischen Arbeit die Abschaffung der nationalrechtlich bedingten Hürden, z.B. die Anerkennung von Bildungsabschlüssen gefordert. Nicht zuletzt sollten in der unmittelbaren Zukunft die neuen Medien wie CD-ROM, DVD

²³⁸ Vgl. Kap. 2.1.

²³⁹ Vgl. „Konzeption 2000“ <http://www.auswaertiges-amt.de-www-de-infoservice-download-pdf-kultur-konzept2000.pdf>, S. 6.

und vor allem das Internet angesetzt werden.²⁴⁰ Die auswärtige Medienpolitik (AMP) gewinne zunehmend an Bedeutung, heißt es in der Konzeption. Dies kommt an der besonderen Stellung der AMP in den „Strategiepapieren“ zum Ausdruck. Das Auswärtige Amt versprach, seine Zentrale, die Auslandsvertretungen und die Mittler mit der modernsten Kommunikationstechnologie auszustatten. Die vom Institut für Auslandsbeziehungen betreute Homepage der Mittlerorganisationen „deutsche-kultur-international.de“ sollten erweitert, das „Deutschland-Portal“ „deutschland.de“ im Internet durch das Goethe-Institut, Inter Nationes und die Deutsche Welle aufgebaut und ein Multimediasprachkurs 2000 entwickelt werden.²⁴¹

Die sog. „Strategiepapiere“, die den vierten und umfangreichsten konzeptionellen Teil bilden, gehen zuerst auf Haushalts- und Strukturfragen ein. Es wurde eine unerfreuliche Bilanz gezogen, da seit dem Jahre 1992 die Ansätze für den Kulturhaushalt des AA „um nominal 7,8 Prozent zurückgegangen [sind], real macht sich dieser Rückgang wegen der gestiegenen Preise und Löhne noch erheblich stärker bemerkbar.“²⁴² Zusätzlich wurde keine Hoffnung in eine bessere zukünftige finanzielle Lage des (Kultur)Haushaltes gesetzt und weitere Einsparungen in den kommenden Jahren angedeutet. Als „besonders sichtbar betroffen“ wurde dabei das Goethe-Institut bezeichnet und weiterhin drohenden (Teil)Schließungen das Zauberwort ‚Effizienz‘ entgegengesetzt, die sich vor allem in der Verringerung der Personal- und Sachkosten, der Aufgabenkonzentration und „struktureller Flexibilität“ niederschlagen sollte. Der Programmarbeit sollte die anvisierte Fusion von Goethe-Institut und Inter Nationes (GIIN) zugute kommen. Es wurde ferner beabsichtigt, die Finanzplanung des Bundes mittelfristig sicherzustellen, um dem Goethe-Institut und den übrigen Mittlerorganisationen z.B. Projektmittel nicht nur einjährig zur Verfügung zu stellen und so mehr Flexibilität und Planungssicherheit zu ermöglichen. Im Hinblick auf eine höhere Effektivität wurden auch die bislang „nicht erfolgreichen“ gemeinsamen europäischen Kulturinstitutionen eingeplant.

²⁴⁰ „Konzeption 2000“, S. 2–5.

²⁴¹ „Konzeption 2000“, S. 9.

²⁴² „Konzeption 2000“, S. 5. Dazu auch: Die Entwicklung der Ausgaben des Bundes auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik im 6. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (2001), S. 6.

Die europäische Kulturpolitik wurde zusammen mit der multilateralen (auswärtigen) Kulturpolitik²⁴³ als eigener Schwerpunkt in der „Konzeption 2000“ herausgehoben. Dies war ein Ausdruck des neukonzeptionellen Bestrebens engerer Koordination und Arbeitsteilung der wichtigsten multilateralen Organisationen, insbesondere von EU, Europarat und UNESCO. Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)²⁴⁴ wurde beispielsweise beauftragt, sich um eine „bessere Verankerung der multilateralen Zusammenarbeit“ zu bemühen. Das deutsche Interesse richtet sich dabei vor allem auf die Programme zum Schutz des Weltkultur- und Naturerbes. Geschichtsorientiert war eine der Initiativen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, wohl auch deshalb, da Deutschland in Belangen der Vergangenheitsbewältigung international bis dato eine führende Rolle einnimmt. Das Ziel war, die Geschichte in die kulturelle Tätigkeit der Gemeinschaft mit zu integrieren. In der Konzeption heißt es, diese „Geschichtsvermittlung“ sei „von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Osterweiterung“²⁴⁵, durch die Europa nach Jahrzehnten der Blockkonfrontation ein wiedervereinigter Kontinent wird. Die Beitrittsländer wurden ein weiteres Mal in der Konzeption erwähnt. Im Rahmen der europäischen Kulturpolitik wurden neben den während der deutschen EU-Präsidentschaft gegebenen Impulse²⁴⁶ die EU-Bildungsprogramme näher skizziert. Dabei sollten noch mehr ausländische Programmteilnehmer für einen Studienaufenthalt an deutschen Hochschulen gewonnen werden, insbesondere Studenten aus den Beitrittsländern.

Unter der Überschrift „Wissenschaft- und Hochschulbereich“ wurde der Wunsch geäußert, dass Deutschland als Wissenschafts- und Studien-

²⁴³ Die multilaterale auswärtige Kulturpolitik bezeichnet die Beteiligung Deutschlands an den Programmen zwischenstaatlicher Organisationen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kommunikation und Menschenrechte. Akteure sind staatliche Stellen des Bundes und der Länder, Mittlerorganisationen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen sowie einzelne Experten. Vgl. Schöfthaler, Traugott: Der Beitrag der Deutschen UNESCO-Kommission zur Multilateralen Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands. In: UNESCO heute 4/2000, S. 1f.

²⁴⁴ Die deutsch UNESCO-Kommission ist eine der Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik. Sie hat sich inzwischen zu einem Modell des Dialogs zwischen staatlichen Akteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft entwickelt. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung und die übrigen zuständigen Stellen in UNESCO-Belangen zu beraten, an der Verwirklichen der UNESCO-Programms in Deutschland mitzuarbeiten und den Dialog mit Institutionen, Fachorganisationen und Experten zu organisieren. Vgl. UNESCO heute 4/2000, S. 4.

²⁴⁵ Vgl. „Konzeption 2000“ S. 10.

²⁴⁶ Vgl. Kap. 2.2.

standort im Ausland Magnetwirkung auf ausländische Studenten ausüben solle. Nur so könne das Land als Wirtschaftsstandort dem internationalen Wettbewerb standhalten. Dabei wurde das Ziel aufgestellt, den Anteil ausländischer Studierender in Deutschland auf 10 Prozent und den der Auslandsaufhalte deutscher Studenten auf 20 Prozent zu erhöhen. Die erhöhte Aufmerksamkeit, die der Bildungspolitik gewidmet wurde, kam schon im Jahre 1998 zum Ausdruck, als ein Beauftragter für Hochschulmarketing im Ausland²⁴⁷ ernannt wurde. Zudem nannte das Auswärtige Amt 2001 die Kulturabteilung in „Abteilung für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ um. Seitdem wurde neben dem Begriff „Auswärtige Kulturpolitik“ auch die Bezeichnung „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ (AKBP) verwendet.²⁴⁸ Die Akzentuierung des Bildungsbereiches belegt zudem die Höhe der Finanzmittel, die oft mehr als die Hälfte des Kulturhaushaltes umfasst.²⁴⁹ Auch hier wurden jedoch Sparmaßnahmen eingeplant, indem beispielsweise Voll- in Teilstipendien übergehen sollten.

Besonders deutlich wurden die Einsparungen bei Bestrebungen zu stärkerer Bündelung der Sprachförderung, eines weiteren Schwerpunktes der Konzeption. Die an der Sprachförderung beteiligten Stellen und Mittler sollten sich künftig besser untereinander koordinieren und mit örtlichen Sprachkursanbietern zusammenarbeiten. Nicht zuletzt waren finanzielle Kürzungen auch für das deutsche Auslandsschulwesen vorgesehen. Der sorgfältigen Einzelprüfung sollte dabei die personelle und materielle Förderung der Schulen unterzogen werden, um sie dann den Sparbeschlüssen anzupassen. An einer innenkulturpolitischen Komponente der auswärtigen Sprachpolitik sollte jedoch nicht gespart werden, der Ausweitung des Fremdsprachenunterrichts an Schulen in Deutschland.

Zusammenfassend gesehen erweitert die „Konzeption 2000“ die außenkulturpolitische Leitsätze der 1970er Jahre. Die Kontinuität besteht im

²⁴⁷ Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüdgers, und der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, beschlossen am 03. 07. 1998, den DAAD-Vizepräsidenten Max Huber zum „Beauftragten für internationales Hochschulmarketing“ zu berufen. Huber sollte sich demnächst um die Werbung für den Studienstandort Deutschland kümmern und Hochschulmarketing im Ausland koordinieren und bündeln. Vgl. <http://www.tu-darmstadt.de/wusgermany/studiuminternational/studienstandort%20deutschland/sd%20zwischenbilanz%2098.htm>.

²⁴⁸ Vgl. 6. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001, Berlin 2001, S. 4. Dazu auch Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute, Auswärtiges Amt (Hrsg.), Berlin 2002.

²⁴⁹ Vgl. Ebd. S. 4.

Abschied von Kulturpropaganda zugunsten des Kulturaustausches und in der Bewahrung größtmöglicher Unabhängigkeit der Mittlerorganisationen. Zudem wird die künstliche Trennung der Außenpolitik und der auswärtigen Kulturpolitik in eine erste und eine „dritte Säule“ nicht mehr länger aufrechterhalten, da die außenpolitische sowie die außenkulturpolitische Wertorientierung, die Friedenssicherung, das Streben nach Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte, koinzidieren. Somit sollte die auswärtige Kulturpolitik mit dem offenem kulturellen Dialog u.a. die Konfliktprävention leisten. Die dadurch wachsende außenkulturpolitische Verantwortung für den Weltfrieden sollte zudem trotz Einsparungen Qualität ihrer außenkulturpolitischen Arbeit bewahren. Diese Vorhaben sollten durch mehr Effizienz gelingen, die auf unabhängigen Evaluierungen beruht, wobei die Sparmaßnahmen auch positiv empfunden wurden, da sie zu einer notwendigen und inhaltlich begründeten ‚Zwangsmodernisierung‘ der Strukturen führen. Vorgeschlagen wurden dabei u.a.: mehr Zusammenarbeit auf unterschiedlichsten Ebenen; regionale und programmatische Schwerpunktsetzung, länderspezifische Vorgänge, Synergieeffekte unter den Mittlerorganisationen, strukturelle Flexibilität, Multiplikatoreneffekte und Einsatz neuer Medien. Konkret wurden regionale Schwerpunkte gesetzt: auf die Nachbarstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Schwellenländer und Wachstumsregionen außerhalb Europas und in die Staaten, die sich auf dem Weg zu Demokratisierung und Verwirklichung der Menschenrechte befinden. Im Hinblick auf inhaltliche Schwerpunkte wurde die verstärkte Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft gefordert. Weithin wurde in der Konzeption der europäischen Kulturpolitik und der in ihrem Rahmen angestrebten „Geschichtsvermittlung“ eine wichtige Rolle zugeschrieben. Der nächste Schwerpunkt, die Sprache, wurde nach wie vor als eine der Kernaufgaben bezeichnet. Außenminister Joschka Fischer erklärte jedoch anlässlich der öffentlichen Präsentation der „Konzeption 2000“, dass es um keinen Wettbewerb mit anderen Weltsprachen gehen sollte, sondern darum, durch die kulturelle Außendarstellung Deutschlands die Menschen neugierig auf die deutsche Sprache zu machen²⁵⁰.

Die Mittlerorganisationen reagierten auf die „Konzeption 2000“ insgesamt positiv. Grundlegend stimmten sie den außenkulturpolitischen Zielen

²⁵⁰ Rede des Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joschka Fischer, zur Eröffnung des Forums: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Forum: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, den 4. Juli 2000, Berlin 2000, S. 8.

und Prinzipien zu. Die wichtigsten Mittler reagierten auf die Reformvorschläge mit eigenen Positionspapieren²⁵¹. Sie beabsichtigten, zukünftig ein gemeinsames Strategiepapier für die Auslandskulturarbeit auszuarbeiten, um die neuen außenkulturpolitischen Ziele in die Praxis umzusetzen. Damit zeigten die an der auswärtigen Kulturpolitik beteiligten Organisationen ihre Bereitschaft, sich nach der neukonzeptionellen Zielsetzung zu richten und ihre Aktivitäten stärker zu vernetzen. Bei allen Vorteilen der verstärkten Zusammenarbeit einzelner Akteure wurde auch auf Gefahren aufmerksam gemacht. Die Unabhängigkeit der Mittlerorganisationen, so deren Kritik, könne nämlich durch eine Clearingstelle gefährdet werden. Des Weiteren warnte beispielsweise die Kultusministerkonferenz vor einer Diskrepanz zwischen den hohen programmatischen Ansprüchen und den zur Verfügung stehenden (bescheidenen) finanziellen Mitteln²⁵².

Auf der politischen Ebene stießen die neuen Grundsätze und Ziele der auswärtigen Kulturpolitik im Kern ebenfalls auf Zustimmung. Allerdings wurde auch auf die Schwierigkeiten der Umsetzung aller konzeptionellen Vorhaben verwiesen, da nicht nur in Deutschland, sondern europaweit ungenügend Mittel zur Verfügung standen²⁵³. Zwar versprach der neue Außenminister bei seinem Amtsantritt 1998 „mit aller Kraft“ in den Haushaltsberatungen für die auswärtige Kulturpolitik zu kämpfen und die Mittelausstattung des Kulturetats des AA möglichst zum ersten Mal „seit 1993“ zu erhöhen²⁵⁴ (Hier irrte Fischer, die Regierung Kohl hatte den auswärtigen Kulturetat des AA zuletzt 1996 um 1,7% erhöht). Zugleich blieb der neue Außenminister jedoch skeptisch, den Abschiedsworten seines Vorgängers Kinkel vollen Glauben zu schenken, dass nämlich im Hinblick auf den Haushalt des gesamten Auswärtigen Dienstes das ‚Ende der Fahnenstange‘ – also besser ausgedrückt: die Talsohle erreicht sei.²⁵⁵

²⁵¹ Positionspapier zur Auswärtigen Kulturpolitik vorgelegt vom Vorsitz der Kommission für Europäische und Internationale Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz, Bonn, Juni 2000. In: Forum: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, den 4. Juli 2000, Berlin 2000, S. 48–69.

²⁵² Ebd. S. 48.

²⁵³ Vgl. Ausschuss für Kultur und Medien, 23. Sitzung in Berlin, den 01. Dezember 1999, Protokoll 14/23, S. 20. Dazu auch Ausschuss für Kultur und Medien, 58. Sitzung in Berlin, den 04. 07. 2001, Protokoll 14/58, S. 11.

²⁵⁴ Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer: Zeitschrift für Kulturaustausch 4/1998. <http://www.ifa.de/z/98-4/dzfish.htm> vom 17. 06. 2002.

²⁵⁵ Rede des Bundesministers des Auswärtigen anlässlich der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts am 26. November 1998, S. 4. <http://www.goethe.de/ne/hel/deifi.htm> vom 12. 06. 2002.

Fischers Etatbemühungen wurden nicht ganz vom Erfolg gekrönt. Während der auswärtige Kulturetat im AA im Jahr 1999 um 0,3 Prozent erhöht wurde, nahmen zur gleichen Zeit die Gesamtausgaben des Bundes für die auswärtige Kulturpolitik weiterhin ab: um 0,3 Prozent im Jahre 1999, im Jahr 2000 sogar um 3,2 Prozent²⁵⁶. Im Jahre 2001 wuchsen die Gesamtausgaben des Bundes für die auswärtige Kulturpolitik um 2,6 Prozent und der Kulturhaushalt des AA um 2 Prozent, angesichts der sich dramatisch verschlechternden Gesamthaushaltslage wurde jedoch im Jahre 2002 weiterhin gespart und die Prozentzahlen der Veränderung des Kulturhaushaltes gegenüber Vorjahr wieder mit dem Vorzeichen Minus geschrieben.²⁵⁷ Die angekündigte „Trendwende“ fand damit nicht statt. Harald Jähner bedauerte in der Berliner Zeitung die sich rasch zerschlagenen Hoffnungen, die mit dem Regierungswechsel 1998 und einem grünen Außenminister verknüpft gewesen waren.²⁵⁸ Joachim Günter betrachtete in der Neuen Zürcher Zeitung Eichels Sparetat als ‚Killer‘ der „Blümenträume [...], die Kulturschaffende und Kulturinstitutionen beim Wahlsieg der rot-grünen Koalitionäre im Herbst 98 noch hegten.“²⁵⁹

Angesichts fortwährender Sparmaßnahmen musste die Bundesregierung zur Umsetzung der konzeptionellen Grundsätze nach kreativen Lösungen suchen, die die Frage beantworteten: Wie kann die außenkulturpolitische Präsenz mit weniger Mitteln ausgebaut werden? Zudem musste noch präzisiert werden, wo und wie genau die regionalen und inhaltlichen Schwerpunkte in der auswärtigen Kulturpolitik zu setzen sind.

Eine Schlüsselrolle maßen Experten zunächst der Evaluierung der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu. Dieses Bemühen stand allerdings von Beginn an vor Problemen. Im „Gutachten zur Vorbereitung einer Evaluation der Deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“²⁶⁰ wird beispielsweise die strukturelle Schwierigkeit betont, dass es keine kritische Gesamtbewertung der AKBP geben könne. Man wies jedoch darauf hin, dass Bewertung und Vergleichbarkeit der kulturellen Arbeit doch machbar wären, wenn sie auf der Untersuchung von Beispielen und

²⁵⁶ Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2000. In: Drucksache 14/6825 vom 15. 08. 2001. S. 4.

²⁵⁷ 6. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2001, Berlin 2001, S. 6f.

²⁵⁸ Vgl. Berliner Zeitung vom 05. 07. 2000.

²⁵⁹ Neue Zürcher Zeitung vom 02. 12. 1999.

²⁶⁰ Kablitz, Andreas: Gutachten zur Vorbereitung einer Evaluation der Deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, Romanisches Seminar der Universität zu Köln 2002.

höchstens einem sektoralen Vergleich beruhen, der unterschiedliche geographische Gegebenheiten berücksichtige. Eine solche Evaluation der AKBP sei dann sehr nützlich, da sie die Wirksamkeit der deutschen außenkulturpolitischen Arbeit optimieren könne.

Die Fähigkeit zur Selbstevaluation bei den Mittlerorganisationen stand jedoch erst am Anfang. So betrieb beispielsweise das Goethe-Institut keine systematische interne Eigenkritik oder hatte gar Schlüsselindikatoren entwickelt, durch die Kultur „messbar“ geworden wäre und der Erfolg der einzelnen Institute in Relation gesetzt werden konnte. Dies habe bei der Standortpolitik zur Folge, so bekannte Joachim Sartorius, Generalsekretär des Goethe-Instituts, selbstkritisch, dass innerbetriebliche Faktoren wie „Mietvertragslaufzeiten, lokales Arbeitsrecht und Zwänge der Kameralistik eine massive Rolle“ spielen würden.²⁶¹ Zudem stehen nach wie vor machtpolitische Überlegungen im Vordergrund: Viele (und gerade die großzügig ausgestatteten) Goethe-Instituts befinden sich vor allem in Staaten, die entweder den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik teilen oder handelspolitisch von großem Interesse sind. „Moralische und altruistische Motive“, die in der „Konzeption 2000“ im Vordergrund stehen, seien hingegen kaum von Belang, wie Gerald Schneider und Julia Schiller in einer empirischen Analyse der Standortentscheidungen in der auswärtigen Kulturpolitik aufzeigten, und das, obwohl die außenkulturpolitischen Bemühungen häufig gerade in diesen Regionen besonders effektiv wären.²⁶²

Das gesamte Spektrum der auswärtigen Kulturpolitik bedarf mit Blick auf die „Konzeption 2000“ tieferer Beleuchtung. Der konzeptionelle Wegweiser hätte zum Beispiel anhand eines Leitfadens aufzeigen können, wie die Konzeption in konkreten Schritten in die Praxis umgesetzt werden soll. Dafür gab das Leitmotiv „Dialog der Kulturen“, das auch im Inland ausgegeben wurde, also nicht nur nach außen gerichtet ist²⁶³, den notwendigen außenkulturpolitischen Reformschritten erstmals eine richtige Richtung. Schließlich spielte auch bei den Vereinten Nationen (VN) das dialogische

²⁶¹ Joachim Sartorius: Kultur ist messbar. Zur Situation der Goethe-Instituten. In: Frankfurter Rundschau vom 17. 9. 1999.

²⁶² Vgl. Schneider, Gerald; Julia, Schiller: Goethe ist überall. Eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2000, S. 19.

²⁶³ Vgl. Griefahn, Monika: Dialog der Kulturen in Deutschland. Die Herausforderungen für die Auswärtige Kulturpolitik. In: UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission 4/2001.

Prinzip eine besondere Rolle.²⁶⁴ Die UN bezeichneten das Jahr 2001 als das „Internationale Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“. „Dahinter steht die feste Überzeugung, dass ein tieferes interkulturelles Verständnis und die Achtung anderer Kulturen eine entscheidende Voraussetzung für die Verhinderung von Konflikten ist – innerstaatlich ebenso wie zwischenstaatlich“, betonte Joschka Fischer in der Zeitschrift für Kulturaustausch, deren zweite Ausgabe 2001 dem Thema „Mit Kultur gegen Krisen. Kulturdialog als Mittel der Konfliktprävention“ gewidmet wurde.²⁶⁵

Die Notwendigkeit eines intensiven, fruchtbaren kulturellen Dialogs unterstrichen die Schreckensereignisse des 11. September 2001. Die erschütternden Terroranschläge auf das World Trade Center in New York, ein archetypisches Symbol der westlichen Zivilisation, verdeutlichten die mögliche Tragweite negativer Abwehrreaktionen gegen die fortschreitende Globalisierung – einen wachsenden kulturell-religiös aufgeladenen und militanten Fundamentalismus, z.B. im Islam, der sich gegen die westliche Welt und insbesondere die USA richtet. Damit erschien ein tieferes interkulturelles Verständnis, gegenseitige Toleranz bzw. Respekt noch dringender, um Konflikte und Kriege zu vermeiden.

Die „Konzeption 2000“ nimmt das Thema der Konfliktprävention ausdrücklich auf. Diesem Ziel wurde zwar nicht grundsätzlich widersprochen, jedoch vor einer Politisierung der auswärtigen Kulturbeziehungen gewarnt, da schließlich Demokratieförderung, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung die Agenda der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik bilden. Ulrich Irmer (FDP) z.B. wehrte sich beispielsweise gegen einen interkulturellen Dialog, der vom politischen Wohlverhalten abhängig wäre²⁶⁶. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte zu diesem Ansatz: „Autoritärer ist seit der Gründung der Bundesrepublik bisher keine auswärtige Kulturpolitik aufgetreten.“²⁶⁷ Auch die seit dem 21. Mai 2002 amtierende Präsidentin des GIIN und ehemalige Spitze des Verfassungsgerichts, Jutta Limbach, relativierte in einem Interview für Die Zeit die Konfliktprävention als eine Hauptaufgabe der Institute, indem sie sagte, dass „die Goethe-

²⁶⁴ Vgl. UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission 4/2001. Dazu auch: Auswärtige Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert. Antrag der Fraktion der SPD. Drucksache 14/5799 vom 04. 04. 2001.

²⁶⁵ Zeitschrift für Kulturaustausch 2/2001. Schlüsselfrage dieser Ausgabe lautet: Was kann Kultur als ein möglicher Faktor internationaler Krisenprävention leisten?

²⁶⁶ Vgl. 143. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Plenarprotokoll 14/143 vom 18. 01. 2001.

²⁶⁷ Ebd. S. 14086.

-Institute [...] keine kulturelle Eingreiftruppe bei politischen Konflikten [sind]. Vielmehr ist ihre Arbeit auf eine langfristige Perspektive eingestellt.“²⁶⁸

Gleichwohl wurde Schritt für Schritt mit zahlreichen Initiativen versucht, die neuen außenkulturpolitischen Leitsätze mit Leben zu erfüllen. So fing beispielsweise das Auswärtige Amt im Dezember 2001 an, mit den Sonderprogrammen „Europäisch-Islamischer Kulturdialog“²⁶⁹ und „Wiederaufbau Afghanistan“²⁷⁰ auf kulturellem Gebiet längerfristige Beiträge zur Friedenspolitik zu leisten. In Bayern wurde zum Schuljahr 2001/02 zunächst an fünf Schulen deutschsprachiger Islam-Unterricht eingeführt, um einen Beitrag zum Kulturdialog im Inland zu leisten²⁷¹. Von besonderer Bedeutung ist bei der Durchführung einzelner Projekte die bewusste Vernetzung von Problemfeldern: Die Verknüpfung zwischen den für die Bürger und Politiker vordringlichen Themen wie Zu-/Einwanderung, Integration, „Leitkultur“ auf der einen Seite und den scheinbar idealistischen Randpolitikthemen wie interkultureller Dialog, Konfliktprävention und Zweibahnstraße auf der anderen sollte transparenter dargestellt werden.

Die Wahrnehmung der innen- und außenkulturpolitischen Zusammenhänge stellt einen der wichtigsten Aspekte der außenkulturpolitischen Neuorientierung dar. Solche Wahrnehmung könnte der auswärtigen Kulturpolitik und ihrem Haushaltsposten die politische und gesellschaftliche Wichtigkeit zukommen lassen, die dem friedlichen innen- und zwischenstaatlichen Zusammenleben allgemein zugeschrieben wird. Die Posten in der Kulturabteilung des AA und die der Kulturattachés könnten den Ruf des „Abstellgleises“ verlieren und dafür Attraktivität für mehr ‚kluge Köpfe‘

²⁶⁸ Die Zeit vom 02. 05. 2002, S. 19.

²⁶⁹ Vgl. Ausschuss für Kultur und Medien, 70. Sitzung in Berlin, den 27. Februar 2002, Protokoll 14/70, Gespräch zum Dialog der Kulturen mit: Joachim-Felix Leonhard, Generalsekretär, GIIN; Hans Georg Knopp, Generalsekretär, Haus der Kulturen der Welt; Staatssekretär Jürgen Chrobog, AA. S. 20.

²⁷⁰ Diese Programme umfassen u.a. Hochschulaustausch, verbesserte Betreuung von Studenten aus islamischen Ländern in Deutschland und Nachbetreuung ehemaliger Stipendiaten, Begegnungs- und Diskussionsveranstaltungen, Informationsreisen gesellschaftlicher Gruppen (Journalisten, Lehrer, Studierende), verstärkte Medienkooperation, Jungendaustausch. Vgl. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute, Auswärtiges Amt, Berlin 2002, S. 78. Dazu auch vorherige Bemerkung.

²⁷¹ Vgl. Bei Islam-Unterricht auf Deutsch bisher NRW und Bayern vorn. In: Realschule in Deutschland 6/2002. Außerdem empfahl die Kultusministerkonferenz schon im Jahre 1996 die „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ Vgl. <http://bebis.cidsnet.de/faecher/feld/interkultur/kmk/http://nibis.ni.schule.de/ikb/kmk1.htm> vom 23. 03. 2003.

gewinnen. Die deutsche außenkulturpolitische Arbeit geriete dann öfters unter ein kritisches Mikroskop und würde gezwungen, ihre teils immer noch propagandistischen Züge zu minimalisieren.²⁷² Verkennung droht der auswärtigen Kulturpolitik mehr als Überschätzung, obwohl sie als ein ‚weiches‘ Instrument am Beginn einer Reihe außenpolitischer Hebel steht, an deren Ende als „allerletztes Mittel“ der Krieg tobt.

Zusammenfassung

Auswärtige Kulturpolitik hat in Deutschland eine relativ kurze Tradition. Die Initiative für eine systematische Beschäftigung mit der Außenkulturpolitik kam erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Angeregt wurde sie vom Historiker Karl Lamprecht. Er, der Vater des Begriffes „auswärtige Kulturpolitik“, warb für die gezielte Einsetzung der Kultur bei außenwirtschaftlichen Bemühungen. Wie viele seiner Zeitgenossen schrieb er der deutschen Nation eine globale kulturelle ‚Mission‘ zu, die auch als Kompensation dafür dienen sollte, dass das Deutsche Reich in anderen kolonialpolitischen Belangen zu spät kam. Trotz seiner vermeintlichen kulturellen Überlegenheit war Deutschland aber auch in außenkulturpolitischer Hinsicht ein Nachzügler, da die Großmächte England und Frankreich bereits seit Jahren auf dieser Ebene aktiv waren. Dennoch entstanden bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges die kulturellen Standbeine der deutschen Außenpolitik – das Auslandsschulwesen und die über das Schulische hinausgehende Betreuung des „Deutschtums“ – denen auch entsprechende staatliche organisatorische Strukturen beigeordnet wurden, wie z.B. der Reichsschulfonds. Insgesamt gesehen instrumentalisierte die Reichsregierung die ersten außenkulturpolitischen Bemühungen allerdings unsystematisch für machtpolitische Zwecke und als Kulturpropaganda, insbesondere in (Übersee-)Gebieten, in denen entweder Deutschstämmige lebten oder in Regionen, die für das Deutsche Reich von kolonialpolitischem Interesse waren.

Der durch den Ersten Weltkrieg unterbrochene Diskurs über den Begriff einer auswärtigen Kulturpolitik wurde nach dem Krieg wieder aufgenommen. Entscheidend war das Element der Größe, der internationalen Anerkennung und des Prestiges. Dem Kriegsverlierer Deutschland war zur

²⁷² Vgl. beispielsweise die vom Bundespresseamt monatlich produzierten Video-Kurzfilme „Deutschlandspiegel“.

Verwirklichung seiner machtpolitischen Interessen nun notgedrungenmaßen auf die Kulturarbeit angewiesen. Die Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte für die auswärtige Kulturpolitik in der Weimarer Republik waren überwiegend gekennzeichnet durch die Kulturvermittlung der Wissenschaft, insbesondere der Universitäten, und durch das deutsche Auslandsschulwesen. Dabei rückte Ostmitteleuropa wegen der forcierten Deutschtumspolitik stärker in den Mittelpunkt. Nach wie vor wurde die meiste Kulturarbeit von privatrechtlichen Initiativen geleistet, beispielsweise durch den Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) oder durch den neu geschaffenen Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Ihre Tätigkeit erhielt allerdings eine neue Qualität, da mehr Austausch angestrebt wurde. Die Autonomie der sog. Mittlerorganisationen wurde jedoch stark relativiert, da sie bewusst in die staatliche außenkulturpolitische Arbeit miteinbezogen, finanziell unterstützt und als Schleier für machtpolitische Bestrebungen benutzt wurden. Die Weimarer Außenpolitik hatte die großen Möglichkeiten, die sich auf dem Feld der Kulturpolitik boten, erkannt. Angesichts der fortschreitenden Staatskrise konnte die geplante systematische Ausgestaltung der Außenkulturpolitik allerdings nicht mehr realisiert werden.

Nutznieser der Reformüberlegungen der Weimarer Republik waren teilweise die Nationalsozialisten. Sie forcierten die Systematisierung der auswärtigen Kulturpolitik auf organisatorischer Ebene und schufen beispielsweise das Amt des Kulturattachés an den deutsche Botschaften oder zentrale Kulturinstitute im europäischen Ausland. Inhaltlich wurde die auswärtige Kulturpolitik der NS-Ideologie gleichgeschaltet und diente nun einer aggressiven Volkstumspolitik. Somit verließ sie die private Sphäre, wurde staatlich gelenkt und als Kulturpropaganda missbraucht – gelegentlich auch, um das hässliche Antlitz des NS-Staats durch Goethe und Schiller, die Berufung auf deutsche Kultur, zu verschleiern. Dieses Bemühen war freilich in den meisten Staaten spätestens seit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch NS-Deutschland vergeblich.

Die deutsche auswärtige Kulturpolitik stellte bis zum Zweiten Weltkrieg kein autonomes Politikfeld dar. Die großen Möglichkeiten der kulturpolitischen Betätigung im Ausland wurden zwar festgestellt, jedoch noch unsystematisch als heteronomes Instrument der Außenpolitik angewendet. Die einzelnen Teilbereiche der auswärtigen Kulturpolitik waren kaum koordiniert, konzeptlos und politisch mehr oder weniger vom Auswärtigen Amt abhängig. Generell war das Ziel nicht kulturelle Kooperation. Die Kul-

turpropaganda, im besseren Falle Kulturwerbung, sollte die deutsche Ehre und das Ansehen Deutschlands stärken, wobei hier die Kontaktpflege zum Deutschtum im Ausland eine wichtige (Mittler)Rolle spielte. Die unsystematischen auswärtigen Kulturaktivitäten Vorkriegsdeutschlands können damit einerseits als lediglich fragmentarische Versuche um deutsche kulturelle Präsenz im Ausland angesehen werden. Gleichwohl wurden erste institutionelle Strukturen geschaffen und sektorale Aufgabenbereiche abgesteckt. Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes selbst definiert dies als einen „Mangel an Kontinuität“ in der auswärtigen Kulturpolitik.²⁷³ Andererseits kann die Zeit vor 1945 als Anfang der modernen auswärtigen Kulturpolitik bewertet werden, da sie die Folie für die demokratischen, außerkulturpolitischen Bemühungen Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellte.

Nach der „Stunde Null“ wurde auch die deutsche auswärtige Kulturpolitik mit dem schwerem Erbe des Nationalsozialismus konfrontiert. Zudem erfuhr die deutsche Nation das Leid der Teilung und wurde in einen von den Sowjets und einen von den Westalliierten besetzten Teil getrennt. Westdeutschland knüpfte in seiner demokratischen Tradition an die Weimarer Republik an und hegte einen Alleinvertretungsanspruch für die deutsche Nation. Ähnlich erwuchs auch die auswärtige Kulturpolitik aus den Lehren von Weimar und diente vor allem einem Ziel: der Abgrenzung vom Totalitarismus – in Form des historischen Erbes des NS-Staats und des zeitgenössischen ideologischen Kampfs gegen den sozialistischen Rivalen, die DDR.²⁷⁴

Obwohl sich die bis zum Jahre 1955 vom Besatzungsrecht stark eingeschränkte deutsche Außenpolitik dabei zunächst auf die Sicherheits- und Wirtschaftspolitik konzentrierte, wurde daneben behutsam versucht, die abgebrochenen kulturellen Kontakte zum Ausland wieder aufzubauen. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Öffentlichkeitsarbeit und der kulturelle Informationsaustausch, wozu neue mediale Mittlerorganisationen (Deutsche Welle, Inter-Nationes) gegründet wurden. Angesichts der außen-(kultur)politischen Priorität, die Stellung und das Ansehen Deutschlands im Ausland zu normalisieren und das Vertrauen der internationalen Partner

²⁷³ Auswärtiges Amt, Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik (Hrsg.): Auswärtige Kulturpolitik 1987–1989, Bonn 1990, S. 7.

²⁷⁴ Vgl. Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln 1976, S. 252.

wieder herzustellen, musste die auswärtige Kulturpolitik demokratisiert werden. Obwohl die außen(kultur)politische Kompetenz beim Bund lag, wurden die Länder beispielsweise durch das Lindauer Abkommen in außenkulturpolitische Entscheidungsmechanismen einbezogen. Neben dem „kooperativen Föderalismus“ demonstrierte die Abkehr von der zentral gesteuerten Kulturpropaganda die große Bedeutung der nach dem Krieg wieder gegründeten Mittlerorganisationen. Sie wurden zwar federführend vom Bund bezahlt, sollten jedoch bei Durchführung der eigentlichen Kulturarbeit im Ausland Autonomie genießen. Dieser sogenannte deutsche „Trägerpluralismus“ wurde durch die Aktivitäten der (weltweit einzigartigen) parteinahen Stiftungen, kirchlichen Hilfsdienste, wissenschaftlichen Stiftungen und mehreren Bundesministerien ergänzt.

Einen Aufschwung erfuhr die auswärtige Kulturpolitik in den 1960er Jahren. Ausschlaggebend dafür war die fortschreitende internationale Etablierung der Bundesrepublik Deutschland, die zugespitzte Blockkonfrontation und das Ende der Kolonialära. Zugleich geriet die außenkulturpolitische Präsentation der Bundesrepublik stärker in das öffentliche und politische Interesse. Kritiker warfen ihr zunehmend vor, selbstgerechte, auf „Hochkultur“ basierende und mit finanziellen Mitteln ungenügend ausgestattete Kulturwerbung für deutsche Wirtschaftsinteressen zu sein, und riefen nach Reformen. Diese Bestrebungen schlugen sich in einer fortschreitenden politischen Aufwertung der auswärtigen Kulturpolitik nieder: Außenminister Willy Brandt bezeichnete sie im Jahre 1966 erstmals als „dritte Säule“ der Außenpolitik, die neben der staatlichen (Diplomatie, Sicherheit) und wirtschaftlichen Säule einen festen Platz in den Auslandsbeziehungen der Bundesrepublik einnehmen sollte.

In den 1970er Jahren stand die auswärtige Kulturpolitik unter dem Zeichen weiterer Demokratisierung. In der Außen(kultur)politik der sozialliberalen Koalition spiegelten sich neben der neu initiierten „Ostpolitik“, die auf Annäherung an die Staaten des Warschauer Pakts setzte, die innenpolitische Situation wider, die das Diktum die 1968er Revolte der jungen Generation „Alles ist politisch“ prägte. Eine Außenpolitik „der Gesellschaften“, so die Überlegung, sollte die Außenpolitik „der Staaten“ ergänzen. Die auswärtige Kulturpolitik wurde als „zwischenstaatliche Kultur- und Gesellschaftspolitik“ neu definiert. Ralf Dahrendorf, der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt und prominenter Reformers der Außenkulturpolitik, setzte sich zudem für einen „erweiterten Kulturbegriff“ ein: Die sog. „Hochkultur“ – den Schönen Künsten, wie der klassischen Musik,

Literatur, Malerei oder Bildhauerei, wurden nun durch neue gesellschafts-politische Themen ergänzt, wie das Bildungswesen, die Wissenschaft, Technologie, Medien, Politik und Umweltprobleme. Weiterhin strebte die Außenkulturpolitik der 1970er Jahre verstärkt nach gegenseitiger Zusammenarbeit und offenem Dialog. Die Selbstkritik der Gegenwart sollte die einseitige, kunstvolle Selbstdarstellung der vergangenen deutschen kulturellen Leistungen ersetzen.

Diese theoretischen Überlegungen erforderten eine Systematisierung. Zu diesem Zweck wurde eine Enquête-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ eingesetzt, die ein offizielles Reformkonzept für die Außenkulturpolitik erarbeitete und nach über vierjährigen Verhandlungen 1975 veröffentlichte. Grundlegend bestätigte der Bericht die Reformansätze Dahrendorfs, schrieb der Außenkulturpolitik die Funktion als ‚dritte Säule‘ der Außenpolitik zu und ging vom ‚erweiterten Kulturbegriff‘ aus. Der Bericht setzte auf außenkulturpolitische Kontinuität, in dem er der Förderung der deutschen Sprache im Ausland eine vorrangige Bedeutung zuwies, von der organisatorischen Autonomie der Mittlerorganisationen und der politischen Verantwortung des Auswärtigen Amts ausging und die Unteilbarkeit deutscher Kultur betonte. Neuerungen, die das verstärkte Streben nach Dialog widerspiegeln, stellten die Forderungen nach mehr Engagement in internationalen Organisationen und nach mehr Integration der deutschen Auslandsschulen in die einheimischen Bildungssysteme dar. Zudem wurde die verstärkte Kooperation der Mittlerorganisationen untereinander und die Übertragung außenkulturpolitischer Aufgaben an nicht-diplomatische Fachleute angeregt. Eine zentrale Forderung war schließlich, dass die Ausgaben für die Außenkulturpolitik weiter gesteigert werden müssten, um deren Effektivität zu gewährleisten.

Die Resonanz auf die Reformforderungen war zwiespältig: Zwar billigte der Bundestag die neuen außenkulturpolitischen Ansätze einstimmig. Teile des Reformpakets waren allerdings bereits durch die Praxis eingeholt, wie die Mittlerorganisationen zurecht monierten: Die an sie herangetragene Forderung, sich stärker zu vernetzen, hatte sich beispielsweise bereits 1973 überholt, als sie den Interessensverband Vereinigung für internationale Zusammenarbeit (VIZ) gründeten. Insgesamt gesehen stellte die Durchsetzung der außenkulturpolitischen Reformen der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt dennoch eine bedeutende Zäsur dar. Seit dem Jahre 1977 existierte ein politisch verbindliches Konzept für die Auswärtige Kulturpolitik. Sie wurde

dadurch erstmals offiziell zu einem gleichrangigen Bestandteil der Außenpolitik erhoben.

Praktisch wirkten sich die Reformbemühungen vor allem positiv auf den Entspannungsprozess zwischen Ost und West aus. Die Außenkulturpolitik flankierte die ‚Ostpolitik‘ Brandts und Schmidts. Neben den politischen Verträgen schloss die Bundesregierung auch Kulturabkommen mit den Staaten des Warschauer Pakts und leistete damit einen Beitrag zur Ratifizierung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 in Helsinki, die im sog. „Dritten Korb“ auch die Kooperation im humanitären und kulturellen Bereich vorsah.

Der Regierungswechsel im Jahr 1982, die Ablösung des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt durch den Christdemokraten Helmut Kohl, wirkte sich auch auf die weitere Entwicklung der Außenkulturpolitik aus. Die Auswärtige Kulturpolitik büßte an ihrer Autonomie der 1970er Jahre ein und wurde unter Kohl stärker als unmittelbares Instrument und Korrektiv der Außenpolitik eingesetzt. Dies wurde nicht nur in ersten Hälfte der 1980er Jahre deutlich, als die Bundesrepublik den USA bei der Debatte über den NATO-Doppelbeschluss sicherheitspolitisch den Rücken stärkte und ebenfalls auf der Ebene der Kulturpolitik für ein freundlicheres Amerikabild warb. Auch Kohls starkes Engagement für die europäische Integration wirkte sich auf die bundesdeutsche Außenkulturpolitik aus. So wurde einerseits im Rahmen der westeuropäischen Integration innerhalb der Europäischen Union die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kulturellem Sektor intensiviert. Andererseits rückten im Zeichen von Perestroika und Glasnost die ostmitteleuropäischen Nachbarn und die gesamt-europäische Kooperation wieder verstärkt ins Visier. 1986 wurde das letzte noch ausstehende Kulturabkommen mit einem sozialistischen Nachbarstaat geschlossen – der DDR – und der jahrzehntelange ‚Kulturkampf‘ zwischen den beiden deutschen Staaten abgemildert werden.

Weitere Kennzeichen der Ära Kohl waren eine deutlich nationalere Akzentuierung und ein generell sinkendes politisches Interesse an der auswärtigen Kulturpolitik. Eine stärkere ‚Nationalisierung‘ machte sich z.B. in der forcierten Sprachförderung bemerkbar, wobei die Fremdsprache Deutsch nicht mehr vor allem als Kommunikationsmittel, sondern verstärkt als Instrument zur Deutschlandkunde gelehrt werden sollte. Einen weiteren Rückschritt in die ‚Vorreformzeit‘ der 1970er Jahre stellte das Bestreben nach einem „positiven Deutschlandbild“ dar. Dabei wurde auch die Autonomie der Mittlerorganisationen in Frage gestellt, beispielsweise

vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, der das Goethe-Institut für seine liberale Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Leben heftig kritisierte und ihm vorwarf, dass dies das Ansehen der Bundesrepublik beschädige. Insgesamt gesehen sank zudem der Stellenwert der auswärtigen gegenüber einer forcierten inneren Kulturpolitik. Besonders deutlich wurde dies an der vergleichswisen Stagnation des Haushalts-etats für die Auswärtige Kulturpolitik. Stiegen die Ausgaben während sozialliberalen Koalition 1969–1982 noch um 261% von 282 Mio. DM auf 736 Mio. DM, wuchsen sie in der Kohl-Ära 1983–1990 nur um 24% von 733 Mio. DM auf 1,002 Mrd. DM.

Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und das Ende des Kalten Kriegs stellten die auswärtige Kulturpolitik vor völlig neue Herausforderungen: Die bipolare globale Ordnung löste sich auf, Europa und die Welt wurden einem Prozess umfassenden Umbruchs ausgesetzt, von dem das wiedervereinigte Deutschland unmittelbar betroffen war. Die Bundesrepublik übernahm das außenkulturpolitische Vermächtnis der DDR und wickelte deren Institutionen zum großen Teil ab. Aufbauen konnte die bundesrepublikanische Außenkulturpolitik hingegen auf die Präsenz der DDR-Schwesterorganisationen in Ostmitteleuropa und den Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS), die nun zu neuen regionalen Schwerpunkte wurden. Ausschlaggebend dafür waren zum einen die historischen Verpflichtungen, die man in diesen Gebieten sah, zum anderen aber auch die Stabilisierung des Transformationsprozesses in diesen Staaten und deren ‚Rückkehr nach Europa‘, die Berlin unterstützen wollte. Nicht zuletzt herrschte in den Mittel- und Osteuropäischen (MOE)-Staaten Anfang der 1990er Jahre eine große Nachfrage nach deutscher Kultur und Sprache. Konkret resultierten diese deutschen kulturpolitischen Aktivitäten in der Neugründung zahlreicher Goethe-Institute in diesen Ländern. Zudem wurde das Lehrangebot für Deutsch als Fremdsprache enorm erweitert. Die Sprachförderung wurde als wichtigstes außenkulturpolitisches Standbein weiter gestärkt, was insbesondere auch mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in dieser Region begründet wurde.

Im Zeichen der parallel fortschreitenden Globalisierung, der immer dichteren Vernetzung und Verzahnung der Welt, sah sich die Außenkulturpolitik der Regierung Kohl in den 1990er Jahren zugleich neuer Kritik ausgesetzt. Das Fachpublikum warf ihr vor, angesichts der neuen globalen Entwicklungen, beispielsweise der wachsenden Skepsis gegenüber der westlichen Zivilisation in Afrika und Asien, in ein ‚politisches Phlegma‘ ver-

fallen zu sein. Die Außenkulturpolitik von Kohl und Kinkel, so die Mahnung, folge zu sehr wirtschaftlichen Interessen, sei oft nur kurzfristig angelegt und betreibe nach wie vor zu viel einseitige Kulturpropaganda. Dabei sei gerade der kulturelle Dialog, so das Resümee, im Zeichen der Globalisierung der richtige Weg, um Interessenskonflikte zwischen den Weltkulturen zu mildern. Nicht zuletzt komme es deshalb darauf an, auch das Haushaltsbudget für die Außenkulturpolitik zu erhöhen, nachdem die 1990er Jahre bereits im Zeichen von Etatstagnation und Schließung von Kulturinstituten standen.

Nach dem politischen Wechsel im Jahre 1998 tritt das Kabinett des neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder als Regierung der Reformen an und leitete auch eine Außenpolitik unter neuen Vorzeichen ein. Schröder hielt zwar an transatlantischer und europäischer Integration kontinuierlich fest. Zudem wollte er die Bundesrepublik nach ihrer langjährigen demokratischen Entwicklung und etablierten Wiedervereinigung endlich an den ‚Weg der Normalität‘ führen und Deutschland international emanzipieren. Das wachsende Selbstbewusstsein sollte Hand in Hand mit verstärkter weltpolitischen Verantwortung Deutschlands zum Ausdruck kommen. Infolge des Verzichts der rot-grünen Regierung auf bloße finanzielle Teilnahme an den internationalen Konflikten, auf die sog. „Scheckbuch-Politik“, kam 1999 im Kosovo-Konflikt zum ersten militärischen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes. Dieses Paradigmenwechsel folgte die neuen außenpolitischen Schwerpunkten: die Menschenrechte, Krisenprävention und Friedenspolitik. Weiterhin stellte eine der außenpolitischen Prioritäten die europäische Integration dar. Auch hier zeigte Deutschland Emanzipationstendenzen, indem es verstärkt seine nationale Interessen in der Europäischen Union durchsetzte.

Zur fortschreitenden europäischen Integration wollte die neue Bundesregierung u.a. auf dem Gebiet der gemeinsamen europäischen Kulturpolitik beitragen. Bei den deutschen Bemühungen, das gemeinsame europäische Erbe gestärkt zu pflegen, zeigte sich jedoch das Prinzip des „kooperativen Föderalismus“ oft handlungsunfähig. Angesichts dem Stimmgewirre der zahlreichen (außen)kulturpolitischen Trägern wurde in internationalen Gremien nach einheitlicher Stimme gerufen. Klar auf der Hand lag die Zentralstimme des Bundes, dessen kulturpolitische Verantwortung schon nach der Wiedervereinigung stieg: auf der Grundlage der Kulturklausel im Einigungsvertrag wurde der Bund zum wichtigen Förderer von Kunst und Kultur in den neuen Bundesländern.

Die Mitte der 1990er Jahre begonnene Debatte über eigenständige Rolle des Bundes in der Kulturpolitik gipfelte 1998 mit der Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für die Kulturpolitik, des Kulturbeauftragten, seit 1999 des Staatsministers für Kultur und Medien. Dennoch zeigte sich sehr früh, dass der Kulturbeauftragte Michael Naumann nicht die zahlreichen und verflochtenen außenkulturpolitischen Aufgabenfelder übernehmen kann. Somit blieb mit Ausnahme der kulturellen Angelegenheiten der Europäischen Union das Auswärtigen Amt weiterhin für die auswärtige Kulturpolitik zuständig. Das ursprüngliche Ziel, Ressortdiffusion aufzuheben, wurde durch das Amt des Kulturbeauftragten nicht gelöst, sondern durch einen weiteren Akteur sogar noch erhöht. Der Reformbedarf wurde nicht gestillt, vielmehr war es an der Zeit, die außenkulturpolitische Konzeption aus den 1970er Jahren zu aktualisieren.

Angesichts den nicht mehr neuesten außenkulturpolitischen Herausforderungen war die Neuausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik überfällig: Deutschland wurde längst Wiedervereinigt, Europa stand vor nächsten diesmal ‚ordentlichen‘ Erweiterung und das rasche Globalisierungsprozess neben den Positivseiten wiederholt auch die Schattenmomente zeigen ließ. Am 4. Juli 2000 trat endlich der grüne Außenminister Joschka Fischer vor die Öffentlichkeit und stellte in der Kulturmetropole Berlin die neue Konzeption der deutschen auswärtigen Kulturpolitik vor: die „Konzeption 2000“.

Die Konzeption zeichnete keine revolutionäre außenkulturpolitische Schritte auf, vielmehr setzte an die Kontinuität der Leitsätze aus den 1970er Jahren. Als erwiesen und somit reformentbehrlich wurde die institutionelle Struktur der außenkulturpolitischen Hauptakteure empfunden. Außer der geplanten Fusion des Goethe-Institut mit Inter-Nationes sollte die Zahl der Mittler fortbestehen. Die Mittlerorganisationen sollten weiterhin die Autonomie genießen und sich im Geiste des Kulturaustausches für eine offene, selbstkritische auswärtige Kulturpolitik einsetzen. Nicht neu waren auch die vorgesehenen Einsparungen. Die kulturelle Arbeit im Ausland sollte dabei nicht an der Qualität verlieren, wenn nicht noch gewinnen. Erzielt sollte dieses Vorhaben mit Effizienz. Die außenkulturpolitischen Akteure sollten demnächst noch mehr untereinander zusammenarbeiten, regionale und programmatische Prioritäten setzen und länderspezifisch vorzugehen. Der Hauptaugenmerk wurde dabei auf die Zielgruppe gerichtet, die den Multiplikatoreneffekt bietet: die elitären Kreisen. Zum regionalen Schwerpunkten wurden neben den MOE-Staaten die

Südosteuropäischen Länder, Schwellenländer, Wachstumsregionen außerhalb Europas und Staaten, die sich Richtung Demokratie und Menschenrechte bewegen. Aus längerfristiger Perspektive wurde in der Konzeption ein wichtiger Schwerpunkt getroffen, die Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft. Bei dem bestehenden Schwerpunkt, der Sprache, kam zur Änderung in sofern, dass sie nicht primär anderen Weltsprachen konkurrieren sollte, sondern als weiteres Mittel zum Löschen der Neugier auf deutsche Kultur dienen sollte. So wurde zur Aufgabe der Mittlerorganisationen vielmehr als die Zahl der Deutschlernenden zu erhöhen, die Interesse an der deutschen Kultur zu erwecken.

In der „Konzeption 2000“ wurde deutlich, dass die rot-grüne Bundesregierung der Kultur nicht nur auf dem innenpolitischen sondern auch auf dem außenpolitischen Gebiet ein höheres Stellenwert zuschrieb. Als roter Faden zog sich durch die Konzeption das Bestreben nach einem offenem internationalen Dialog, der neuerlich die konfliktpräventive Rolle einnehmen sollte. Dieser Aufschwung der außerkulturpolitischen Bedeutung führte dazu, dass die auswärtige Kulturpolitik nicht mehr als „dritte Säule“ definiert wurde: angesichts den identischen Werten mit der Außenpolitik, den Menschenrechten und Friedenssicherung, sollte sie von der Außenpolitik nicht mehr getrennt werden.

Sowohl aus den Reihen der Mittlerorganisationen als auch der Politik kamen auf die neue Konzeption insgesamt positive Reaktionen. Die allgemeine Kritik richtete sich vor allem gegen der Diskrepanz zwischen den hohen außerkulturpolitischen Zielen und den bescheidenen finanziellen Mitteln. Weiterhin wurde vor der Politisierung der auswärtigen Kulturbeziehungen gewarnt. Es wurde auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die auswärtige Kulturpolitik zu einem Konfliktmanager auszunutzen, wenn die Machtpolitischen Mittel der Diplomatie versagen. Außerdem sollte die neudefinierte auswärtige Kulturpolitik nicht die Agenda der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik aushöhlen.

Unbestritten blieb das Leitmotiv der „Konzeption 2000“: Dialog der Kulturen. Die Erheblichkeit der Existenz eines interkulturellen Dialogs bestätigten die Schreckensereignisse des 11. Septembers 2001. Somit wurden die neugelegten außerkulturpolitischen Steine auf der „Zweibahnstraße“ zum friedlichen sich gegenseitig bereichernden Zusammenleben der Kulturen der Welt weitergegangen. Es ist der rot-grünen Regierung zu verdanken, dass dabei verstärkt die Zusammenhänge zwischen der Außen- und Innenkulturpolitik, zwischen der Integration der Zu-/Einwanderer

und der ausßenkulturpolitischen Arbeit gesucht werden und hoffentlich verstärkt ihren Ausdruck in konkreten Projekten finden.

Die teils abstrakte „Konzeption 2000“ mit dem Leben zu erfüllen, hängt dabei weither nicht nur von der Richtung und Geld gebenden staatlichen Ebene ab. Die Kultur ist messbar (!), zeigen neuerlich einige Expertisen. Bei Berücksichtigung regionaler Unterschiede und beim sektoralen Vergleich ist eine Evaluation der seit dem Jahre 2001 genannten „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ (AKBP) möglich. Dabei sind jedoch immer noch oft fehlenden Eigeninitiative und Selbstevaluierung der Mittlerorganisationen unentbehrlich. Schließlich hängt es zum großen Teil von den Mittler selbst ab, wie sie sich bei der täglichen kulturellen Arbeit im Ausland bzw. im Inland die neuen ausßenkulturpolitischen Leitsätzen zum Herzen nehmen. Wenn das Auswärtige Amt Preise für „best practice“ der „Konzeption 2000“ verleihen würde, was nützlich sein könnte, gälten als Kandidaten beispielsweise die Goethe-Institute in Madrid, Vilnius oder Athen²⁷⁵. Nun ist zu hoffen, dass sich von ihnen weitere Mittler inspirieren lassen und auch verstärkt vor Ort zusammenarbeiten, mit der Wirtschaft kooperieren und sich untereinander enger vernetzen. Das Warten auf mehr finanzielle Mittel könnte nämlich so verlässlich sein, wie das Warten auf Godot.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

143. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. Plenarprotokoll 14/143 vom 18. 01. 2001
3. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien, Protokoll 14/3 vom 2. 12. 1998
6. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (2001), Berlin 2001
Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Auswärtige Kulturpolitik: Den Standort neu bestimmen – den Stellenwert erhöhen, Drucksache 13/4844 vom 11. 06. 96

²⁷⁵ Vgl. Ingendaay, Paul: Feuerprobe in der Lernmisere. Werbewirksam: Das Goethe-Institut in Madrid stützt sich auf ein einmaliges Sponsoring-Modell. In Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 3. 2003; Spreckelsen, Tilman: Aufbauhilfe für Frankfurt: Vor der Buchmesse: Das Goethe-Institut in Vilnius. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 10. 2002; Hermann, Rainer: Das älteste Haus. In Athen knüpft das Goethe-Institut Netze auf dem Balkan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 12. 2002.

Antrag der CDU/CSU-Fraktion betreffend Enquête-Kommission, Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages, Drucksache 6/57 vom 11. 11. 1969

Antrag der Fraktion der SPD: Auswärtige Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert, Drucksache 14/5799 vom 04. 04. 2001

Antrag der Fraktion SPD: „Gefahren abwenden von der Auswärtigen Kulturpolitik“, Drucksache 13/9450 vom 11. 12. 97

Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste: „Der Verein für das Deutschtum im Ausland, die Verwendung von Bundesmitteln zur Förderung deutscher Minderheiten in osteuropäischen Ländern und der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt“, Drucksache 12/4424 vom 24. 02. 93

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU Fraktion über Finanzielle Förderung von Kunst und Kultur, Drucksache 14/3420 vom 18. 05. 2000

Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage zur Auswärtigen Kulturpolitik, Drucksache 12/6504 vom 22. 12. 1993

Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage: „Stand der Auswärtigen Kulturbeziehungen mit den europäischen RWG-Staaten“, Drucksache 10/5017 vom 7. 2. 1986

Ausschuss für Kultur und Medien, 23. Sitzung in Berlin, den 01. Dezember 1999, Protokoll 14/23

Ausschuss für Kultur und Medien, 58. Sitzung in Berlin, den 04. 07. 2001, Protokoll 14/58

Ausschuss für Kultur und Medien, 70. Sitzung in Berlin, den 27. Februar 2002, Protokoll 14/70, Gespräch zum Dialog der Kulturen mit: Joachim-Felix Leonhard, Generalsekretär, GIIN; Hans Georg Knopp, Generalsekretär, Haus der Kulturen der Welt; Staatssekretär Jürgen Chrobog, AA

Aussprache zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers, Plenarprotokoll 14/5 vom 12. 11. 1998

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute, Berlin 2002

Auswärtiges Amt (Hrsg.), Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik: Auswärtige Kulturpolitik 1993–1996, Bonn 1997

Auswärtiges Amt (Hrsg.): 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Bonn 1989

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Leitsätze für die Auswärtige Kulturpolitik, Bonn 1970

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1998), Drucksache 14/1266 vom 23. 06. 1999

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1999), Drucksache 14/4312 vom 11. 10. 2000

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1994/95, Drucksache 13/3823 vom 20. 02. 1996

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2000, Drucksache 14/6825 vom 15. 08. 2001

Bulletin der Bundesregierung Nr. 91 vom 23. 09. 1977

Dokumentation der Anhörung zur Auswärtigen Kulturpolitik der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen am 29. November 1999 in Berlin

Entschließung des Europäischen Parlaments zur kulturellen Zusammenarbeit in der Europäischen Union (2000/2323(INI), Protokoll vom 05. 9. 2001 – vorläufige Ausgabe

Fischer, Joschka: Schöne Künste mit politischer Wirkung, 3. Stuttgarter Schlossgespräch. <http://www.ifa.de>

Große Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Aktivitäten und Ziele der Bundesregierung in der Auswärtigen Kulturpolitik; Nutzung der Potentiale für Demokratisierung und friedliche Konfliktbewältigung, Drucksache 13/4618 vom 08. 05. 96

Große Anfrage der CDU/CSU- und FDP- Fraktion zum „Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt“, Drucksache 12/7890) Grundgesetz

Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20. Oktober 1998, Drucksache 14/1266

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Was tut der Bund für die Kultur. Antworten auf zwei Große Anfragen, Bonn 1985

Protokoll über die Plenardebatte zur Auswärtigen Kulturpolitik vom 13. Juni 1996, Plenarprotokoll 13/110

Rede des Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Joschka Fischer, zur Eröffnung des Forums: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, den 4. Juli 2000, Berlin 2000

Rede des Bundesministers des Auswärtigen anlässlich der Mitgliederversammlung des Goethe- Instituts am 26. November 1998, <http://www.goethe.de>

Rede von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der von Inter Nationes veranstalteten Tagung „Deutschland im internationalen Kulturdialog“ im Haus der Geschichte in Bonn am 9. Oktober 1996, <http://195.145.53.84/reden>

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Beginn der 14. Legislaturperiode vom 10. 11. 1998, Plenarprotokoll 14/3

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Beginn der 15. Legislaturperiode, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 2002

Regierungserklärung der Bundeskanzlers Helmut Kohl v. 18. 3. 1987 in: Bulletin Nr. 27 vom 18. 3. 1987

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Professor Dr. Dr. H.c. Ludwig Erhard vor dem 5. Deutschen Bundestag (4. Sitzung) am 10. November 1965. In: Martin, Berthold (Hrsg.): Auswärtige Kulturbeziehungen 3, Berlin 1966

Regierungserklärung vom 4.2.1983, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1984

Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt vom 28. 10. 1969. In: Beyme, Klaus von (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Kanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979

Unterrichtung durch die Bundesregierung, Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages – Drucksache 7/4121, Deutscher Bundestag, Drucksache 8/927 vom 23. 09. 77

Wortprotokoll der 62. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. 04. 1997, 10.00 Uhr, Bonn, Bundeshaus: Anhörung Bestandsaufnahme und Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik, Teil I, II

II. Literatur

Altmann, Rüdiger: Einige Probleme der auswärtigen Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/1976

Arnold, Hans: Kulturexport als Politik? Aspekte auswärtiger Kulturpolitik, Tübingen/Basel 1976

Arnold, Hans: Kulturpolitik. Ein Überblick aus deutscher Sicht, München/Wien 1980
Bamberger-Stemmann, Sabine: Der Europäische Nationalitätenkongreß 1925 bis 1938- Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2000

Bertram, Hans-Bodo: Doppelstrategie in der Auswärtige Kulturpolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1&2/1997

Bloss, Jochen: „Soviel Anfang war nie“ oder: Wie gründet man ein Goethe-Institut? In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996

Bohr, Kurt & Albert, Helmut: Die Europäische Union – das Ende der eigenständigen Kulturpolitik der deutschen Bundesländer? In: Zeitschrift für Rechtspolitik 2/1993

Bohrer, Christina: Die Bibliotheks- und Informationsarbeit des Goethe-Instituts. In: Bibliotheksdienst 31/1997

Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Geschichte und Funktion. Architektur und Kunst, Berlin 2002

Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln 1976

Enzensberger, Hans Magnus: Auswärts im Rückwärtsgang. In: Der Spiegel 37/1995

Froese, Leonhard: Die von der Bundesrepublik geförderten Schulen im Ausland. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/1976

Griefahn, Monika: Dialog der Kulturen in Deutschland. Die Herausforderungen für die Auswärtige Kulturpolitik. In: UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission 4/2001

Groener-Geyer: General Groener, Frankfurt am Main 1955

Gros, Jürgen: Deutschland. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): EuropaHandbuch, Bonn 2002

- Häberle, Peter: Kulturhoheit im Bundesstaat – Entwicklung und Perspektiven. In: Archiv des öffentlichen Rechts 4/1999
- Hamm-Brücher, Hildegard: Die gefährdete Dimension unserer Außenpolitik. In: Hoffmann, Hilmar; Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik, Frankfurt am Main/New York 1994
- Happening&Fluxus, Materialien zusammengestellt von H. Sohm (Ausstellungskatalog des Kölnischen Kunstvereins), Köln 1970
- Heide, Winfried: Auswärtige Kulturarbeit nach der Öffnung. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996
- Hense, Ansgar: Bundeskulturpolitik als verfassungs- und verwaltungsrechtliches Problem. In: Deutsches Verwaltungsblatt, 6/2000
- Herbote, Burkhard: Institut für Auslandsbeziehungen: Handbuch für deutsch-internationale Beziehungen, München 1996
- Hirschler, Dierk; Neumann, Angelika: Zur auswärtigen Kulturpolitik der BRD in den 70er und 80er Jahren. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx Universität Leipzig 35/1986
- Hoffmann, Hilmar: Auf dem Weg zur Kultargesellschaft? In: Albrecht, Gerd; Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): Kultur unseres Jahrhunderts, Bd. VI: 1970–1990, Düsseldorf 1990
- Hoffmann, Hilmar: Ein Aufbruch der 70er Jahre. In: Hoffmann, Hilmar, Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): Freund oder Fratze? Das Bild von Deutschland in der Welt und die Aufgaben der Kulturpolitik. Frankfurt a. Main/New York 1994
- Informationen zur politischen Bildung Nr. 263: Globalisierung, Bonn 1999
- Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer: Zeitschrift für Kulturaustausch 4/1998
- Jäger, Manfred: Kulturaustausch und Dialogpolitik, Deutsche auswärtige Kulturpolitik der DDR und die deutsch-deutschen Kulturbeziehungen. In: Deutsche Studien: Vierteljahreshefte 104/1988
- Kablitz, Andreas: Gutachten zur Vorbereitung einer Evaluation der Deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, Romanisches Seminar der Universität zu Köln 2002
- Kinkel, Klaus: „Kultur, Kommerz und Außenpolitik – Ungewohnte Perspektiven, neue Kooperationen“, Rede bei einer Veranstaltung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels am 15. 01. 1996 in Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 2/1996
- Kinkel, Klaus: Das Bild Deutschlands in der Welt – Aufgaben Auswärtiger Kulturpolitik. In: Däubler-Gmelin, Herta; Kinkel, Klaus; Meyer, Hans; Simon, Helmut (Hrsg.): Gegenrede. Aufklärung – Kritik – Öffentlichkeit, Festschrift für Ernst Gottfried Mahrenholz, Baden-Baden 1994
- Kinkel, Klaus: Kulturpolitik und Export. In: Auslandskurier: Magazin für die exportierende mittelständische Wirtschaft 3/1996

- Kloosterhuis, Jürgen: „Friedliche Imperialisten“, Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906–1918, Frankfurt am Main 1994
- Kudelová, Dita: Spolupráce Francie a sjednoceného Německa – „motor“ evropské integrace? In: *Mezinárodní vztahy* 4/2001
- Larischová, Kristina: Ohlédnutí za německým předsednictvím v Radě EU. Priority, okolnosti, očekávání a výsledky. In: *Mezinárodní politika* 8/1999
- Lepenies, Wolf: Das Ende der Überheblichkeit. In: *Die Zeit* Nr. 48 vom 24. 11. 1995
- Lippert, Barbara: Auswärtige Kulturpolitik im Zeichen der Ostpolitik: Verhandlungen mit Moskau 1969–1990, Münster 1996
- Maaß, Kurt-Jürgen: Vor neuen Herausforderungen. In: *Musikforum* 90/1999
- Peisert, Hansgert: Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Konstanz 1971
- Pešek, Jiří: Hovory v městě Steinových pro (nepřítomného) pana von Goethe. In: *Literární noviny* 16/1996
- Piazolo, Paul Harro: Bericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik aus der Sicht der Kultusministerkonferenz. In: *Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik* 1/1976
- Pohorská, Eliška: Francouzská zahraniční kulturní politika, Magisterarbeit verteidigte an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität zu Prag 2003
- Positionspapier zur Auswärtigen Kulturpolitik vorgelegt vom Vorsitz der Kommission für Europäische und Internationale Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz, Bonn, Juni 2000. In: *Forum: Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik in Berlin*, den 4. Juli 2000, Berlin 2000
- Riedl, Erich: Goethe und Humboldt in Mark und Pfennig. In: Sartorius, Joachim (Hrsg.): *In dieser Armut – welche Fülle! Reflexion über 25 Jahre auswärtige Kulturarbeit der Goethe-Instituts*, Göttingen 1996
- Sartorius, Joachim (Hrsg.): *In dieser Armut – welche Fülle! Reflexion über 25 Jahre auswärtige Kulturarbeit der Goethe-Instituts*, Göttingen 1996
- Sattler, Dieter: Die dritte Bühne der Außenpolitik. In: Martin, Berthold (Hrsg.): *Jahrbuch der Auswärtigen Kulturbeziehungen 1964*, Bonn 1964
- Schlagintweit, Reinhard: Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitik. In: *German foreign affairs* 3/1974
- Schmidt, Helmut; Voscherau, Henning; Lepenies, Wolf; Bubis., Ignatz: *Wozu deutsche auswärtige Kulturpolitik? Dokumentation der 3. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung am 14. 4. 1996 in Weimar*. Stuttgart 1996
- Schneider, Axel: *Die Auswärtige Sprachpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Bamberg 2000
- Schneider, Gerald; Julia, Schiller: Goethe ist überall. Eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/2000

- Schöfthaler, Traugott: Der Beitrag der Deutschen UNESCO-Kommission zur Multilateralen Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands. In: UNESCO heute 4/2000
- Schroeter, Katharina: German Stiftungen in the Czech Republic. MA Dissertation on School of Slavonic and East European Studies, University College London 2001
- Schulte, Karl-Sebastian: Auswärtige Kulturpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2000
- Schultze-Filitz, Helmut: Art. 35 Einigungsvertrag – Freibrief für eine Bundeskulturpolitik? In: Neue Juristische Wochenschrift 39/1991
- Schwab-Felisch, Hans: Ein Höhepunkt und Reformabsichten. Zum Stand der auswärtigen Kulturpolitik. In: Merkur: deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 12/1974
- Schwencke, Olaf: Herausforderungen der Bundeskulturpolitik. In: Kulturpolitische Mitteilungen 1/1998
- Splett, Oskar: Kritische Randbemerkungen zum Schlussbericht der Enquête-Kommission. In: Zeitschrift für Kulturaustausch: Zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1/1976
- Stellungnahme der in der VIZ vertretenen Organisationen zum Bericht der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik der Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Kulturaustausch?/1978
- Štěpánková, Josefina: „Zweisprachige Analphabeten“. Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und 1970er Jahren am Beispiel der Beschulungsmaßnahmen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Bayern. Magisterarbeit verteidigte an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität zu Prag 2003
- Thomalla, Ariane: Kultur als Hilfsvehikel der Exportwirtschaft? In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996
- Trendwende in der Auswärtigen Kulturpolitik, Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 4/1998
- Trommer, Siegfried Johannes: Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik, Doktorarbeit – Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen 1984
- Ulrich, Susanne: Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland – unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit der Goethe-Institute im Ausland, Düsseldorf 1987
- Utitz, Bedřich: Bonnská republika se sídlem v Berlíně. In: Mezinárodní politika 8/1999
- Wertz, Nikolaus: Auswärtige Kulturpolitik: Kontinuität oder Wandel? In: Aussenpolitik 3/1992
- Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999
- Winfried, Heide: Auswärtige Kulturarbeit nach der Öffnung. Eine Zwischenbilanz. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 1/1996

- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Zweiter Band Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2002
- Witte, Barthold C.: Kulturaustausch als Zweibahnstraße. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 2/1989
- Witte, Barthold C.: Neue Perspektiven systemübergreifender Kultureller Zusammenarbeit. In: Jacobsen, Hanns D. (Hrsg.): Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/Festschrift Zum 20jährigen Bestehen des politischen Clubs Berlin, Baden-Baden 1988
- Witte, C. Barthold: Deutsche Kulturpolitik im Ausland. In: Bracher, Funke; Schwarz (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden 1990
- Znined-Brand, Victoria: Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik: eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Francais in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999

III. Presse

- Die Welt vom 12. 8. 1981, 29. 09. 1995
- Die Zeit vom 02. 05. 2002
- Neue Zürcher Zeitung vom 02. 12. 1999
- Frankfurter Rundschau vom 17. 9. 1999
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 01. 2003, 14. 02. 2003
- Süddeutsche Zeitung vom 16. 04. 1997
- Berliner Zeitung vom 05. 07. 2000

IV. Internet-Recherche

- <http://www.tu-darmstadt.de> (Technische Universität Darmstadt)
- <http://www.bundeskanzler.de>
- <http://www.bundesregierung.de>
- <http://www.ifa.de> (Institut für Auslandsbeziehungen)
- <http://www.goethe.de> (Goethe Institut)
- <http://www.auswaertiges-amt.de>
- <http://nibis.ni.schule.de> (Niedersächsischer Bildungsserver)
- <http://www.hkw.de> (Haus der Kulturen der Welt)
- <http://www.kmk.org> (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder)
- <http://www.deutsche-kultur-international.de>